

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

20. Sitzung	5. Wahlper	iode		
Donnerstag, 14. Juni 2007, Schwerin, Schloss				
Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Vizepräsident Hans Kreher	Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und	b		
Inhalt	Sigrun Reese, FDP Michael Andrejewski, NPD B e s c h l u s s	15		
Fragestunde 4 Drucksache 5/613 –	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Unterstützung für die Beschäftigten der Deutschen Telekom AG – Drucksache 5/597 –	16 17 19 20 21		
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/587 –	Antrag der Fraktion der FDP: Konzept für Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/585 –	22		
Angelika Peters, SPD	Hans Kreher, FDP2	22, 30		
Minister Dr. Till Backhaus	Minister Henry Tesch	24		
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 12	Volker Schlotmann, SPD	25		
Dr. Henning von Storch, CDU	Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS	26		

Jörg Vierkant, CDU	28	Antrag der Fraktion der NPD:	
Birger Lüssow, NPD	. 29	Richtlinien zu den Kosten zu der Unterkunft und den einmaligen Leistungen	
Beschluss	. 30	ALG-II-Empfängern zugänglich machen – Drucksache 5/590 –	49
		Michael Andrejewski, NPD 49	
		Werner Kuhn, CDU	. 51
Antrag der Fraktion der NPD: Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Familien und schulpflichtige Kinder – Drucksache 5/589 –	30	Beschluss	52
Birger Lüssow, NPD			
Hans Kreher, FDP		Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Ehrenamtliche Tätigkeit durch	
Stefan Köster, NPD		steuerliche Anreize stärken	
Beschluss		- Drucksache 5/599	
D 6 3 6 11 1 1 3 3	. 00	Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	
		Rudolf Borchert, SPD	
		Michael Roolf, FDP	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:		Mathias Löttge, CDU	
Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschafts- unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im		Stefan Köster, NPD	
Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sichern		Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS	
- Drucksache 5/588	. 33	Beschluss	58
Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS – Drucksache 5/628 –	. 33		
Dr. Henning von Storch, CDU	. 33	Antrag der Fraktion der NPD:	
Minister Dr. Till Backhaus	. 34	Humane Pflegebedingungen in Alters- und Pflegeheimen durch Standards garantieren –	
Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS	37	Die Qualität von Heimen durch ausschließlich	
Angelika Peters, SPD	. 39	unangemeldete Kontrollen begutachten – Drucksache 5/591 –	58
Sigrun Reese, FDP	. 39	Stefan Köster, NPD 58	
Udo Pastörs, NPD	. 40	Jörg Heydorn, SPD	
Beate Schlupp, CDU	. 40	Beschluss	
Beschluss	41		
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern		Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Auswirkungen und Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Drucksache 5/600 –	62
- Drucksache 5/598	41	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU	
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS	. 42	- Drucksache 5/630	62
Dr. Norbert Nieszery, SPD	. 43	Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS 62	, 66
Ralf Grabow, FDP	. 44	Minister Jürgen Seidel	63
Günter Rühs, CDU	. 45	Jochen Schulte, SPD	64
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS	. 45	Michael Roolf, FDP	65
Minister Erwin Sellering	47	Wolfgang Waldmüller, CDU	65
Stefan Köster, NPD	. 48	Udo Pastörs, NPD	65
Beschluss	. 49	Beschluss	66

Antrag der Fraktion der NPD: Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten – Freisetzungsversuch gentechnisch veränderter Amflora-Kartoffeln stoppen	
- Drucksache 5/592	67
Raimund Borrmann, NPD 67,	69
Sigrun Reese, FDP	68
Beschluss	69
Antrag der Fraktion der NPD: Kein Einsatz von elektronischen Wahl- maschinen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/593 –	69
Tino Müller, NPD	69
Dr. Norbert Nieszery, SPD	71
Michael Andrejewski, NPD	71
Beschluss	72
Nächste Sitzung Mittwoch, 11, Juli 2007	72

Beginn: 9.05 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 20. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/613 vor.

Fragestunde

- Drucksache 5/613 -

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Innenministers und hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Herr Innenminister!

 In welchem Ausmaß wurden Regionen in Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar vor und während des G8-Gipfels von Polizeikräften entblößt?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter! Durch die Umstellung der Dienstpläne war die öffentliche Sicherheit und Ordnung erwiesenermaßen in allen Regionen des Landes gewährleistet.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Wie viele Polizeistationen waren ohne Besetzung in dieser Zeit? Größenordnung?

Minister Lorenz Caffier: Wie viele Polizeistationen ohne Größenordnung waren, ...

Michael Andrejewski, NPD: Ohne Besetzung.

Minister Lorenz Caffier: Ich habe Ihnen gerade erklärt, dass alle Regionen dieses Landes polizeidienstmäßig so besetzt waren, dass zu keiner Zeit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Land gewährleistet war.

(Beifall und Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich möchte gleichzeitig die Gelegenheit nutzen, um mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die im Land ihren Dienst auch mit Mehraufwand geleistet haben, zu bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Michael Andrejewski, NPD:

 Welche Vorkehrungen wurden für den Fall getroffen, dass gewalttätige Autonome die Konzentration der Sicherheitskräfte im Raum Rostock nutzen könnten, um sich auf weitgehend polizeifreie, von Rostock weit entfernte und damit wehrlose Kommunen zu stürzen

(Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

und dort Verwüstungen anzurichten?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Minister Lorenz Caffier: Derartige Absichten waren den Sicherheitsorganisationen nicht bekannt und auch nicht wahrscheinlich. Für den Fall einer örtlichen Verlagerung des Einsatzes wären der zuständigen Polizeibehörde die erforderlichen Einsatzkräfte umgehend unterstellt worden.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Wenn in Greifswald zur Zeit der Großdemonstration in Rostock am 2. Juni zeitgleich solche autonomen Gewalttätigen in Greifswald aufgetaucht wären, wo die NPD gleichzeitig eine spontane Demonstration veranstaltete

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das ein Quiz hier oder was?)

und es 40 Minuten dauerte, bis die ersten Polizeikräfte erschienen, ein paar Leute, was glauben Sie, wie lange hätten Sie gebraucht, um ausreichende Polizeikräfte nach Greifswald zu bringen, um die Autonomen an ihrem Tun zu hindern?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski,

...

Einen Moment, Herr Innenminister.

Herr Andrejewski, ich bitte Sie zu beachten, wie Zusatzfragen zu formulieren sind. Sie müssen sich ausdrücklich auf die Antwort beziehen und dürfen nicht unterteilt sein. Ihre Frage war unterteilt, bitte formulieren Sie die Frage kurz und knapp.

Michael Andrejewski, NPD: Sie haben geantwortet, die Polizei ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, Sie sollen nicht wiederholen, was der Minister geantwortet hat, Sie möchten bitte eine kurze, knappe, eindeutige Frage formulieren.

Michael Andrejewski, NPD: Wie lange hätte es gedauert, in Greifswald ausreichende Polizeikräfte zum Einsatz zu bringen, wenn dort Autonome aufgetaucht wären?

Minister Lorenz Caffier: Herr Andrejewski, ich habe im ersten Teil der Frage beantwortet, dass wir jederzeit in der Lage gewesen wären, an allen Orten innerhalb dieses Landes Kräfte umzugruppieren, damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet ist. Dies gilt auch für einen möglichen und nicht eingetretenen Fall in Greifswald.

Michael Andrejewski, NPD: Das haben wir gesehen. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben die Antworten des Ministers hier nicht zu kommentieren.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Zusatzfrage zu dem Themenkomplex?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte formulieren Sie Ihre Frage.

Udo Pastörs, NPD: 40 Minuten hat es gedauert, bis Polizeikräfte in Greifswald waren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frage! Frage!)

als die NPD demonstrierte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Fraktionsvorsitzender, auch Sie weise ich darauf hin: Sie haben hier keine Statements vorzutragen, Sie haben eine Frage zu formulieren. Bitte tun Sie das.

Udo Pastörs, NPD: Wie lange hätte es wohl gedauert, wenn 500 oder 600 Chaoten in Greifswald aufgetaucht wären, um genügend Polizeikräfte heranzuführen? Bitte konkrete Antworten, Herr Innenminister.

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, ich habe konkret beantwortet, dass wir jederzeit in der Lage gewesen wären, eine mögliche Störung auch innerhalb von Greifswald in den Griff zu bekommen und kurzfristig auch Polizeikräfte umzugruppieren. Sie sollten sich lieber fragen, ob Sie nicht mit Ihren Demonstrationsmöglichkeiten dazu beigetragen haben, dass die Polizeikräfte an ihre Reserven gehen mussten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ganz richtig. Das ist richtig.)

weil Sie überall, wo Sie auftauchen, einfach nur dafür sorgen, dass Unruhe und Unordnung in den Kommunen entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Stefan Köster, NPD: Sie können doch nicht die Grundrechte außer Kraft setzen, Herr Minister.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Raimund Borrmann, Fraktion der NPD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Ich hätte eine zweite Zusatzfrage bitte, nach Geschäftsordnung.

(Zuruf aus dem Plenum: Das haben Sie schon.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Fraktionsvorsitzender, ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf unsere Geschäftsordnung Paragraf 65 "Fragestunde". Lesen Sie sich bitte Absatz 4 durch.

(Stefan Köster, NPD: Man kann weitere Zusatzfragen zulassen.)

Ich bitte jetzt Herrn Borrmann, seine Fragen vorzutragen.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister!

(Jörg Heydorn, SPD: Immer schön die Bälle flach halten, aber ganz flach!)

Herr Minister, dürfte ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

(Stefan Köster, NPD: So, wie Sie die Politik flach halten. – Jörg Heydorn, SPD: Das sagt einer, der vorbestraft ist.)

3. Am Mittwoch, den 9. Mai 2007, zogen Linke nach Ankündigung einer bereits gelöschten Weltnetzseite (http:\\www.links-lang.de) "spontan demonstrierend" durch die Rostocker Innenstadt und konnten etwa eine Stunde ungehindert randalierend und brandschatzend materielle Güter zerstören, weil – nach Informationen der Nationaldemokratischen Partei – infolge von Kompetenzstreitigkeiten zwischen einem Rostocker und einem auswärtigen Einsatzgruppenleiter ein sofortiger Einsatz nicht erfolgen konnte.

Frage:

Warum wurden – sollte der Information der NPD ein Wahrheitsgehalt entsprechen – die Kompetenzen nicht von vornherein in der Hand der ortskundigen Landespolizeidienststellen gebündelt; bzw. wenn eine solche Kompetenzverteilung unstrittig war, warum war dann die Polizei nicht in der Lage, die tumultuarischen

Aktionen rasch und energisch zu unterbinden, obwohl sich unter den Gewalttätern zwei Zivilbeamte befanden, die die Vorgänge umgehend meldeten?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, die Einsatzführung der Versammlungslagen am 9. Mai 2007 lag bereits in der Hand der Besonderen Aufbauorganisation Kavala, kurz BAO Kavala genannt. Durch den zuständigen Einsatzabschnitt sind unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Spontanversammlung Maßnahmen zum Schutz der Versammlung eingeleitet worden.

Raimund Borrmann, NPD: Warum dauerte es dann eine Stunde, bis diese Krawallmacher Polizeikräften gegenüberstanden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, Sie müssen Ihre Frage konkret stellen. Sie haben an den Anfang Ihrer Frage gestellt, wenn die Informationen, die der NPD vorliegen, stimmen, und wir haben immer gesagt – das gilt für alle in diesem Haus –, wenn es Informationsdefizite gibt oder ganz klare Defizite aus Ihrer Sicht, wo polizeiliches Handeln nicht ordnungsgemäß erfolgt sein sollte, dann haben selbstverständlich auch Sie die Möglichkeit, hier Ihren Anspruch wahrzunehmen, um das einzuklagen, ob es gerechtfertigt gewesen ist, und dann werden wir das prüfen und gegebenenfalls auch aufklären. Nach unseren Informationen hat die Polizei ordnungsgemäß gehandelt.

Raimund Borrmann, NPD: Wie erklären Sie sich dann, dass auf der Internetseite von "links-lang",

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Weltnetz heißt das, Weltnetz.)

auf der Weltnetzseite von "links-lang" behauptet wurde, dass man eine Stunde ungehindert die Straße für sich hatte und Pyrotechnik und so weiter anzünden konnte? Wie erklären Sie sich das?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, ich kann Ihre Aussagen nicht nachvollziehen, weil die Internetseite www.links-lang.de nicht mehr im Netz besteht und gelöscht ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Sehr schön.)

Raimund Borrmann, NPD: Danke.

Ich kann Ihnen nur ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, bitte formulieren Sie Ihre Frage 4.

(Harry Glawe, CDU: Sie können sich auch hinsetzen.)

Raimund Borrmann, NPD: Die Frage 4.

4. Am Sonnabend, den 2. Juni 2007, ...

(Harry Glawe, CDU: Das war doch keine Frage, das war doch nur Gestammel. Erklären Sie uns das doch jetzt mal!)

Herr Glawe, würden Sie mich bitte jetzt ausreden lassen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

 Am Sonnabend, den 2. Juni 2007, kam es in der Rostocker Innenstadt zu bürgerkriegsähnlichen Situationen, bei denen "Linke Kräfte" stundenlang

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Stefan Köster, NPD)

ungehindert randalierend und brandschatzend materielle Güter zerstörten und Personen zum Teil schwer verletzten, darunter auch viele Polizisten. Die Landesregierung setzte gezielt auf "Anti-Konflikt-Teams" zur Vermeidung von brutalen Auseinandersetzungen mit den von vornherein gewaltbereiten Linken,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Das war ein Vorwurf, keine Frage.)

weil – nach Informationen der Nationaldemokratischen Partei – insbesondere die Polizeikräfte Mecklenburg-Vorpommerns über nicht genügende oder veraltete Ausrüstung und mangelnde Ausbildung verfügen.

Frage:

Entspricht es den Tatsachen, dass Polizeieinsatzkräfte über nicht genügende oder veraltete Ausrüstung – wie zum Beispiel fehlende schusssichere Westen – verfügen und die Landesregierung daher von vornherein alternativlos dazu gezwungen war, eine gewaltfreie Strategie gegen gewaltwillige linke Randalierer zu befehlen, sodass unsere Polizei schuldhaft einer sich realisierenden Verletzungsgefahr ausgesetzt wurde?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, die Einsatzkräfte, die am 2. Juni 2007 zur Begleitung der Aufzüge eingesetzt wurden, waren gut ausgebildete und ausgerüstete Kräfte aus geschlossenen Einheiten von Bundes- und Länderpolizeien. Was die Strategien und Taktiken betrifft, habe ich in ersten Ausführungen am gestrigen Tag ausführlich das Parlament informiert und die demokratischen Fraktionen innerhalb des Landtages haben auch ihre Ausführungen zu diesen Ereignissen getätigt.

Raimund Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Haben alle Polizeikräfte, die in den Einsatz gingen, schutzsichere Westen gehabt und welcher Prozentsatz lag da vor?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wozu wollen Sie denn das wissen?)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, auch dazu erkläre ich noch einmal, was ich bereits erklärt habe: Die Einsatzkräfte aus Bundes- und Länderpolizeien waren dementsprechend ausgerüstete Einheiten aus geschlossenen Einheiten. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Raimund Borrmann, NPD: Zweite Frage: Wie lange vor den Krawallen hatte die Polizei Kenntnis davon, dass sich autonome Kräfte Waffen oder waffenähnliche Gegenstände besorgen ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, ich weise Sie darauf hin, dass Ihre Zusatzfrage im Zusammenhang mit der Antwort des Innenministers stehen muss. Diesen Zusammenhang kann ich nicht erkennen.

(Stefan Köster, NPD: Ja, wenn er nicht antwortet.)

Raimund Borrmann, NPD: Ich habe meine Frage ja auch noch nicht zu Ende formuliert, Frau Präsidentin. Gestatten Sie. dass ich sie ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sie haben einen neuen Sachverhalt angesprochen, Herr Borrmann. Bitte formulieren Sie Ihre Frage bezogen auf die Antwort des Innenministers.

(Stefan Köster, NPD: Also, es soll verheimlicht werden.)

Raimund Borrmann, NPD: Herr Innenminister, war die Polizei in der Lage,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt weiß ich auch, wie Sie ticken.)

mit ihrer Ausrüstung

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

auf die von den autonomen Kräften gesammelten Waffen adäquat zu reagieren?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Borrmann, meines Wissens waren die Länder- und Bundespolizeien auf den 2. Juni, und darauf beziehen Sie sich ja derzeit, in der Lage, dafür zu sorgen, dass die militanten, gewaltbereiten Chaoten getrennt werden konnten und die friedlichen Demonstranten ihre Aufzüge beziehungsweise Veranstaltungen dann auch in der Form zu Ende führen konnten, wie es von den Veranstaltern geplant war.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Udo Pastörs, NPD: Herr Innenminister Caffier, wie erklären Sie sich dann, wenn es so gewesen sein sollte, wie Sie sagen, dass Polizisten selber äußerten, Zitat: "Wir sind hier verheizt worden."?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo steht das?)

Das konnten Sie nachlesen in der SVZ zum Beispiel.

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, ich habe erstens im Ausschuss und auch gestern im Landtag erklärt, dass Vorwürfen jedweder Art, die in der Form auftreten, nachgegangen wird. Ich habe zweitens gestern erklärt, was der Berliner Polizeipräsident dazu gesagt hat, was das Einsetzen von Kräften und das sogenannte Verhalten betrifft, und ich habe drittens gesagt, dass in den letzten Wochen und Tagen sehr viele Leute aus Deutschland einen Kommentar abgeben, die noch nicht einmal wissen, wo Mecklenburg-Vorpommern geschweige denn Rostock ist.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Leonhard, Fraktion der FDP, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Herr Innenminister!

Das Kommunalabgabengesetz wurde in § 9 in den Absätzen 4 und 5 mit der Intention geändert, dem Satzungsgeber die Möglichkeit zu geben, Gebäude und sogenannte übergroße Grundstücke gerechter zu bewerten.

5. Welche Zweckverbände oder Kommunen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und das Satzungsrecht entsprechend angepasst und welcher Kosten-, Verwaltungs- und Zeitaufwand ist dabei entstanden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Leonhard, Sie scheinen davon auszugehen, dass der Landesregierung sämtliche Beitragssatzungen kommunaler Aufgabenträger vorliegen beziehungsweise im Detail bekannt sind und die Landesregierung auch Kenntnis von allen damit zusammenhängenden Verwaltungstätigkeiten der Kommunen hat. Dies ist, da es sich um eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung handelt, jedoch nicht der Fall. Lediglich soweit das Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde zuständig ist, liegen dort die entsprechenden Satzungen vor. Das betrifft bei der zentralen Abwasserversorgung derzeit aber nur 8 von insgesamt 103 Aufgabenträgern.

Ebenso wenig hat die Landesregierung umfassende Kenntnis von Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und des Oberverwaltungsgerichtes zu kommunalen Abwassersatzungen. Anders als es inzwischen in anderen Ländern der Fall ist, sind Entscheidungen dieser Gerichte nicht über frei verfügbare Onlinedatenbanken zugänglich oder abrufbar. Dennoch können die Fragen hier beantwortet werden, weil das Innenministerium einem Wunsch des Innenausschusses folgend vor einigen Wochen bei den kommunalen Aufgabenträgern für Wasserversorgung und Abwasserversorgung verschiedene Informationen abgefragt und diese inzwischen auch ausgewertet hat. Dem Innenausschuss wurde am 29. Mai 2007 der darauf basierende Bericht des Innenministeriums zur Erhebung der Anschlussbeiträge gemäß Paragrafen 7 und 9 Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern für die zentrale Wasserversorgung und Abwasserversorgung übersandt.

Gino Leonhard, FDP: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe jetzt auf die Fragen 7 und 8 des Abgeordneten Herrn Lüssow, Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Herr Innenminister!

7. In einer Verbotsverfügung teilte die Polizeigruppe Kavala am 05.06.2007 der Landtagsfraktion der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands u. a. mit, dass von den mehreren tausend militanten "Demonstranten" eine "erhebliche kriminelle Energie" ausgehe und diese in ihren Zeltlagern ein massives Waffenarsenal angeschafft haben.

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um das kriminelle Treiben zu beenden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Lüssow, die in der Verbotsverfügung vom 05.06.2007 benannten Gegenstände, die in den Camps vorhanden waren, stellen grundsätzlich keine Waffen oder waffenähnliche Gegenstände dar, wenn sie bestimmungsgemäß verwendet werden. Daher werden auch keine Straftatbestände erfüllt, die eine Handlungspflicht der Polizei nach sich ziehen mussten.

Birger Lüssow, NPD: Was ist in Ihren Augen "bestimmungsgemäß"?

Minister Lorenz Caffier: Ich habe doch gerade definiert, dass die Gegenstände, die in den Camps vorhanden waren, in der Form, wie sie vorhanden waren, nicht den Straftatbestand einer Waffe erfüllen. Eine Kartoffel bleibt immer noch eine Kartoffel.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Birger Lüssow, NPD: Auch wenn dort Nägel enthalten sind?

Minister Lorenz Caffier: Und ein Nagel bleibt immer noch ein Nagel.

Birger Lüssow, NPD: Ist richtig. Im Zusammenhang mit einer Kartoffel ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Sie haben zwei Zusatzfragen gestellt.

Birger Lüssow, NPD:

8. Am 6. Juni 2007 soll ein Zeltlager der sogenannten Globalisierungskritiker in Rostock durchsucht worden sein.

Welche Ergebnisse/Erkenntnisse wurden aus der Durchsuchung gewonnen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Lüssow, es hat keine Durchsuchungsmaßnahmen in den Camps gegeben.

Birger Lüssow, NPD: Danke.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Udo Pastörs, NPD: Herr Innenminister Caffier, zur Kartoffel: Wenn eine Kartoffel mit Nägeln gespickt wird, bleibt es dadurch eine Kartoffel oder wird es dadurch zu einer Aktivwaffe?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Fraktionsvorsitzender Pastörs, ich habe gerade ausgeführt, über welche Gegenstände wir geredet haben, und an Ihren theoretischen Abhandlungen muss ich mich nicht beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Justizministerin und hierzu die **Fragen 9 und 10** des Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Frau Justizministerin!

Wegen sinkender Häftlingszahlen soll voraussichtlich eine Justizvollzugsanstalt im Land schließen. Obwohl die Entscheidung dafür erst im Sommer fallen soll, wird von vielen Bürgern angenommen, dass es sich bei der zu schließenden Anstalt um die JVA in Ueckermünde/Berndshof handeln könnte.

Meine Frage:

9. Teilt die Landesregierung diese Auffassung?
Wenn ja, warum und wenn nicht, warum nicht?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, nach den aktuellen Bevölkerungsprognosen wird die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahren weiter abnehmen. Das wird voraussichtlich dazu führen, dass auch weniger Menschen in Haft sein werden. Das Justizministerium erarbeitet derzeit ein Konzept zur weiteren Gestaltung des Justizvollzuges und der sozialen Dienste der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern. Erst nach Fertigstellung des Konzeptes wird über Standortfragen des Justizvollzuges eine Aussage getroffen werden können.

Tino Müller, NPD: Zweite Frage:

10. Wie viele Mitarbeiter sind derzeit in der JVA beschäftigt und können bei einer eventuellen Schließung betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Im Justizvollzug sind circa 800 Mitarbeiter beschäftigt. Sollte es im Ergebnis des eben erwähnten Konzepts dazu kommen, dass eine Anstalt aufgegeben werden würde, wäre die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet.

Tino Müller, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin und hierzu die **Fragen 11 und 12** des Abgeordneten Herrn Pastörs, Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Frau Finanzministerin Keler!

Laut Ausgabe 22/2007 des Spiegels verkaufen neuerdings sogar Sparkassen die Kredite ihrer Kunden an auf Profit bedachte Investoren aus Übersee. In Schleswig-Holstein ermitteln nun Staatsanwälte wegen Geheimnisverrats.

11. Wie beurteilt die Landesregierung Darlehensvertragsverkäufe durch Sparkassen?

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Nach Kenntnis der Landesregierung ist der Verkauf von Forderungen für die hiesigen Sparkassen überwiegend von geringer Bedeutung. Im Rahmen der rechtlichen Zulässigkeit liegt es aber in der Entscheidung der Sparkasse, ob sie einzelne Kredite verkauft. Rechtliche Zulässigkeit besteht für den Verkauf Not leidender, uneinbringlicher, gekündigter Kredite. Dies sind Fälle, bei denen der Kreditnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Für die Sparkassen kann der Verkauf von gekündigten Forderungen Spielraum für neue Kreditvergaben eröffnen und damit letztendlich der Wirtschaftsförderung dienen. Vom Verkauf ungekündigter Forderungen ohne eine ausdrückliche Zustimmung des Kunden, zum Beispiel im Kreditvertrag, ist aus Sicht der Landesregierung abzuraten. Ein solcher Verkauf von ungekündigten oder einbringlichen Krediten entspricht auch nicht der praktizierten Geschäftspolitik der Sparkassen in Mecklenburg-Vorpommern.

Udo Pastörs, NPD: Gestatten Sie bitte eine Zusatzfrage: Wie würde sich die Landesregierung stellen, wenn die Sparkassen in Mecklenburg-Vorpommern dennoch eine Entscheidung fällen würden, dies zu tun?

Ministerin Sigrid Keler: Da das Finanzministerium die Rechtsaufsicht hat, können wir nur im Rahmen unserer Rechtsaufsicht dann wirksam werden.

Udo Pastörs, NPD: Eine weitere Zusatzfrage bitte: Bedeutet das auch den Schutz der totalen Offenlegung der Kreditnehmer und wie möchten Sie das dann schützen?

Ministerin Sigrid Keler: Das ist eine Frage, die wir jedes Mal im Einzelfall lösen müssten.

Udo Pastörs, NPD: Vielen Dank. Damit hat sich die Frage 12 erledigt. Danke sehr.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung und hierzu die **Fragen 13 und 14** des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Damen und Herren!

Der ehemalige Fliegerhorst in Parchim wurde von der chinesischen Logistikfirma Linkglobal gekauft, um künftig in großem Umfang Frachtflüge über Parchim abzuwickeln. Der Landkreis erhofft sich mindestens 1.000 neue Arbeitsplätze.

13. Wie beurteilt die Landesregierung die Übernahme des Flugplatzes durch die chinesische Firma?

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Der Flughafen Schwerin/Parchim befindet sich in kommunaler Trägerschaft, das heißt in Trägerschaft des Landkreises. Die Trägerschaft wird im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wahrgenommen, die Landesregierung ist daher nicht unmittelbar beteiligt. Der Vollzug der Verträge und die Übergabe des Flughafens sind für den 1. Juli 2007 geplant. Der Investor ist im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens durch den Landkreis Parchim sorgfältig ausgewählt worden.

Stefan Köster, NPD: Gestatten Sie bitte eine Zusatzfrage: Wie beurteilt die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es sich bei der chinesischen Firma um ein teilstaatliches Unternehmen handelt?

Minister Dr. Otto Ebnet: Die Beurteilung durch die Landesregierung erfolgt im Rahmen der Rechtsaufsicht. Die rechtsaufsichtliche Prüfung ist bis heute, 14. Juni, 9.30 Uhr, meines Wissens noch nicht abgeschlossen.

Stefan Köster, NPD: Gestatten Sie bitte eine weitere Zusatzfrage: Wie wird dann die Kontrolle der eingeflogenen Waren und Personen durchgeführt?

Minister Dr. Otto Ebnet: Dieses ist nach Recht und Gesetz durchzuführen, wenn dieser Fall gegeben ist und wenn es stattfindet.

Stefan Köster, NPD: Gut, die zweite Frage.

14. Welche weiteren Auswirkungen erwartet die Landesregierung? Minister Dr. Otto Ebnet: Die erste Fortschreibung des Luftverkehrskonzepts der Landesregierung zeigt für den Flughafen Schwerin/Parchim insbesondere Entwicklungspotenziale für Luftfracht auf und für Parchim als Logistikzentrum. Die Privatisierung findet genau in diesem Rahmen statt. Der Landkreis Parchim geht ferner davon aus, dass der Erwerber den Flughafen kurzfristig zu einem Frachtdrehkreuz in Europa entwickelt und damit eine deutliche Belebung des Flugverkehrs eintritt sowie zusätzliche Arbeitsplätze am Standort schafft. Mit der vertragsgemäßen Übernahme können auch die finanziellen Belastungen des Landkreises Parchim entfallen und damit ist eine Entlastung des Haushaltes des Landkreises Parchim verbunden.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Was wird bei Erhöhung des Nachtflugverkehrs zum Schutze der ansässigen Bevölkerung vor Lärmbelästigung unternommen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Es gibt für den Flughafen Parchim eine 24-Stunden-Genehmigung und diese Genehmigung ist nach wie vor gültig. Wir haben auch nicht vor, sie infrage zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Eine weitere Zusatzfrage: Ist mit einer Einschränkung der Nachtflugmöglichkeit beispielsweise durch Klagen betroffener Anwohner oder auch auf anderem Wege zu rechnen?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Spekulation.)

Minister Dr. Otto Ebnet: Über Klagen betroffener Anwohner könnte man jetzt allenfalls spekulieren. Eine Einschränkung der Nachtfluggenehmigung ist nicht beabsichtigt.

Stefan Köster, NPD: Danke.

Udo Pastörs, NPD: Eine Zusatzfrage bitte, Frau Präsidentin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte stellen Sie Ihre Frage, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister, mich würde schon interessieren, was wir unter "sorgfältig ausgewählt" zu verstehen haben bezüglich des Unternehmens, was den Flughafen gekauft hat.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Minister Dr. Otto Ebnet: Es gab ein Interessenbekundungsverfahren, verschiedene Interessenten wurden vom Landkreis Parchim geprüft. Der Kreistag hat sich mit der Materie beschäftigt, er hat eine Entscheidung getroffen, das ist formal alles korrekt abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD: Gestatten Sie eine zweite Zusatzfrage?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass eigentlich schon diese erste Zusatzfrage nicht zulässig gewesen wäre, weil sie sich auf die Antwort zu Frage 13 bezogen hat. Die Frage 13 war aber abgeschlossen. Ich bitte Sie, jetzt Platz zu nehmen.

Wir sind am Ende der Fragestunde. Vielen Dank, Herr Minister

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/587.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/587 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Peters von der Fraktion der SPD.

Angelika Peters, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt mit der Drucksache 5/587 der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor. In diesem Antrag geht es nicht um einzelne oder aktuelle Vorkommnisse, nicht um einen aktuellen Skandal, wie zum Beispiel seinerzeit BSE, Nitrofen, Geflügelpest oder Gammelfleisch, dieser Antrag macht deutlich, dass Verbraucherpolitik der Landesregierung als Querschnittsaufgabe zu verstehen und immer aktuell ist. Dabei soll diese sich an drei Grundsätzen ausrichten: an dem Vorsorgeprinzip beim Schutz von Gesundheit und Sicherheit, dem vorsorgenden Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und der Stärkung der Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Verbraucher.

Wir bitten also den Landtag, unserem Antrag zu folgen, weil wir davon überzeugt sind, dass es angesichts der Globalisierung des Handels und der Liberalisierung der Märkte eben nicht nur um Lebensmittel- oder Futtermittelsicherheit geht. Verbraucherpolitik ist umfassender und somit auch als Gesamtprozess weiterzuentwickeln. Die Schwerpunkte werden Ihnen in dem vorliegenden Antrag unter Punkt 2 aufgezeigt.

Wir wollen mit diesem Antrag die Landesregierung auffordern, einen verbraucherpolitischen Dialog zwischen allen am Verbraucherschutz beteiligten Akteuren zu etablieren. Problemfelder gibt es ausreichend und zunehmend mehr. Denken wir zum Beispiel an den ernährungsbedingten Verbraucherschutz, den technischen Verbraucherschutz, den medizinischen Verbraucherschutz, den sozialen Verbraucherschutz, den wirtschaftlichen Verbraucherschutz und – die Aufzählung ist nicht vollständig – auch an den Verbraucherschutz im Umgang mit Stoffen, von denen eine Gefahr ausgehen kann. Verbraucherschutz, Verbraucherpolitik, meine Damen und Herren, sind also Querschnittsaufgaben, wie ich vorhin schon sagte, für die in verschiedenen Ressorts Zuständigkeiten, aber zumindest Teilzuständigkeiten bestehen. Und genau deshalb unser Antrag für die Bildung einer Struktur, in der frühzeitig über kritische Angelegenheiten informiert wird,

> (Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Gibt es Strukturprobleme?)

zu einer Zeit ...

Ich will nicht wieder IMAG sagen, deswegen habe ich etwas anderes versucht zu sagen, denn mit IMAG haben wir in dieser Beziehung nicht nur unbedingt hundertprozentig gute Erfahrungen gemacht vor einiger Zeit.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Geben Sie doch alles der Verbraucherministerin.)

... und genau deshalb, wie gesagt, damit frühzeitig kritische Angelegenheiten beraten werden können, es zu einer zeitnahen Abstimmung zwischen den Ressorts oder Einrichtungen kommt und Konflikte geklärt werden können. Gleichzeitig sollten langfristige Politikvorhaben im Sinne unseres Antrages vorbereitet werden. Das ist der Handlungsauftrag, den wir der Landesregierung erteilen sollten, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die

Landesregierung soll dabei selbst entscheiden können und genau deswegen finden Sie da auch keinen Punkt in unserem Antrag, wie dann diese Struktur, wie diese Gruppe, wie dieser Arbeitsbereich aussehen soll.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Wollen Sie die Landesregierung zur Entscheidung auffordern? Das ist ganz was Neues.)

Insofern, meine Damen und Herren, freue ich mich über die anschließende Aussprache. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ein schöner Antrag, Frau Peters, wunderbar.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Peters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Landwirtschaft, Ernährung, Fischerei und Forsten. Ich hoffe, ich habe jetzt nichts vergessen, Herr Dr. Backhaus.

(Zurufe aus dem Plenum: Verbraucherschutz!)

Umwelt und Verbraucherschutz.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist der Casus knacksus.)

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für diesen Antrag, denn er bietet doch die Möglichkeit, über den Verbraucherschutz innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu reden. Mit der Schaffung eines Verbraucherschutzministeriums hat die Landesregierung die Verbraucherpolitik aus meiner Sicht deutlich gestärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der vorliegende gemeinsame Antrag von SPD und CDU zur Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt ganz klar das Anliegen der Regierungskoalition und damit die verantwortungsbewusste Verbraucherpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen, das ist die klare Aussage, mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die damit auch ein Recht auf Information, ein Recht auf weitere Entwicklung in diesem Lande haben.

In den vergangenen Jahren war der Verbraucherschutz innerhalb des Landes dominiert von der Vorstellung eines eher passiven Verbrauchers. Dies bedeutet den Ausbau von Schutzmechanismen in praktisch allen Konsum- und Lebensbereichen bei gleichzeitiger Reduktion der Eigenverantwortung. Dieser Ansatz ist in einer Zeit von Globalisierung oder auch der Europäisierung mit nahezu unüberschaubaren Märkten und Angeboten in allen Bereichen sowie einer zunehmenden Machtkonzentration auf der Anbieterseite, aus meiner Sicht jedenfalls, ganz klar kritisch zu hinterfragen, muss es doch das Ziel einer modernen Verbraucherschutzpolitik sein, auch unter den sich stetig ändernden Bedingungen den berechtigten Schutzanforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht zu werden.

Unser Ansatz muss daher den tief greifenden Wandel, in dem sich die Weltwirtschaft insgesamt befindet, berücksichtigen, um die volle Wirkung auch für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher entfalten zu können. Gerade hier zeigt sich, dass es immer wichtiger wird, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gut informiert und sensibilisiert werden. Daraus ergeben sich neue Schwerpunkte und weitergehende Herausforderungen an die Verbraucherpolitik innerhalb Deutschlands, aber auch für unser Bundesland. Eine moderne Verbraucherpolitik ist ein zentraler Baustein für eine hohe Lebensqualität, für eine gesunde Wettbewerbsordnung, aber auch, wo sich Leistung, Innovation und Qualität lohnen soll. Ein funktionierender Wettbewerb und starke Verbraucherrechte gehören, aus meiner Sicht jedenfalls, untrennbar miteinander zusammen. Das Leitbild eines gut informierten Verbrauchers oder einer Verbraucherin, der beziehungsweise die zunehmend Eigenverantwortung übernimmt und sich bewusst entscheidet, muss in der praktischen Politik auch gelebt werden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher durch politisches Handeln in die Lage zu versetzen, diese Verantwortung auch zu übernehmen oder übernehmen zu können, ist Ziel meiner Politik.

Fünf international akzeptierte grundlegende Verbraucherrechte werden von der Europäischen Union anerkannt und finden damit Eingang in die Rechtsetzung. Ich will an dieser Stelle auch ausdrücklich darauf hinweisen, bevor ich auf diese Punkte komme, dass wir am letzten Freitag das Verbraucherinformationsgesetz im Bundesrat beschlossen haben, und ich hoffe, dass dieses dann möglichst schnell in die Tat umgesetzt wird. Die fünf Ziele, die ich hier noch mal schnell umreißen möchte:

- Es geht zum einen um das Recht auf Schutz von Gesundheit und von Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher.
- Es geht um das Recht auf Schutz der finanziellen Interessen.
- Es geht um das Recht auf den Schutz der rechtlichen Interessen.
- Es geht aber auch um das Recht auf Vertretung und Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher an diesen gesamtgesellschaftlichen Prozessen.
- Zum Fünften geht es auch um das Recht auf Information und Aufklärung.

Wir als Landesregierung sind also gefordert und verpflichtet, die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen und die Verbraucherpolitik damit auch an diesen Grundsätzen auszurichten. Am Markt sind die Verbraucherinnen und Verbraucher in einer eher schwächeren Position. Im Verhältnis von Unternehmen zu Konsumenten muss mehr Chancengleichheit geschaffen werden, damit die Rechte und Pflichten gleich verteilt werden. Einerseits muss der Staat verlässlich und nachvollziehbar dafür Sorge tragen, dass dort, wo sich die Erzeugung, Herstellung oder Bearbeitung dem direkten Einblick des Verbrauchers entziehen, gesetzliche Vorgaben eingehalten werden. Deswegen ist es wichtig, dass wir endlich das Verbraucherinformationsgesetz bekommen. Die Behörden und damit die Überwachung haben dafür Sorge zu tragen, dass dieses nachvollziehbar für die Bevölkerung insgesamt ist und damit auch Transparenz umgesetzt wird. Durch die Optimierung von Verwaltungsabläufen muss

dieser Part laufend verbessert werden, und zwar in allen betroffenen Ressorts der Landesregierung. Dieses werden wir weiter bündeln. Andererseits muss dem Verbraucher und den Verbraucherinnen die Möglichkeit geboten werden, alle Informationen, die man für die Entscheidung und Beurteilung benötigt, von objektiven und unabhängigen Einrichtungen auch zu bekommen.

Mit Ihrer Unterstützung, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten des Landtages, kann das Haus, das Verbraucherschutzministerium, die Rolle eines Mittlers, eines Moderators, eines Initiators, aber auch Partners im Lande gerade für diesen Teil der Verbraucherpolitik sein. Netzwerkartige Strukturen können erfahrungsgemäß dazu beitragen, die Informations- und Beratungsmöglichkeiten für die Verbraucherinnen und Verbraucher als Querschnittsbereich des Verbraucherschutzes zu sehen und dieses weiter zu verbessern. Mein Ziel ist es ganz klar, ein Netzwerk Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern aufzubauen, dessen Kern die neue Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern e. V. sein soll. Ich glaube, an dieser Stelle darf man es auch einmal sagen, die neue Verbraucherzentrale des Landes Mecklenburg-Vorpommern leistet aus meiner Sicht eine gute Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Norbert Baunach, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Die wesentliche Aufgabe dieses Netzwerkes ist die Schaffung von Foren zur Zusammenführung der unterschiedlichen Bereiche und deren aktiven Akteure. Durch neue Perspektiven und Ressourcen sollen mehr Bürgernähe sowie Transparenz und Verbraucherinformation verbessert werden. Durch einfache Kontaktmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Verbraucherschutzes sollen damit Handlungsempfehlungen für die Verwaltungen, für das Verwaltungshandeln abgeleitet werden und damit natürlich auch den politischen Entscheidungsträgern, also uns, gemeinsam vorgelegt werden. Dabei wird insbesondere die Mitwirkung der Partner für den Verbraucherschutz bedacht, die nicht in der Landesregierung selbst vertreten sind. Gerade die Kommunikation und Kooperation zwischen und mit den Marktpartnern, die Stärkung von Verbraucherorganisationen im Bereich der Verbraucherbildung als Impulsgeber sind wichtige Bestandteile für diese produktiven Aktivitäten im Verbraucherschutzbereich. Als Plattform sehen wir vor zum einen das internetgestützte Informationsangebot, Verbraucherforen und Veranstaltungen, Aktionstage und, wie gesagt, ausdrücklich auch das Verbraucherforum. Diese sollen eingerichtet und weiterentwickelt wer-

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich erlaube mir, auf die vorliegenden Erfahrungen hinzuweisen, die wir seit 2002 in dem Landwirtschaftsministerium (alt) immer am 15. März gemeinsam mit der Verbraucherzentrale am Weltverbrauchertag gesammelt haben. Ich glaube, man kann feststellen, viele Abgeordnete waren ja mit dabei, dass an verschiedenen Orten des Landes dieser Weltverbrauchertag tatsächlich eine positive Wirkung entfaltet hat. Auf diesen Informationsveranstaltungen haben wir immer wieder deutlich gemacht, dass wir für die Verbraucherinnen und Verbraucher das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Information, das Recht auf Wahlfreiheit haben, und natürlich auch, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Recht darauf haben, Gehör in der Gesellschaft zu finden. Mit

vielfältigen Aktionen leisten wir als Verbraucherschutzministerium gemeinsam mit anderen Akteuren bereits viel auf dem Gebiet der Ernährungsaufklärung und der Beratung. Beispiele dafür sind unter anderem die Brotdose für die Einschulung oder auch unsere Wettbewerbe im Bereich des Verbraucherschutzes.

Ein Meilenstein im Übrigen soll im Herbst 2007 die Einführung eines Qualitätskriterienkatalogs für eine gute Schulverpflegung in Mecklenburg-Vorpommern unter Federführung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und unseres Hauses mit Wissenschaftlern und Praktikern sein.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Gesunde und sichere Lebensmittel einerseits und eine ausgewogene Ernährung andererseits wurden und werden weiterhin als gleichrangige Aspekte einer hohen Lebensqualität angesehen. Angesichts der problematischen Lage der öffentlichen Haushalte im Land und in den Kommunen ist eine dauerhafte Sicherung einer unabhängigen Verbraucherarbeit schwierig, aber es ist das Ziel weiterhin. Es ist das erklärte Ziel meines Hauses, die neue Verbraucherzentrale mit einem Grundgerüst an finanzieller Sicherheit auszustatten und sie in dem Bemühen, weitere zuverlässige Partner zu gewinnen, zu unterstützen. Ich kann nur darum bitten, auch den Abgeordneten des Landtages hier Hilfestellung zu geben. Es bedarf eines starken und eigenständigen Sachverhaltes der Verbraucherschutzinteressen im Lande. Diese Rolle muss die Verbraucherzentrale übernehmen und auch ausfüllen.

Ein funktionierender Wettbewerb und staatliche Verbraucherrechte gehören also für mich ausdrücklich zusammen. Verbraucherpolitik ist Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite. Wir wollen eine Verbraucherpolitik, die nicht auf bürokratische Reglementierungen, sondern auf eine gestaltende Funktion im Wettbewerb insgesamt setzt. Gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher sind also damit auch ein Garant für eine lebhafte Binnennachfrage und ein bewusstes Kaufverhalten. Auch dieses wollen wir damit initiieren und es ist ein Weg, um den Kampf gegen minderwertige oder zum Teil schlechte Billigimporte erfolgreich zu führen.

Verbraucherbildung ist also damit ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Verankerung von Verbraucherschutz in der Gesellschaft und damit die aktive Wahrnehmung der Verbraucherrechte. Angesichts der veränderten weltweiten Rahmenbedingungen kommt der Verbraucherbildung eine besondere Bedeutung hinzu. Eine Vorsorgeverbraucherpolitik stärkt damit die Verbraucherbildung in verschiedenen Schichten und Gruppierungen der Bevölkerung auf allen Ebenen der Politik wie im Wirtschafts-, im Verkehrs-, im Medien-, im Bildungs-, im Forschungs-, aber auch im, sage ich mal, Finanzbereich. Verbraucherpolitik kann und will Marktgesetze nicht außer Kraft setzen. Der Dreh- und Angelpunkt für den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern sind Transparenz und eine umfassende Information über Produkte und Herstellung sowie Herkunft. Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen damit also aus unserer Sicht eine solide Basis, um über Alternativen eigenständig und selbstständig entscheiden zu können, um somit in der Rolle als Marktteilnehmer selbstbestimmt teilzunehmen.

Die Befassung mit diesem Thema hier im Landtag ist aus meiner Sicht ein Signal an alle Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes Mecklenburg-Vorpommern und erfährt damit Beachtung, und das nicht nur im Namen des Ministeriums.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Alltag genannte Grundsätze sind für mich jedenfalls gelebte praktizierte Verbraucherpolitik. Unser Haus, das Verbraucherschutzministerium, setzt seit Jahren auf Kontinuität in der Verbrauchersicherheit und in der Verbraucherarbeit. Wir streben mit unseren Handlungsstrategien eine noch engere Kooperation und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Ressorts der Landesregierung und der Verbraucherverbände an. Ich bitte Sie insofern um Unterstützung für diesen Antrag und hoffe, dass wir dann in den nächsten Jahren mit diesem Papier etwas anders bundesweit umgehen können, als das zurzeit der Fall ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die Broschüre wird essbar dann.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag könnte als Modellbeispiel für den immer wieder zitierten Schaufensterantrag herhalten. Es ist egal, wie man sich zu diesem Antrag verhält, er richtet wenigstens keinen Schaden an, denn er verspricht alles und garantiert nichts. Das ist eine beruhigende Tatsache angesichts der Ergebnisse des bundesweiten Vergleichs von Verbraucherschutz und Verbraucherpolitik, in dem Mecklenburg-Vorpommern den rühmlichen letzten Platz belegte. "Das hat sich im letzten Jahr verbessert", so der Vorstand der neuen Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern e. V. auf der diesjährigen Mitgliederversammlung. Dennoch – und hier zitiere ich Herrn Dr. Fischer – "segelt die Neue Verbraucherzentrale seit 2004 in seichten Gewässern."

75 Prozent der Einnahmen der neuen Verbraucherzentrale werden über Projekteinnahmen realisiert. 14 zwar fest angestellte, aber in Teilzeit beschäftigte und 20 Honorarberater erwirtschaften diese Mittel. Da kann ich nur sagen, Hut ab vor der Leistung sowie der Leistungsbereitschaft und dem Enthusiasmus der Mitarbeiter der neuen Verbraucherzentrale,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

die dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Rechte wahrnehmen können, und außerdem ein großes parlamentarisches Danke für die durchgeführten Beratungen.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände, meine Damen und Herren, hat bereits im Jahr 2006 im Rahmen des Verbraucherschutzindex aus seiner Sicht Empfehlungen für die Bundesländer erarbeitet, die Ihnen offenbar aber nicht vorliegen, denn die erste Empfehlung könnten sogar Schulkinder entwickeln, ohne Konzept keine stringente Politik. Aber wo bitte ist Ihr Konzept, meine lieben Kollegen von den Koalitionsfraktionen, für die von Ihnen angeblich so wichtige Querschnittsaufgabe Verbraucherschutz? Was soll die Landesregierung Ihrer Meinung nach konkret mit der im Antrag aufgeschriebenen allgemeinen, aber trotzdem

unvollständigen Thesensammlung anfangen? Mit dieser Aufforderung an die Landesregierung, Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern so wie vorgeschlagen weiterzuentwickeln, stellen die Regierungsfraktionen der Regierung, die sie eigentlich stützen sollen, ein Armutszeugnis aus, denn dazu bedarf es nach unserer Meinung keinerlei Aufforderung, weil das selbstverständliches Regierungshandeln sein sollte.

Minister Backhaus, der zuständig ist, hat eben auch schon skizziert, welche Vorstellungen er hat. Die Aufforderung, einen regelmäßigen Verbraucherschutzbericht für die Öffentlichkeit zu erstellen, der Rechenschaft ablegt über die Umsetzung der wichtigen Querschnittsaufgabe Verbraucherpolitik, wäre in diesem Antrag wenigstens noch halbwegs konkret gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

So bleibt es nur bei unverbindlichen Bekenntnissen der Regierung und der sie tragenden Koalition, insbesondere der Koalition, denn der Minister ist ja wesentlich konkreter geworden. Verbraucherschützer und Ratsuchende sind sich einig, die Probleme und damit der Beratungsbedarf der Verbraucher haben quantitativ und qualitativ zugenommen, auch in unserem Land. So werfen Handyverträge, Internetabos, soziale Fragen vor allem rund um Hartz IV, Gesundheitsfragen, insbesondere nach den umfassenden Reformen des Gesundheitswesens in den letzten Jahren, Mietfragen und hierbei insbesondere Nebenkosten, Gammelfleischskandal, nicht zugelassener GVO-Reis und so weiter immer neue Probleme auf und erhöhen den Beratungsbedarf der Verbraucher.

Minister Backhaus hat in seiner Eigenschaft als Verbraucherschutzminister unter anderem die Bildung eines Netzwerkes für den Verbraucherschutz in unserem Lande angekündigt und er hat es hier auch kurz erwähnt, wie er sich das Ganze vorstellt. Wir unterstützen das sehr und haben deshalb im Rahmen des Nachtragshaushaltes im Agrarausschuss die Einstellung finanzieller Mittel angeregt, denn so ein Netz kann nicht nur aus Löchern bestehen. So konkret war aber die Unterstützung dann doch nicht gewollt, der Antrag wurde durch die Koalitionsfraktionen mehrheitlich abgelehnt.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Ihnen bewusst ist, wie weit der vorliegende Antrag vom realen Leben der neuen Verbraucherzentrale entfernt ist. Einerseits postulieren Sie, dass Verbraucherschutz eine politische Querschnittsaufgabe ist, andererseits lässt man denjenigen, die diese Querschnittsaufgabe zu ihrem Betätigungsfeld gemacht haben, keine Luft zum Atmen. Sicher, das Land schießt einen Großteil der notwendigen Mittel für die Arbeit der neuen Verbraucherzentrale zu. aber alles, was die neue Verbraucherzentrale an zusätzlichen Mitteln erwirtschaftet, muss an das Land zurückgegeben werden. Es ist nicht möglich, aus diesen Mitteln Rückstellungen zu bilden oder die Mitarbeiter entsprechend den von ihnen erbrachten Leistungen zu entlohnen, und dazu passt dann auch, dass das Finanzministerium am Beginn dieses Jahres bis Anfang Mai eine zehnprozentige Haushaltssperre verfügt hatte. Damit wird die neue Verbraucherzentrale an einer zwar vergoldeten, aber an einer kurzen Kette gehalten und hat gar keine Chance, in tiefere Gewässer zu gelangen. Dennoch wollen die Koalitionsfraktionen lieber bei unbestimmten, unkontrollierbaren Beschlüssen bleiben, die nichts nütZwischen den Zeilen gelesen macht der vorliegende Antrag ganz klar deutlich, Verbraucherpolitik und Verbraucherschutz sind von der Großen Koalition unseres Landes nur gewollt, wenn beides kein zusätzliches Geld, kein Geld mehr als bisher kostet. Aber, meine Damen und Herren, wie heißt es so schön: An ihren Taten sollt ihr sie messen. Das wird die Fraktion der Linkspartei.PDS auch in diesem Falle tun. Ihren heutigen Antrag lehnen wir ab, werden aber genau darauf achten, wie sich Ihr vollmundiges Bekenntnis zum Verbraucherschutz im nächsten Doppelhaushalt widerspiegeln wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Einbringung und insbesondere in der Rede unseres Landwirtschaftsministers ist eigentlich deutlich geworden, wie das Leitbild des mündigen Verbrauchers entwickelt und gefördert wird, und der Minister hat eine umfassende Erläuterung zu dem Verbraucherschutz in unserem Land gegeben. Erinnern wir uns daran, dass in der letzten Wahlperiode die Mittel für den Verbraucherschutz drastisch gekürzt wurden. Daraus hat sich jetzt die neue Verbraucherzentrale entwickelt und sie wird mit Leben erfüllt sowie das, was an Grundsätzen hier heute vorgetragen worden ist, der umfassende Verbraucherschutz, den wir in unserem Land brauchen. Und, Frau Kollegin Schwebs, wenn man dann sagt, es habe kein Konzept gegeben, dann frage ich mich, ob Sie die Rede des Ministers überhaupt haben zur Kenntnis nehmen wollen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Tatsache ist, dass wir nicht nur im nationalen Bereich, sondern auch im regionalen Bereich bei uns im Land den Verbraucherschutz konkret angehen müssen. Wir haben leider das Problem, dass der Bundesrat das Verbraucherinformationsgesetz zwar verabschiedet hat, aber mit so vielen Änderungen, dass da noch Nachbesserungen sein müssen. Ich hoffe, sie kommen schnell, und ich bin der Meinung, wenn das vorliegt, dann haben wir abgestuft europäischen Verbraucherschutz, nationalen Verbraucherschutz und den bei uns im Land, so, wie der Minister uns das vorgetragen hat, und dann sind wir mit unserem Antrag auf einem guten Wege. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das war aber ein müder Beifall.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. von Storch.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vorweg möchte ich Frau Schwebs ansprechen, ich werde in Zukunft meinen PGF bitten, sich dafür einzusetzen, dass ich vor Ihnen sprechen kann, weil Sie nehmen mir immer alles vorweg.

(Zurufe von Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber schade.)

Wahrlich, Verbraucherpolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist ein sehr interessantes Thema und, wie Sie sich denken können, auch die FDP ist nicht gegen Verbraucherpolitik an sich. Allumfassende Information ist hierbei ein wichtiger Punkt. Trotzdem haben wir einmal mehr mit Verwunderung die wirklich sehr speziellen Punkte dieses Antrages gelesen. Es handelt sich grundsätzlich um hübsch formulierte, in denen allerdings keinerlei Aussage steckt, allenfalls ein paar schwammige Lippenbekenntnisse.

(Egbert Liskow, CDU: Haben wir gestern gehört.)

Wenn Sie den Verbraucherschutz langfristig stärken wollen, hätten Sie zum Beispiel auch Aussagen zu einer nachhaltigen Finanzierung der Verbraucherzentrale treffen können. Ihre Aussagen im Absatz 1, Vorsorgefunktion beim Schutz von Gesundheit und Sicherheit sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Verbraucher, sind selbstverständlich und allgemeingültig. Im zweiten Absatz spezialisieren Sie dann die Anforderungen an die Verbraucherpolitik.

Ich gebe ja zu, es hat sich ganz gut gelesen, allerdings sind wir bisher davon ausgegangen – und Sie, Herr Minister Backhaus, haben wieder einmal sehr detailliert aufgezählt, was Sie alles schon tun und getan haben –,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Und vor allem tun werden.)

nach all den Jahren sollte es doch einen etablierten Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren geben. Wenn ich dann an diverse Kommentare, Veröffentlichungen und Ihre ganzen Grußworte zum Weltverbrauchertag und anderen Veranstaltungen in diesem Frühjahr denke, dann frage ich mich, meine Damen und Herren der SPD und CDU: Waren Sie nicht dabei?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Trotz intensiver Bemühungen und wahrlich wohlwollender Überlegungen nach der Lektüre Ihres Antrages bleibt die Frage: Was soll damit eigentlich gesagt werden? Was ist neu und gegenüber dem Bisherigen verändert? Und da wir als FDP es mit unserer Auffassung von guter Politik nicht vereinbaren können, dass sich dieses Parlament lediglich dazu benutzen lässt, allgemeingültige, aber tatsächlich leere Floskeln ernsthaft zu beraten, werden wir diesen Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Reese.

Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Peters, Fraktion der SPD.

Angelika Peters, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Reese, ich sehe es Ihnen nach: Sie sind noch nicht lange im Parlament, Sie kennen die Entwicklungsstrukturen nicht.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Eben, eben.

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Und insofern, sage ich mal, werden wir uns auf dieser Ebene auch austauschen können und wir werden vielleicht doch noch eine Linie finden können, wenn sie vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle ein bisschen zickzackt, aber wir werden uns zum Verbraucherschutz verständigen können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wer macht zickzack?)

Und, Herr Professor Methling, so schnell haben Sie auf die Frage, was für eine Struktur, doch selten von der Regierung eine Antwort gekriegt. Herr Minister Backhaus hat Ihnen aufgezeigt, wie die Strukturen, die Netzwerke laufen sollen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Aber dann brauchen wir den Antrag doch nicht. Der ist überflüssig.)

Also ich denke mal, die Überlegungen mit unserem Antrag sind schon voll in Ordnung,

(Zuruf von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

auch in Vorbereitung unseres Antrages. Allerdings ...

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Dann brauchen wir den Antrag doch nicht.)

Ja, Schaufensterantrag, gut, wir werden darauf zurückkommen.

> (Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Schaufensteranträge können wir auf Anhieb von Ihnen raussuchen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ah ja!)

Also das ist ja nun überhaupt gar kein Problem.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Sie machen es einfach.)

Meine Damen und Herren, aus der vergangenen Diskussion wurde meines Erachtens deutlich: Verbraucherschutz wollen wir alle, Verbraucherschutz brauchen wir alle, Verbraucherpolitik soll es dann insgesamt werden, eine aktive Verbraucherpolitik. Damit haben Sie eigentlich alle unseren Antrag akzeptiert, wenn Sie auch unserem Antrag nicht alle zustimmen möchten oder können. Aber dass Sie es alle für sich in Anspruch nehmen wollen, ist verständlich – für sich als Politiker, als Regierungsmitglied, als Verbraucher,

(Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

als Konsument schlechthin.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wennschon, dennschon!)

Denn alle wollen wissen und darauf vertrauen: Was draufsteht, soll auch drin sein, was es verspricht, soll es auch halten.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt. – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Wir haben ja noch den Koalitionsvertrag.) Der Staat ist für die Sicherheit und die Gefahrenabwehr sowie für ordnungspolitische Rahmenbedingungen verantwortlich. Richtig ist auch – das erwähnte auch der Minister –, der Verbraucher steht dafür in der individuellen Verantwortung für die Umsetzung von beispielsweise sozialen, umweltpolitischen oder auch ökonomischen Werten. Aber dazu, meine Damen und Herren, muss er in die Lage versetzt werden. Zu komplexe Regelungen zum Beispiel können zwar große Unternehmen und Spezialisten durchschauen, der Verbraucher dagegen immer weniger. So sind eine Vielzahl von Regelungen – nehmen Sie meinetwegen Gebrauchsanweisungen zur Vermeidung von Regressansprüchen – unüberschaubar und zu komplex aufgebaut und dienen damit in keiner Weise den Verbrauchern.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Vor allem, wenn sie japanisch sind.)

Einige Beispiele nur, denn ich sehe das hier am Interesse. Jeder tut so, was interessiert es mich, ich habe mit Verbrauchern nichts zu tun, ich kann mich ja wehren,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber eine glatte Unterstellung!)

ich kann lesen ...

Ich habe gesagt, ich sehe es hier an einigen,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja. – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Vor allem an denen, die nicht da sind.)

und ich könnte Ihnen sofort welche nennen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ganz schön viel, ne?!)

Oder man hat die Möglichkeit, mehrere Dinge zu tun – zuhören, schlafen und lesen. Das mag alles möglich sein.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frauen können zumindest zwei Sachen. Männer können das manchmal auch.)

Denken Sie nur mal an die Beipackzettel einiger Medikamente zum Beispiel.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wissen Sie nach dem Studium dieses ...

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Erst die Medikamente nehmen und dann den Beipackzettel lesen.)

Denken Sie nur an den Beipackzettel einiger Medikamente.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wissen Sie nach dem Studium – und dieses Mal sage ich ganz bewusst "Studium" – denn wirklich, ob hilft, was Ihnen der Arzt verschrieben hat, oder schleicht sich bei Ihnen nicht doch das Gefühl ein, wenn du das nimmst, wirst du zwar möglicherweise diese eine Krankheit los, aber bei den vielen Begleiterscheinungen und Nebenwirkungen sorgt dieses Medikament dann auch gleich für die nächsten?

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Anderes Beispiel: Internet. Ärgern Sie sich nicht auch jeden Morgen darüber, wenn Sie an Ihren Computer gehen, dass Sie mehr Spams als Informationen drauf haben und viel Zeit dafür verwenden müssen, diese Dinger wieder herunterzukriegen? Das Internet hat die Welt rasant verändert, neue Angebote kommen täglich hinzu und es wird schnell geklickt, beim Shoppingsender gekauft und schnell bereut, denn letztendlich können Sie mit der in chinesischer Schrift gehaltenen Gebrauchsanweisung nichts anfangen, müssen sich drauf verlassen, was Sie vorher im Sender gehört haben, und Regressansprüche sind somit ausgeschlossen. Ich will also sagen, neue Medien erfordern neue Konzepte für eine aktive moderne Verbraucherpolitik, eine gezielte Informationspolitik. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Minister, dass Sie da das erste Angebot für ein internetgestütztes Informationsforum bereits auf dem Tisch beziehungsweise angekündigt haben.

Ein weiteres Ärgernis sind für viele Verbraucher unerwünschte und lästige Telefonwerbungen, und das nach Möglichkeit Samstag früh ab 8.00 Uhr. Trotz des ausdrücklichen ...

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Da gibt es einen Stecker, den kann man rausziehen.)

Es mag ja auch noch jemand anders anrufen, ne?

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Trotz des ausdrücklichen Verbots des Paragrafen 7 UWG.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Am Sonnabend! Das ist ja eine Frechheit!)

also des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb, wird dagegen millionenfach verstoßen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Da haben Sie recht, Frau Peters.)

Da werden Sie angerufen – ich sage das jetzt ganz bewusst, weil es ist keine Beschädigung des Anbieters –, Weingut Pallhuber, regelmäßig wird da angerufen. Und wenn Sie mit dem Rechtsanwalt drohen, man möge die Nummer doch endlich aus dem Computer herausnehmen, schert sich keiner drum. Also man muss wirklich rechtlich dagegen vorgehen und das kann so nicht gehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie denn schon mal was gekauft von Pallhuber?)

Lottogewinnversprechen: Wenn Sie nicht gewinnen, bekommen Sie Ihr Geld zurück. Na, wer hat denn da was zu verschenken?!

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Sicher bekommen Sie was. Da sind zig Spiele und zig Spieler, die mitspielen. Und wenn Sie 12 Cent überwiesen bekommen, haben Sie was gewonnen, also haben Sie keinen Anspruch darauf, Ihren Einsatz zurückzukriegen. So geht es dann.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Vor allem die ganzen Autos, die vor der Tür stehen!)

In diesem Zusammenhang, sage ich, meine Damen und Herren, sind auch die Unternehmen, ist die Wirtschaft in der Pflicht, das zum Teil aggressive Direktmarketing zu überdenken und darauf zu achten, dass zum Beispiel Anrufe über Callcenter seriös und innerhalb der gesetzlichen Regelungen verlaufen. Auch für diesen Bereich geht es verstärkt um die gezielte Verbraucheraufklärung. Welche Rechte haben Sie? Wie sollten Sie mit ungebetenen Anrufen umgehen? Wie erkennen Sie sie? Und wo können Sie sich beschweren?

Insofern, meine Damen und Herren, begrüße ich in der Gesamtheit ausdrücklich, dass nun die Beratungen zum Verbraucherinformationsgesetz abgeschlossen sind, bis zu diesem Teil. Herr von Storch, ich gebe Ihnen da sehr recht, dass noch einiges fehlt und ergänzt werden muss. Aber wir sind erst mal durch den Bundesrat per Beschluss mit diesem Verbraucherinformationsgesetz gekommen.

Übrigens lassen Sie mich zum Schluss einen Blick zurück wagen. Im Mittelalter hat man Bäcker, die zu kleine Brötchen gebacken haben, in Eisenkörbe gesperrt oder an den Pranger gestellt. Diese drastischen Sanktionen dürften eine erhebliche vorbeugende Wirkung entfaltet haben.

(Heiterkeit bei
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das wäre doch jetzt mal ein
praktischer Vorschlag.)

Der Bürger konnte damals Gewicht und Qualität der Backware nicht selbst prüfen.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Er musste informiert werden, dass die Brötchen soundso schwer sein mussten, und er hatte das Recht, dies prüfen zu lassen. Damit dienten das Recht und die Informationen nicht nur den Verbrauchern, sondern auch dem Bäcker, also der Wirtschaft. Dadurch wurden auch sie vor ungerechtfertigter Kritik und ihren Folgen geschützt.

Angesichts der heutigen internationalen Dimension des Marktgeschehens, kann eine kluge Verbraucherpolitik zu mehr Wachstum und Innovation und damit zur Stärkung der Unternehmen führen. Der wissende und damit handelnde Verbraucher, Konsument, kann nicht zuletzt durch seine Wahlentscheidung den Qualitätswettbewerb mit beeinflussen. Ich denke, die von mir aufgeführten Beispiele belegen – es sind nur wenige –, dass Handlungsbedarf besteht, und wir bitten, stimmen Sie unserem Antrag zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Peters.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh, nicht Herr Borrmann?! – Minister Dr. Till Backhaus: "Bürger des Landes!" kommt gar nicht mehr.)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die mit diesem Antrag verfolgten Ziele, insbesondere der umfassende Konsumentenschutz, werden sich nicht erreichen lassen, weil es ein

paar heilige Kühe in diesem real existierenden politischen System gibt, die dem im Wege stehen.

Heilige Kuh Nummer eins: die Herrschaft des Lobbyismus. Die Lebensmittelindustrie versteht es sehr gut zu verhindern, dass Firmen, die durch Gammelfleischskandale und Ähnliches unangenehm auffallen, systematisch öffentlich gemacht und die Kunden so gewarnt werden könnten. Herr Seehofer dreht und windet sich, um die Ekelfleischverkäufer ja nicht an den Pranger stellen zu müssen. Die Verbraucherschutzorganisationen verlangen permanent neue schärfere Gesetze, es wird scheinbar nachgegeben, es wird ein Verbraucherinformationsgesetz gemacht. Schaut man sich dann hinterher das Gesetzeswerk an, finden sich gut versteckt zahlreiche Ausnahmebestimmungen und mehrdeutige Formulierungen und die Lebensmittelpanscher bleiben im Dunkeln und im Geschäft.

Gleiches gilt für den Import genmanipulierter Nahrungsmittel. Der läuft, weil die Lobby das so will. Selbst in den USA, der Hochburg des Lobbyismus, wird gegen schwarze Schafe in der Lebensmittelbranche wesentlich härter vorgegangen. Sie werden rigoros von den Behörden im Internet geoutet. Solange das hier nicht machbar ist, weil die Firmen sich unter Berufung auf Betriebsgeheimnisse um ihre Informationspflicht drücken können, bleibt der Kunde ungeschützt. Der Wähler hat eben nur alle vier oder fünf Jahre eine Stimme und die Interessengruppen hängen jeden Tag am Telefon und machen ihren Lieblingspolitikern klar, was sie gerne hätten. Und das ist nicht Verbraucherschutz, sondern Profit, gerne auch mit Ekelfleisch. Es ist kein Zufall, dass von den großen Lebensmittelskandalen der letzten Jahre keiner durch systematische Aufklärungsarbeit der Kontrolleure ans Licht kam. Das waren Zufallsfunde. Die wenigen Kontrolleure sind völlig überfordert, im Stich gelassen von einem Staat, dem das Wohl wirtschaftlicher Machtgruppen wichtiger ist als das der Bürger und Konsumenten.

Heilige Kuh Nummer zwei: die Europäische Union. Wenn man Kompetenzen und Hoheitsrechte an Brüssel abtritt, und zwar im hohen Maße, dann kann man sich eigene große Pläne sparen. Die EU-Kommission entscheidet, wie der Verbraucherschutz auch in Mecklenburg-Vorpommern aussehen wird, nicht der Landtag. Die Provinzen haben zu tun, was die Machtzentrale befiehlt, und sie haben zugunsten der Eurokraten praktisch abgedankt. Und wer steht hinter den Eurokraten? – Wieder Lobbyisten, weil der Lobbyismus dort noch wesentlich schlimmer ist als in Schwerin oder Berlin.

Und die dritte heilige Kuh: Globalisierung und freier Handel. Wenn man den Untergang ganzer Industriezweige durch Massenbilligimporte toleriert, etwa der Textilindustrie mit 300.000 Arbeitsplätzen oder der Spielzeugindustrie mit 127.000 Arbeitsplätzen in der DDR 1989, dann ist man eben auf diese Importe angewiesen, man hat ja keine heimische Alternative mehr, dann muss man sich eben mit giftgetränkten Kleidungsstücken aus Bangladesch abfinden, die man erst mehrfach waschen muss, bevor man sie anziehen kann, und die Verkäuferinnen und die Lagerarbeiter, die sie täglich anfassen müssen, werden krank davon. Und die Langzeitarbeitslosen, die früher vielleicht mal in der Textilindustrie beschäftigt waren, sind auf diese Billigwaren angewiesen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Unerträglich, was Sie erzählen, Herr Andrejewski!) Das ist doch Quark.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Rassistisch ist das und ausländerfeindlich!)

Du lieber Himmel!

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Quark ist, was Sie erzählen! – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da haben Sie recht, da haben Sie recht!)

Ich kritisiere hier die Produktionsbedingungen in Bangladesch. Schauen Sie sich mal Dokumentationen an, wie die Leute da arbeiten müssen! Es ist rassistisch, dass man die Leute unter diesen Bedingungen arbeiten lässt und hier dann Billigwaren einführt. Das ist rassistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Und die Langzeitarbeitslosen sind auf diese Billigwaren angewiesen, ebenso auf manchmal lebensgefährliche Billigelektrogeräte aus China, wie etwa die nachgeahmten deutschen Motorsägen, die es in sich haben und schon schwere Unfälle verursacht haben. Wer die Produktion ins Ausland auslagert, liefert sich den Standards der Produktionsländer aus, und wer deren gesundheitsgefährdende Waren massenhaft einführt, kann seine Verbraucher nicht mehr schützen. Das können Zollkontrolleure bei diesen Mengen auch niemals bewältigen.

Entweder Verbraucherschutz oder Lobbyismus, EU und Globalisierung. Leider sind Sie für Letzteres. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil er völlig substanzlos ist. Es ist aber möglich, dass wir zu diesem Thema demnächst Demonstrationen veranstalten. Besonders herzlich eingeladen sind die Kollegen von der CDU. Termine sind bei uns zu erfragen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Minister Dr. Till Backhaus)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/587. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/587 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion der Linkspartei.PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der Linkspartei.PDS hat eine Auszeit beantragt. Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

Unterbrechung: 10.17 Uhr

Wiederbeginn: 10.39 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Unterstützung für die Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, auf Drucksache 5/597. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungs-

antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/629 vor.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Unterstützung für die Beschäftigten der Deutschen Telekom AG
– Drucksache 5/597 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU

- Drucksache 5/629 -

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS Herr Professor Dr. Methling.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Wochen befinden sich Telekom-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter im Streik. Es ist ein harter, ein sehr ernster Arbeitskampf, wie wir sicherlich alle festgestellt haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind empört und wütend über die Pläne des Vorstandes der Deutschen Telekom AG. Jährlich sollen mit dem umfangreichen Umstrukturierungs- und Sparpaket 900 Millionen Euro Personalkosten eingespart werden.

Wie will man das erreichen? Die Arbeitsplätze von 50.000 Menschen sollen ausgegliedert werden, und zwar mit dem Ziel, ihre Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu erhöhen. Damit wird auf einen Schlag die Tarifentwicklung der letzten 30 Jahre zurückgedreht, und das bei einem guasi staatlichen Unternehmen. Für viele Betroffene wird dieses kaum zu verkraften sein. Die Ausgliederung in Servicegesellschaften ist scheinbar beschlossene Sache. Längst hat die Unternehmensführung angekündigt, dies zum 1. Juli auch ohne eine Einigung mit ver.di durchzuziehen - auf Biegen und Brechen sozusagen. Rechtlich hat das Management alle Möglichkeiten dazu. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet die Auslagerung auch weniger Schutz. Zudem sind umfangreiche Standortkonzentrationen im Bereich der Callcenter vorgesehen, was natürlich für unser Land von besonderer Bedeutung ist.

Das sind Entwicklungen in einem gewerkschaftlich, wie wir wissen, hoch organisierten Unternehmen, die natürlich ganz genau beobachtet werden. Sollte sich das Telekom-Management in seinem harten Vorgehen durchsetzen, werden sich dies auch andere Unternehmen zum Vorbild nehmen, um auf diese Art und Weise Gewinnmaximierung auf Kosten der Beschäftigten zu betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles ist deshalb nicht nur eine Angelegenheit der Unternehmensführung der Telekom AG, des Herrn Obermann und seines Vorstandes, sondern auch eine Angelegenheit der Politik, denn der Staat beteiligt sich nach wie vor mit 30 Prozent an der Telekom, genau genommen sind es zusammen mit der KfW, über die übrigens auch die Bundesländer Einfluss ausüben können, derzeit 31,7 Prozent. Der Staat ist somit immer noch der größte Anteilseigner und sitzt mit eigenen Vertretern im Aufsichtsrat, soweit wir wissen darunter auch SPD-Mitglieder. Letztendlich wird auch die Bundesregierung dafür verantwortlich sein, wenn die Sparpläne auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt werden. Sieht so die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dieser Bundesregierung aus?

Und auch wir im Land dürfen nicht so tun, als ginge es uns nichts an. Sich einfach darauf zurückzuziehen, dass ja die Tarifautonomie gewahrt werden müsse, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, halten wir nicht für akzeptabel. Den streikenden Kolleginnen und Kollegen hilft das nicht weiter.

In dieser Woche sind die Streiks mit hoher Beteiligung und Kreativität fortgesetzt worden. Auf dem Weg heute früh in den Landtag konnte ich an der Parchimer Straße die Kollegen stehen sehen. Sie waren ja gestern vor der Staatskanzlei und sind es auch heute wieder. Sie haben, wie sich zeigt, erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens. Nach Angaben der Gewerkschaft summiert sich der Arbeitsausfall auf insgesamt 350.000 Streiktage.

Mittlerweile liegt der Gewerkschaft ein neues Angebot der Arbeitgeber vor und beide Seiten sind an den Verhandlungstisch zurückgekehrt. Man wird sehen, ob doch noch eine Einigung möglich ist und wer die Lasten zu tragen hat. Noch allerdings stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter dem Eindruck, dass die Einsparungen bei den Personalkosten die einzige Schraube sein soll, an der man drehen will. Vom Management völlig unbeantwortet bleibt nämlich die Frage, wie die Dienstleistungsqualität tatsächlich verbessert werden kann, um die angestrebten Marktanteile zu gewinnen. Hierzu gibt es bis heute kein Konzept. Dabei ist es eine Binsenwahrheit: Um die Dienstleistungsqualität zu verbessern, braucht man gut gualifizierte und vor allem motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese stößt man aber gerade jetzt vor den Kopf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen und Tagen viele Gespräche mit den Streikenden hier in Schwerin, in Neubrandenburg oder Rostock geführt. Diese Kolleginnen und Kollegen haben klar zum Ausdruck gebracht, dass sie ein Bekenntnis auch von der Politik im Land erwarten. Sie erwarten Unterstützung genauso wie die Kolleginnen und Kollegen der Telekom aus Neubrandenburg und Waren, die heute als Zuschauer an der Landtagssitzung teilnehmen und die ich von dieser Stelle aus herzlich begrüßen möchte. Sie erwarten Solidarität, sie erwarten, dass wir an ihrer Seite stehen, und sie sind enttäuscht, dass es zu einem parteiübergreifenden Bekenntnis bisher nicht gekommen ist. Vielleicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es heute möglich, gemeinsam die Gelegenheit zu ergreifen und ein deutliches Signal zu senden. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Methling.

Das Wort hat jetzt der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, bei allem Verständnis, Herr Professor Methling, es ist so, dass wir natürlich für die Mitarbeiter Verständnis haben, für die Situation, wie sie sich gegenwärtig darstellt, und ich kann mir lebhaft vorstellen, wie es jemandem zumute ist, der von solchen Strukturveränderungen betroffen ist. Aber ich muss hier auch in meiner Funktion als Wirtschaftsminister dieses Landes klar sagen: Der Antrag, den Sie stellen, ...

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sie sind auch Arbeitsminister, Herr Seidel.) Danke schön, dass Sie mich darauf hinweisen. Es hätte aber dessen nicht bedurft.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Es ist aber so, dass dieser Antrag, den Sie gestellt haben, ein Antrag ist, der einseitig einen Tarifpartner in einer zugegebenermaßen schwierigen Auseinandersetzung unterstützt.

> (Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das wollen wir ja.)

Ja, das weiß ich, dass Sie das wollen. Aber ich will noch mal darauf hinweisen, dass in Deutschland Löhne und Arbeitszeiten grundsätzlich frei vereinbart werden auf der Grundlage von Tarifverträgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Im Unterschied zu einheitlichen Löhnen sehen eben tarifvertragliche Löhne differenzierte Regelungen in Abhängigkeit von den Gegebenheiten der jeweiligen Branche und auch der jeweiligen Region vor. Und, meine Damen und Herren, wir müssen uns immer über die Konsequenzen unseres Tuns für die Zukunft im Klaren sein.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik haben noch nie Gutes gebracht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Hungerlöhne.)

Sie müssen sich mal vorstellen, wir wären jetzt vor einer Wahl,

(Zurufe von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dann wären wir sozusagen geneigt dazu, uns wie auf dem Basar hier zu verhalten.

(Zurufe von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich kann nur sagen, es ist für mich absolut falsch, wenn Politik über Wirtschaftlichkeit bestimmt. Das geht nicht gut und das wollen wir nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das geschieht sehr häufig in diesem Land. – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, wir sprechen zugegebenermaßen über ein ernstes, über ein sehr ernstes Thema. Das Klima zwischen Belegschaft und Vorstand bei der Telekom ist aufgeheizt. Das bleibt natürlich keinem verborgen. Und selbstverständlich haben der Bund und auch das Land eine Verantwortung für die Deutsche Telekom AG.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

Das ist völlig klar. Und wir können auch nicht so tun, als ginge uns das alles nichts an. Man ist förmlich geneigt, den Mitarbeitern, die dort sitzen, einen Gruß zuzurufen. Aber dann bekomme ich, glaube ich, einen Ordnungsruf. Das darf ich also nicht machen.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Hab ich schon gemacht, aber keinen bekommen. Das können Sie also auch machen.) Ja, das ist vielleicht der Vorzug der Opposition.

Ebenso klar ist aber, wofür wir keine Verantwortung haben und wo wir auch nicht unsere Verantwortung ausdehnen sollten. Das sind nämlich die operativen Entscheidungen im Unternehmen selbst.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Darauf kann man aber Einfluss nehmen.)

Die unternehmerischen Entscheidungen werden und müssen vom Vorstand getroffen werden, der trägt dafür die Verantwortung.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Gleichermaßen ist es so, dass die Sorgen der vielen Tausend Beschäftigten zu verstehen und nachvollziehbar sind. Man muss ja auch sagen, es ist nicht die erste Umstrukturierung bei der Telekom.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Eben drum.)

Es ist klar, dass nach so vielen Aktivitäten in den letzten Jahren die Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sorge um den Arbeitsplatz und auch die Sorge letztlich um die eigene Existenz groß ist. Aber man muss es wenigstens erwähnen, dass auf der anderen Seite für die Unternehmensleitung die Frage steht, wie betreibe ich Kostenoptimierung.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Zulasten der Beschäftigten.)

Kein Unternehmen kann sich dieser Frage entziehen. Sie können es mal selbst versuchen. Dann wäre es ja toll zu sehen, wie Sie das Unternehmen leiten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Es geht nämlich darum, im Wettbewerb zu bestehen und Arbeitsplätze am Ende langfristig zu sichern. Und deshalb, meine Damen und Herren, das will ich klar unterstreichen, war es gut, dass die Beschäftigten und das Management gemeinsam zum Verhandlungstisch zurückgekehrt sind und einen Ausgleich ihrer Interessen suchen.

Ich will Ihnen aber auch klar sagen, wofür wir als Politiker die volle Verantwortung tragen: Wir tragen die Verantwortung für den Regulierungsrahmen, das heißt für die Spielregeln, man kann es auch so ausdrücken, die zwischen dem ehemaligen Monopolisten Deutsche Telekom und den Wettbewerbern auf dem Telekommunikationsmarkt bestehen. Hier war es uns immer wichtig, eine faire Balance herzustellen.

Und ich will auch deutlich sagen, es ist absolut in unserem Interesse, dass wir eine starke Deutsche Telekom haben. Es ist aber genauso in unserem Interesse, dass es Wettbewerber, auch starke Wettbewerber gibt, denn nur so können Wertschöpfungspotenziale dieser durchaus dynamischen Branche für Innovationen und sichere Arbeitsplätze in unserem Land genutzt werden. Die Regulierung auf den Telekom-Märkten war – und ich würde sogar sagen, ist – ein unverzichtbares Instrument, um die ehemaligen Monopole aufzubrechen und einen funktionsfähigen Wettbewerb zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und Renate Holznagel, CDU)

Ohne Regulierung hätten wir den Prozess der Privatisierung und Liberalisierung und somit die Erschließung neuer Marktpotenziale gar nicht durchführen können. Die Liberalisierung ist so gesehen eine Erfolgsgeschichte. Da bitte ich Sie, sich daran zu erinnern. Die Verbraucher profitieren heftigst davon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich will das mal kurz beleuchten: Wenn wir uns die Verbraucherpreise ansehen, dann erkennen wir, dass die Preise im Vergleich zu 1998 - also es ist noch gar nicht so lange her - in vielen Bereichen, zum Beispiel die Preise für Inlandstelefonate, um circa 95 Prozent gesunken sind. Auslandstelefongespräche sind allein im letzten Jahr um 36 Prozent günstiger geworden. Bei den DSL-Anschlüssen gibt es in den letzten beiden Jahren einen Preisverfall von etwa 65 Prozent. Auf dem Mobilfunk- und dem Breitbandmarkt beispielsweise erleben wir einen Boom, von dem allerdings Mecklenburg-Vorpommern noch nicht so profitiert, wie es das müsste. Mittlerweile gibt es 83 Millionen Handyverträge, das sind mehr als Deutschland Einwohner hat, und 15 Millionen Breitband-Internet-Anschlüsse. Die Liberalisierung war also auch für die Deutsche Telekom positiv und das ist ein Erfolg letztlich dieser Regulierungspolitik gewesen. Ohne die Marktöffnung wäre die Deutsche Telekom nie ein solch erfolgreicher Global Player geworden, wie sie es heute ist, sondern, erinnern Sie sich auch daran bitte, sie wäre eigentlich immer noch die graue alte Post.

(Beifall Hans Kreher, FDP, Michael Roolf, FDP, und Jörg Vierkant, CDU)

Im Kern, meine Damen und Herren, muss es darum gehen – und das liegt in unserer Verantwortung –, die zukünftigen Rahmenbedingungen der Regulierung weiterhin zu gestalten, auch auf europäischer Ebene hier mitzureden. Es ist an der Zeit zu überlegen, ob die alten Grundsätze in der Zukunft noch gelten. Unsere Position war immer, dafür haben wir uns auch in der Großen Koalition in Berlin starkgemacht, es darf keine europäische Superregulierungsbehörde geben. Wir brauchen hier nicht zusätzliche Bürokratie. Regulierung soll und muss es dort geben, wo sie unbedingt erforderlich ist. Sie darf aber auch kein Selbstzweck sein. Das ist die Verantwortung, die wir haben, der wir uns stellen, die wir übernehmen müssen, anstatt hier mit nun doch etwas, na ja, Populismus und falschen Versprechungen,

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das war klar! Das war klar!)

ja, auch mit falschen Versprechungen am Ende Unsachlichkeit in die Diskussion hineinzutragen und falsche Hoffnungen zu wecken, die wir am Ende ohnehin nicht erfüllen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern stellt sich die Situation bei der Telekom nach Angaben des Vorstandes wie folgt dar: Mit 2.311 Mitarbeitern, darunter allein 1.211 im Geschäftsfeld der T-Com, ist die Telekom einer der größten Arbeitgeber im Lande. Im laufenden Ausbildungsjahr werden insgesamt 338 Auszubildende beschäftigt. Das ist natürlich ganz wichtig, ganz klar. T-Service trifft alle Serviceeinheiten – es soll ja jetzt die Gründung der T-Serviceeinheiten erfol-

gen zum 01.07. – im inländischen Konzern bundesweit. T-Service ist sozusagen eine konzerninterne Reorganisation zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Beschäftigung im Konzern.

Wichtig ist für mich, die Standorte der Serviceeinheiten bleiben beim Übergang in die T-Serviceeinheiten vorhanden. Die jeweiligen mit den Sozialpartnern vereinbarten Standortsicherungen werden von der Deutschen Telekom eingehalten. Daran will die Telekom mit Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern nach Aussagen der Konzernleitung im Rahmen der anstehenden Umstrukturierungen festhalten. Wir werden sie auch hier beim Wort nehmen. In Mecklenburg-Vorpommern sichert somit die Überführung der Flächenorganisation in den T-Service die Arbeitsplätze und führt nicht zu unmittelbaren Änderungen der Standortstruktur. Das ist die positive Information. Sicherlich - auch das muss man benennen - ist die harte Nachricht, dass Lohnabsenkungen damit verbunden sind. Die geplanten Lohnabsenkungen sollen stufenweise ab Mitte 2008 über einen Zeitraum von vier Jahren um neun Prozent vom Bruttolohn erfolgen und werden netto ungefähr sechs Prozent ausmachen.

> (Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Beziehen Sie jetzt einseitig Stellung für eine Seite der Tarifpartner oder was?!)

Jetzt sind zusätzliche Erfolgsbeteiligungen im Gespräch. Ich halte das für einen zumindest zu prüfenden Weg. Die Verhandlungen der Tarifparteien sind wieder aufgenommen. Ich glaube, das ist richtig und wichtig. Da die Verhandlungen noch laufen, die Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund stehen sollte und aus oben genannten politischen Gründen wir uns dort nicht einmischen sollten, wird so meiner Meinung nach mit dem Änderungsantrag von SPD und CDU dem Anliegen Rechnung getragen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Thomas Schwarz von der Fraktion der SPD.

Thomas Schwarz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der grundsätzlichen Garantie der Tarifautonomie wird ein Freiraum gewährleistet, in dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihre Interessengegensätze in eigener Verantwortung austragen können. Diese Freiheit findet ihren Grund in der historischen Erfahrung, dass auf diese Weise bessere Ergebnisse erzielt werden, die den Interessen der widerstreitenden Gruppen und dem Gemeinwohl eher gerecht werden als bei einer staatlichen Schlichtung.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sieht man an den Hungerlöhnen.)

Tarifverträge sind also Ausdruck kollektiver Selbstbestimmung und damit ein wesentliches Element der sozialstaatlichen Demokratie. Tarifverträge erfüllen eine gesamtgesellschaftliche Funktion. Deshalb, lieber Kollege Methling, ist Ihr Antrag ein unzulässiger Eingriff in die Tarifautonomie (Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das war bei den Werften genau andersrum.)

und ich kann Tarifautonomie nicht immer interpretieren, wie ich es will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Gleichwohl, sage ich aus meiner Sicht, kann es nicht immer zulasten von Arbeitnehmern gehen ...

(Beifall Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Das ist sehr richtig.)

Moment!

... und ich sehe als problematisch an die Lohnabsenkung und die Mehrarbeit.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Aha! Aha!)

Es kann nicht alles der Gewinnmaximierung untergeordnet werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da sind wir uns einig.)

Unternehmen tragen auch eine soziale Verantwortung.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Ich sehe es als problematisch an, Servicegesellschaften auszugliedern und bei Lohnabsenkung mehr zu arbeiten, denn ich sage mir, das tut der Motivation der Arbeitnehmer nicht gut, und ich hoffe – wir haben ja heute vom Minister gehört, die Verhandlungsparteien sind an den Tisch zurückgekehrt –, dass es dort einen fairen Interessenausgleich gibt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das war ja eine Solidaritätsrede!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schwarz.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roolf.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Ach, unser Liberaler! – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Der macht es kurz.)

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Liberale möchten ein ganz klares Signal setzen, und zwar ein Signal an den Vorstand der Deutschen Telekom und an die Mitarbeiter der Deutschen Telekom. Beide sollen in Vernunft an den Verhandlungstisch zurückkehren, beide sollen im Interesse des Unternehmens – und das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich: beim Management hat man nicht in den letzten Jahren das Gefühl gehabt, dass sie besonders professionell gearbeitet haben – zu vernünftigen Entscheidungen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Beiden muss aber auch klar sein, dass die Zeit sich geändert hat. Der Monopolist Telekom ist im freien Markt angekommen und der Monopolist Telekom muss sich diesem freien Markt stellen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin, Herr Professor Methling, an einer Stelle ganz klar bei Ihnen: Das darf ausdrücklich nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter passieren.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist so.)

Aber da sind wir schon am Ende unserer Gemeinsamkeit.

(Zuruf von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

denn das, was Sie hier an dieser Stelle vorschlagen, ist ad 1 ein Eingriff in die Tarifautonomie und ad 2 ist es eine Diskussion, die nicht ehrlich geführt ist.

> (Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das geht jetzt aber zu weit!)

Sie sagen, der Staat ist zum Teil Anteilseigener der Telekom. Gehen wir doch einfach mal zwei, drei Jahre zurück in Ihre politische Verantwortung. Ich nehme das Thema Lehrerpersonalkonzept. Was haben Sie denn getan? Sie haben Lehrer mehr arbeiten lassen, ihnen anschließend weniger Geld gegeben und haben das als Erfolg Ihrer Arbeit gesehen und haben sich hingestellt: Na gut, ich konnte ja nicht anders, weil ich finanzielle Zwänge habe. Deshalb musste ich mit meinen Mitarbeitern, mit den Lehrern in diesem Land so umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Also bei all dem immer auf sich selber schauen, immer gucken, was tue ich selber, und nicht den Finger erst woandershin erheben

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und sagen, wie können die solche Dinge tun, wie können die solche Sachen machen! Vernunft ist hier gefragt, nicht Populismus, sondern Vernunft ist gefragt. Und das entscheidende Signal, was wir hier rausgeben, ist, dass die Telekom auf dem Weg zu einer globalisierten Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sich verändern muss.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist wieder die alte Leier!)

denn ansonsten wird es dazu führen, dass immer mehr Kunden die Telekom verlassen, und wenn immer mehr Kunden die Telekom verlassen, hat die Telekom immer weniger Einnahmen. Wovon, bitte schön, Herr Kollege Methling, sollen die Löhne und Gehälter zahlen? Das können sie nur von Einnahmen. Also geben Sie ihnen den Freiraum zur unternehmerischen Gestaltung und kommen Sie nicht mit solchen Anträgen hier! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Dann wollen Sie einen Mindestlohn mit Kombilohn machen, um den Staat zur Kasse zu bitten.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roolf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist an den Verhandlungstisch zurückgekehrt und wird nun mit der Arbeitgeberseite über die geplanten Schritte bei der Telekom verhandeln. Das war das gute Signal, das vorgestern in den Medien verkündet worden ist

Zwei Dinge sind es zu diesem Antrag der Linkspartei.PDS, die nach meiner Ansicht deutlich beim Namen genannt werden müssen: Natürlich haben wir Verständnis – und das wurde ja nun auch geäußert – für die Sorgen der Beschäftigten der Telekom, aber wir haben auch Verständnis für alle anderen Beschäftigten in anderen Unternehmen, und zwar unabhängig davon, welche Gesellschafterstruktur besteht, in denen derartige Unternehmensentscheidungen getroffen werden sollen. Ich denke, es ist allzu menschlich, dass man sich darüber Gedanken macht und sich sorgt. Der Punkt 2, in dem die Linkspartei.PDS fordert: "Der Landtag unterstützt die Proteste und den Streik der Beschäftigten", ist jedoch eine Forderung, die den Landtag instrumentalisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Die Tarifautonomie ist das bewährte Instrument der sozialpartnerschaftlichen Einbindungen der Arbeiternehmer und Arbeitgeber, in der die Unternehmensmitbestimmung zwischen den Vertragsparteien geregelt ist und auch so sein soll.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Den Satz werden wir uns sehr gut merken, auch für das nächste Mal.)

Die Politik – hier der gesamte Landtag – sollte sich in solchen Fällen neutral verhalten und sich bei solchen Entscheidungen heraushalten. Es ist auch nicht seine Aufgabe.

Dieses wird mit dem vorgelegten Änderungsantrag deutlich. Während die konkrete Unterstützung des Landtages von Protesten beziehungsweise Streiks von Beschäftigten aus meiner Sicht bereits einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellt, sehe ich in der formulierten Verständniserklärung das Maximale dessen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist lächerlich!)

was Politik beziehungsweise der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern zu Vorgängen dergestalt äußern sollte.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Auch Sie nicht.)

Die Formulierung seitens der Koalitionspartner im Änderungsantrag unterstreicht dies noch einmal mit Nachdruck. Damit wird klargestellt, dass der Landtag die Tarifautonomie respektiert und im Aufeinandertreffen von Unternehmens- beziehungsweise Arbeitnehmervertretern im Rahmen der tariflichen Auseinandersetzung die beste und einzige Möglichkeit zum Interessenausgleich sieht. Ich bitte Sie im Namen der CDU-Fraktion um die Zustimmung zu dem vorgelegten Änderungsantrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Schaun wir mal!)

Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Kunde der Telekom. Ich bin einer der zufriedenen Kunden der Telekom

(Jörg Heydorn, SPD: Ich auch.)

und ich möchte es auch bleiben. Aber alles, was sich da tut, kann möglicherweise bei mir und meiner Familie eine andere Entscheidung herbeiführen. Ich habe eben Sorge, dass die Qualität, die geboten wird, auf der Strecke bleibt. Das, was mit der Telekom zurzeit passiert und was dort diskutiert wird, ist ja nicht nur eine Frage der Telekom, sondern es ist eine Frage, die in vielen Unternehmen der Bundesrepublik auf der Tagesordnung steht. Deswegen geht sie nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Telekom und deren Kundinnen und Kunden an, sondern es geht alle an in der Bundesrepublik Deutschland, und deswegen ist unser Antrag hier berechtigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Es geht um mehr Branchen. Natürlich geht es um Wettbewerb, Herr Seidel, da haben Sie vollkommen recht, aber es können keine Entscheidungen – und das ist meine und unsere Position – getroffen werden zulasten der Betroffenen, egal welche Umstrukturierung oder welche unternehmerischen Entscheidungen im Einzelnen getroffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Mir begegnet auf der Straße großes Verständnis für den Streik der Beschäftigten der Telekom. Es gibt Verständnis unter den Bürgerinnen und Bürgern des Landes für die Wut, für die Empörung und auch für die Gegenwehr der Kolleginnen und Kollegen. Stellen Sie sich doch einmal vor: 3,1 Milliarden Euro Dividende wurden ausgeschüttet,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

aber fast 1 Milliarde Euro soll auf dem Rücken der Beschäftigten eingespart werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Was das dann mit Unternehmenspolitik zu tun hat, das möchte ich gerne mal wissen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Die "Süddeutsche Zeitung" hat das richtig beschrieben. Ich will auf das Zitat verzichten, weil ich ein paar Dinge hier zusätzlich sagen will. Was mit den Beschäftigten der Telekom und mit den Standorten passiert, das kann uns nicht egal sein. Meinen Sie denn wirklich, Herr Seidel und meine Damen und Herren von der Koalition, dass sich diejenigen, die in den Servicegesellschaften landen werden, über die neuen Ladenöffnungszeiten in Mecklenburg-Vorpommern freuen werden?

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Nein, denn sie haben gar keine Chance, ihre Einkaufswünsche zu realisieren. Und deswegen bin ich der Überzeugung, dass es hier um die Wahrnehmung von Eigentümerverantwortung geht. Die 31,7 Prozent, von denen Herr Methling gesprochen hat, sind Eigentümerverantwortung des Bundes und indirekt auch Verantwortung des Landes, die hier wahrzunehmen sind. Und das finden Sie in unserem Punkt 3, der hier also ganz klar formuliert ist.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Steht im Grundgesetz.)

Meine Damen und Herren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen einen sehr guten Job. Deswegen bin ich ja zufrieden und viele andere hoffentlich auch. Ich bin der Überzeugung, dass Managementfehler, Fehler in der Betriebsorganisation und andere Dinge nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Darum geht es. Es geht nicht um den Eingriff in die Tarifautonomie. Es geht nicht darum, die Verhandlungen zu beeinflussen. Es geht aber darum, Solidarität zu zeigen und zu sagen, wir haben eine Verantwortung für dieses Land, weil wir wollen, dass die Menschen, die in diesem Lande leben und arbeiten, auch von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das, was auf der Tagesordnung steht, bedeutet ein Runterschrauben der Lohnspirale für diesen Bereich mit der Folgewirkung auch für andere Bereiche.

(Michael Roolf, FDP: Schreiben Sie das doch in den Antrag rein!)

Und wenn eine neu eingestellte Mitarbeiterin in einem Callcenter zukünftig ...

(Der Abgeordnete Hans Kreher bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Am Schluss meiner Rede, Herr Kreher, bitte.

(Hans Kreher, FDP: Geht dann nicht mehr.)

Geht dann nicht mehr? Dann müssen wir uns auf dem Flur unterhalten.

... nur noch 1.150 Euro brutto verdienen soll, dann liegt der Nettoverdienst unter der Pfändungsgrenze in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig. –

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Das, glaube ich, muss man sich mal überlegen, denn das sind Armutslöhne und die wollen wir nicht hinnehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Sie dieses wollen. Gehen Sie also bitte zu den Vertretern im Aufsichtsrat der Telekom, die meines Wissens Mitglied der SPD sind, nehmen Sie Einfluss, wie Herr Backhaus immer sagt, über Ihre Schiene, dass diese Entscheidungen dort nicht getroffen werden können!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, Sie teilen die Ängste der Betroffenen, lassen die Verängstigten aber allein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Damit, meine Damen und Herren der Koalition, haben Sie sich verraten, aber insbesondere haben Sie die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern verraten, und das kann ich nicht hinnehmen. Sie schaffen Verdruss, Wut und über die politischen Folgen müssen sich die Koalitionäre in Mecklenburg-Vorpommern dann im Klaren sein. Bürgerinnen und Bürger des Landes, hört die Signale, die aus dieser Koalition kommen!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Fraktion zieht ihren Antrag hiermit zurück, weil durch den Änderungsantrag dieser Antrag ins Gegenteil verkehrt wird und das wollen wir nicht. Wir wollen eine klare Solidarität. Wir wollten einen Auftrag an die Landesregierung, dass sie aktiv wird. Die Landesregierung entzieht sich über die Koalition ihrer Verantwortung ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter,

Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: ... für die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Holter, nach der Zurückziehung des Antrages ist dann auch der Tagesordnungspunkt beendet. Ich bitte das zu beachten.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Tatsächlich? – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das wollten wir.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Konzept für Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/585.

Antrag der Fraktion der FDP: Konzept für Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/585 –

Das Wort zur Begründung hat der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was hat der G8-Gipfel mit Film- und Medienförderung zu tun?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Er hat das Geld weggenommen.)

Eigentlich nichts, wenn man die Inhalte vergleicht. Wenn man jedoch den Aspekt der Standortförderung und Imagewerbung einmal in den Mittelpunkt stellt, kann man durchaus einen Vergleich anstellen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sicherlich war ein Grund, den G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden zu lassen, den Bekanntheitsgrad des Landes zu steigern und schöne Bilder von Heiligendamm in die Welt zu senden. So ließen sich jedenfalls vor den Bürgern des Landes der enorme Aufwand und die zahlreichen Zumutungen rechtfertigen. Ein Ausschuss wird das klären müssen, ob Kosten und Nutzen dieser Veranstaltung in einem rechten Maß standen. Sicherlich wird das zum Wesentlichen im Innenausschuss geschehen

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Vermutlich wird man schwer zu einem eindeutigen Ergebnis kommen. Dazu ist die Materie zu abstrakt und komplex.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Konkreter und weniger komplex ist dagegen die Filmund Medienförderung. Hier liegen der Weg und das Ziel näher beieinander. Filme wie "Hände weg von Mississippi" von Detlev Buck schaffen es, mit extrem wenig Geld eine extrem positive Imagewerbung für Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Hier ist die Botschaft ganz einfach: Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit schönen Landschaften und kreativen Köpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Die Landesregierung versprach, nachdem die vorige Landesregierung da versagt hatte, ein neues Konzept zur Film- und Medienförderung bis zur Sommerpause 2007. Das, was aber zwischenzeitlich an neuen Ideen geäußert wurde, ließ nichts Gutes erwarten. Die FDP-Fraktion entschloss sich daher, mit einer fraktionsinternen Expertenanhörung ein eigenes Konzept zu erarbeiten. Vertreter der Film- und Medienbranche in Mecklenburg-Vorpommern und aus den Nachbarländern Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein haben in der FDP-Anhörung vorgetragen, wie eine kulturell anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Film- und Medienförderung für Mecklenburg-Vorpommern aussehen müsste. Die FDP-Fraktion hat die Ergebnisse zusammengetragen und als Antrag in diese Landtagssitzung eingebracht.

Meine Damen und Herren, in dieser Anhörung wurde sehr deutlich, dass die starre Trennung zwischen wirtschaftlicher Filmförderung auf der einen Seite und kultureller Filmförderung auf der anderen Seite so einfach nicht geht, dass aber auch Ängste bestehen, wenn jetzt mehr in die wirtschaftliche Filmförderung getan wird, dass das dann zulasten der kulturellen Filmförderung gehen könnte.

Aber, meine Damen und Herren, in unserem Konzept ist deutlich geworden, dass wir hier im Land wesentlich mehr Möglichkeiten auch jetzt schon haben, die wirtschaftlichen kleinen Kerne, die es da gibt, zu nutzen. Wir haben den Rundfunkrat mit dabeigehabt, wo auch deutlich wurde, dass in den kleinen TV-Firmen unserer Städte durchaus zukünftiges Potenzial liegt, das wir besser nutzen können, zum Teil durch Aufträge, wie sie früher an diese kleinen Firmen gegangen sind.

Ich habe das jetzt gerade vor Kurzem in Grevesmühlen gesehen bei einer Firma, die ich absolut nicht vorher mit wirtschaftlichem Film zusammengetan hätte. Sie haben davon gehört, von dieser Piratengeschichte in Grevesmühlen. Das ist ein privates Unternehmen, das mit seinen ganzen Kulissen, die es macht, bereits jetzt schon mit Babelsberg zusammenarbeitet und wo wir Potenziale haben. Wenn wir die alle, diese kleinen Kerne, in Zukunft besser bündeln, besser nutzen, ohne dass wir wer weiß wie viel neues Geld heranziehen müssen, wenn wir das einfach besser organisieren – und darum geht es bei

unserem Antrag –, dann werden wir auf diesem Gebiet wesentlich mehr Chancen hier für Mecklenburg-Vorpommern herausarbeiten können.

Diese Vernetzung, Bündelung braucht natürlich eine klare Verantwortung. Und es muss in diesem Bereich dann auch geklärt werden, wie sieht es in Zukunft aus bei den Juroren für kulturelle Filmförderung. Hier kann es aus unserer Sicht nicht so gehen, dass sozusagen das Land, die Verwaltung gleichzeitig der Juror ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Hier müssen klare Trennungen sein, wer das beurteilt, wie Filme kulturell gefördert werden müssen. Natürlich ist auch zu sehen, dass dabei bedacht werden muss: Kulturelle Filmförderung muss gleichzeitig immer im Hinterkopf haben, ist die Qualität dieses Filmes so, dass es wirtschaftlich sinnvoll ist,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

denn ein kulturell wertvoller Film ist auch wirtschaftlich sinnvoll.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist nicht wahr.)

Auf Dauer gesehen, Frau Gramkow, auf jeden Fall.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Wer entscheidet denn darüber?)

Ja, gut. Dazu will ich eine unabhängige Jury haben,

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

die aber genau das mit im Hinterkopf hat, die das mit

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Kunst- und kulturwirtschaftlich.)

Gut. Wir können uns darüber unterhalten. Sie werden Ihre Dinge mit einbringen.

Meine Damen und Herren, ich habe im Vorfeld schon ein bisschen gespürt, dass es hier, was Demokratie betrifft, was Mitarbeit von Fraktionen betrifft, offenbar unterschiedliche Standpunkte gibt. Wir sind der Meinung, dass wir alle als Abgeordnete die Aufgabe haben, auch gegenüber der Landesregierung etwas voranzubringen,

> (Beifall bei Abgeordneten der FDP – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ist richtig.)

und nicht, weil wir nun Koalitionspartei sind, sagen: Überlasst das mal alles der Verwaltung. Das ist eine Haltung, wenn Sie die heute hier an den Tag legen, die kann ich einfach nicht verstehen, da würde ich ganz klar sagen: Meine Damen und Herren von der Koalition, weshalb sitzen Sie dann noch hier, wenn Sie diese Auffassung hier heute vertreten?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, unser Antrag liegt vor. Es geht um ein Angebot, wie ich es damals Minister Tesch auch schon gesagt habe, dass wir mit Oppositionsarbeit konstruktiv dazu beitragen wollen, dass in diesem Bereich der Kultur- und Filmförderung etwas vorangebracht wird. Es geht uns auch darum, dass wir diesen kleinen Kern der Kultur- und Medienförderung sehen als ein großes Konzept dauerhaft für Kultur in Mecklenburg-Vorpommern,

denn da haben wir, meine Damen und Herren, in einem Tourismusland wie Mecklenburg-Vorpommern noch viele große Chancen, die wir jedenfalls nutzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der für die Koalitionspartner in dieser Legislatur maßgebliche Punkt der Koalitionsvereinbarung fordert, die bestehende Filmförderung zu überprüfen mit dem Ziel, den Drehstandort Mecklenburg-Vorpommern durch neue wirtschaftlich orientierte Strukturen zu fördern und mit der Bundes- und EU-Förderung zu verzahnen. Sie soll als imagebildender Faktor genutzt werden, um Mecklenburg-Vorpommern weiter populär zu machen. Und davon, Herr Kreher, haben Sie ja eben gesprochen.

Die Film- und Medienförderung ist der zentrale Bestandteil der Standortpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern und in diesem Bereich auch als solcher zu betrachten. Daher hat die Landesregierung im Ergebnis einer Überprüfung des MV Film e.V. Fördermittel für den MV Film e.V. bereitgestellt, um eine Insolvenz des Trägers des Landesfilmzentrums in Wismar zu verhindern. Und der Film e.V. ist nun aufgefordert, seine zukünftigen Aufgaben klar zu definieren und in der inhaltlichen Arbeit Prämissen zu setzen. Eine vom Kultusministerium eingesetzte Arbeitsgruppe prüft derzeit Lösungsmöglichkeiten.

Die Situation stellte sich wie folgt dar, und auch davon, denke ich, hat Herr Kreher ein kurzes Bild gezeichnet: Missverständnisse, Misstrauen, mitunter auch Sprachund Konzeptionslosigkeit prägten die sogenannte selbstverwaltete Filmförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Und es ist vielleicht nachvollziehbar, dass in einem solchen Klima Veränderungen schwerlich umzusetzen sind, Veränderungen, die dem Land Mecklenburg-Vorpommern nutzen und nicht einem einzelnen Verein. In dieser Situation – und nun will ich ja nicht die Kreativität von Filmschaffenden noch mehr anstacheln – in Form von Serienbriefen die gespielte Empörung an den Minister über den Bildungsausschuss wegen einer aus objektiven Gründen abzusagenden Jurysitzung zu richten, war aus meiner Sicht kontraproduktiv und stützt die gerade von mir geschilderte Grundstimmung in diesem Bereich.

Aber ich denke, wir sind einen Schritt weiter, und fordere deshalb uns alle auf zu mehr Ruhe und Kreativität. Umso mehr wissen wir die konstruktive Arbeit des Bildungsausschusses des Hohen Hauses zu schätzen. In der vergangenen Woche hatten wir Gelegenheit, ausführlich mit den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen und der Opposition zu diskutieren. In den Sitzungen des Bildungsausschusses geht es zunehmend genau um das, was wir mit der Neuordnung der Film- und Medienförderung in

Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigen: eine kulturell bedeutsame Filmförderung für das Land zu schaffen und Film gleichzeitig als imagebildenden Faktor für das Land zu entwickeln – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Daher richte ich an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank an die Mitglieder des Bildungsausschusses.

Ausgehend vom bereits zitierten Ziel der Koalitionsvereinbarung wird klargestellt, dass die wirtschaftliche Filmförderung das Ziel zu verfolgen hat, die Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern für Unternehmen der Film- und Medienbranche sowie benachbarte beziehungsweise angrenzende Dienstleistungsbereiche weiter zu verbessern und Anreize für die Ansiedlung von Filmproduktionsfirmen und Unternehmen der Branche zu erhöhen. Im Mittelpunkt steht dabei, dass die wirtschaftliche Filmförderung deutliche und spürbare Effekte für die Arbeitsmarktpolitik und die Beschäftigungspolitik hat. Direkte und indirekte Umsätze werden nachweislich erhöht.

Hinzu kommt in jedem Fall eine Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die kulturellen Effekte sind hierbei im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung dieser Branche zu sehen. Grundlage eines jeden Films – und das haben wir gehört – ist das Kreativpotenzial zum Beispiel eines Drehbuches. Und ich habe mich ja anlässlich der Premiere des Filmes, den Sie zitiert haben, Herr Kreher, "Hände weg von Mississippi", nach einem Kinderbuch, wenn das an dieser Stelle auch erlaubt ist zu sagen, von Cornelia Funke ganz lange mit Detlev Buck auch unterhalten können. Sie wissen, alle Leute, die Jahrgang '62 sind, unterhalten sich dann besonders gern miteinander, und wir waren uns insofern auch schon einig in diesen Punkten, die ich eben angeschnitten habe.

Und das Zweite – auch das macht es ja deutlich, wo wir hinwollen, denn wir wollen uns nicht mit Strukturen vergleichen, die immer wieder in die Diskussion hineinkommen –: Das Drehbuch ist aus Mecklenburg-Vorpommern heraus gefördert worden.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben es an der Stelle ein bisschen im Konjunktiv gelassen und ich denke, das ist auch richtig so. Grundlage jeder wirtschaftlichen Vermarktung eines Films ist der Film als Kulturgut. Der Film muss und darf nur in diesem dialektischen Zusammenhang gesehen werden. Somit ist a priori jede Diskussion über eine Abschaffung der kulturellen Filmförderung überflüssig, zumal sich der Bereich kulturelle Filmförderung im weiteren Sinne auch auf die Förderung von Filmfestivals, Nachwuchsförderung sowie anderen Film- und Medienprojekten bezieht. Das heißt also, wir wollen keine Einschränkung der kulturellen Filmförderung zulasten der wirtschaftlichen Filmförderung. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Burkhard Lenz, CDU)

Sie haben es im Konjunktiv gesagt. Das will ich ausdrücklich noch mal unterstreichen. Und es ist ja schon ein Ziel hier formuliert, wenn sich viele letztendlich an dieser Stelle einig sein können. Gerade – und Sie haben das an anderer Stelle bei der wirtschaftlichen Seite gesagt – die Arbeit der kleinen Vereine und Organisationen stärkt aus meiner Sicht die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern und trägt dazu bei, dass der Film als Medium unserer Zeit in seiner künstlerischen, aufklärerischen und

bildenden Funktion für alle Altersgruppen wirksam werden kann.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bitte sagen, dass im gesamten Prozess der weiteren Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Filmförderung das Bemühen des Kultusministeriums darauf gerichtet sein wird, den Standort Wismar zu erhalten.

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Dazu ist die Landesregierung mit der Hansestadt Wismar, mit der Hochschule Wismar und dem Film e.V. im Gespräch und wir sollten diesen Gesprächen auch nicht vorgreifen.

Die Landesregierung hat bereits in der Vergangenheit an einer Entwicklung der Film- und Medienlandschaft gearbeitet. Ich denke, auch das ist im Kultur- und Bildungsausschuss deutlich geworden. Der Abgeordnete Herr Bluhm hat das auch noch mal herausgestrichen. Das will ich ausdrücklich unterstreichen, dass daran gearbeitet wurde. Es gibt genügend positive Beispiele an Projekten und Filmen von Vereinen, Institutionen und einzelnen Filmschaffenden, die das Land Mecklenburg-Vorpommern über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht haben. Dieses konnte geschehen, weil das Land Mecklenburg-Vorpommern, speziell das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in den vergangenen Jahren große Summen in die Förderung des Film- und Medienbereiches gegeben hat. Und nur so ist es möglich, dass heute über einen Qualitätssprung nachgedacht und ein neues Konzept im Film- und Medienbereich gemeinsam begleitet und gestaltet werden kann.

(Beifall Burkhard Lenz, CDU)

Die Details und finanziellen Vorstellungen über den weiteren Umgang mit dem Film- und Medienbereich werden dem Landtag dargelegt werden. Entscheidend ist, dass eine wirtschaftlich effektive Filmförderung in sinnvoller Verknüpfung mit der kulturellen Filmförderung kompatibel mit anderen, wie ich eingangs schon betont habe, nationalen und internationalen Filmförderungsmodellen ist. Und ich lade Sie, ich lade alle, aber ich lade gerade Sie, verehrte Antragsteller, hiermit ausdrücklich ein, sich im Bildungsausschuss als Fachgremium dieses Landes einzubringen. Vielleicht ist es ein bisschen so, Sie haben davon gesprochen, der Weg ist das Ziel, wir kennen das ja, und Sie kennen den anderen Satz: Es gibt nur ein Ziel, und alles, was wir Weg nennen, ist Zögern. Stammt übrigens von Kafka. Wahrscheinlich sind wir hier so, dass wir beide Dinge betrachten müssen, wenn ich Ihren Beitrag auch richtig verstanden habe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Abgeordnete Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Film- und Medienförderung war ja vor zwei, drei Monaten schon einmal Gegenstand hier im Plenum. Ich habe Ihnen damals die Auffassung meiner Fraktion in ziemlich deutlicher Weise vorgetragen. Das ist auch nachzulesen und daher spare ich mir hier an der Stelle eine Wiederholung.

Wie wir alle wissen, auch Sie von der FDP-Fraktion, Sie haben es ja angesprochen, Herr Kreher, arbeitet das Bil-

dungsministerium längst an dem entsprechenden Konzept. In der vergangenen Woche hat das Ministerium im Bildungsausschuss einen Zwischenbericht zum Stand der Neustrukturierung der Filmförderung gegeben und ich kann Ihnen sagen, ...

(Michael Roolf, FDP: Ohne Substanz.)

Herr Roolf, ich weiß ja nicht, wer Ihnen da was erzählt hat, aber da kommen wir gleich noch mal drauf.

... und ich kann Ihnen sagen, dass die fünf Punkte, die die FDP in ihrem Antrag behandelt, auch im Konzept der Landesregierung behandelt werden. Ich sage hier ganz deutlich, ich begrüße es, dass die wirtschaftliche Filmförderung im Land weiterentwickelt werden soll.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wir sehen hier insbesondere im Bereich der Vermarktung Mecklenburg-Vorpommerns als Drehstandort – norddeutscher Location Service – weitere Potenziale. Die Frage der Strukturen, und da wird es ja spannend, ist ebenfalls Gegenstand der Beratungen zu dem Konzept.

Meine Damen und Herren, was man bei der künftigen Ausrichtung der Film- und Medienförderung grundsätzlich beachten sollte, ist, sich auf das Machbare zu konzentrieren. Wolkenkuckucksheime sind, glaube ich, nicht dazu angetan, uns an der Stelle voranzubringen. Notwendig ist eine Ausrichtung, die sich an den Chancen und Potenzialen dieses Landes orientiert, aber wir müssen unser Licht auch nicht unter den Scheffel stellen. Hochtrabende Hirngespinste haben uns bisher nicht weitergebracht und werden uns auch in Zukunft nicht weiterbringen. Für alle, die an eine Etablierung von Mecklenburg-Vorpommern etwa als Film- und Medienstandort in Konkurrenz zu Berlin-Brandenburg und Hamburg glauben, ich sage es mal diplomatisch: Das ist in realistischer Weise nicht umzusetzen,

(Hans Kreher, FDP: Das steht aber in unserem Antrag nicht drin.)

aber es gibt Diskussionen, die genau das auch beinhalten.

lch rede ja nicht nur zu Ihrem Antrag, sondern zu dem Thema insgesamt.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Doch, doch! Ich sagte, nicht nur zu Ihrem Antrag.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Möglichkeiten hier im Land konzentrieren und diese dann auch letztendlich ausschöpfen.

Wie die FDP-Fraktion in der Begründung ihres Antrages ausführt, erhebt sie mit den darin enthaltenen Vorschlägen keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern zeichnet einen Rahmen aus Sicht der FDP für die Film- und Medienförderung in diesem Land. Letztendlich aber hilft der Antrag der FDP in der Sache nicht wirklich weiter. Die Landesregierung arbeitet an diesem Konzept, weshalb dieser Antrag nicht notwendig ist. Sie haben vorhin in Ihrer Rede die Frage aufgeworfen: Wenn wir das sagen würden, müssten wir uns doch die Frage stellen, warum sitzen wir als Koalition eigentlich hier.

(Hans Kreher, FDP: Ja.)

Wissen Sie, das zu einer Grundsatzfrage der Demokratie, des demokratischen Systems und des parlamentarischen Systems hochzustilisieren, glaube ich, ist der Sache nicht angemessen. Sie können sich über eins im Klaren sein - und da können Ihnen ja Kollegen der FDP aus anderen Ländern, die in Regierungsverantwortung mit als Koalitionär das tragen, vielleicht berichten aus deren Erfahrungen -: Wir nutzen natürlich alle parlamentarischen Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung eines solchen Konzeptes, genauso wie Sie das als Opposition ebenfalls im Rahmen Ihrer Möglichkeiten tun. Und ich denke, da spricht auch nichts dagegen. Nichtsdestotrotz ist das Engagement der FDP für eine konstruktive Lösung im Bereich der Filmförderung in unserem Land anzuerkennen. Das tun wir hiermit ausdrücklich.

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Wir sehen ja, wie intensiv sich insbesondere Herr Kreher mit dem Thema befasst. Alle Achtung, allen Respekt davor! Sie sollten ganz selbstbewusst mal darüber nachdenken, vieles von dem, was wir als Koalition diskutieren, fließt doch genau ein in die Beratungen. Und auch das, was die PDS, was Herr Bluhm einbringt, auch das fließt in die Beratungen ein. Es ist also mitnichten so, dass wir das alles ignorieren, was Sie sagen, nur letztendlich stellen wir die Regierung und letztendlich müssen wir die Entscheidungen hier treffen. Dazu stehen wir. Da werden Sie sich nicht in allen Punkten wiederfinden. Das ist nun mal einfach auch der Gang der Dinge.

(Hans Kreher, FDP: Wir sind ja Realisten.)

Ich finde es also deshalb gut und begrüße es, dass Sie Ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen, sich bei dieser sehr speziellen Thematik in die Sache einbringen und diese Neustrukturierung aktiv begleiten. Ich denke, es besteht zwischen den demokratischen Fraktionen Einigkeit darüber, dass in diesem Land hervorragende Potenziale vorhanden sind, wir deshalb vernünftige Lösungen in diesem Bereich brauchen und dabei die Demokraten dieses Hauses einbezogen werden.

Herr Kreher, Sie sagten von dieser Stelle aus, dass Sie erwarten, dass die Landesregierung schnell handelt. Das tut sie. Die Definition von "schnell" ist bei der FDP eine andere. Aus Sicht einer Oppositionsfraktion ist das legitim. Aber wir definieren das anders, nämlich "Gründlichkeit geht vor Schnellschuss". Wir müssen etwas auf den Weg bringen, was viele Jahre Bestand hat, und deswegen muss das bei aller Schnelligkeit auch sehr gründlich passieren. Wir brauchen langfristige, tragfähige Lösungen.

(Michael Roolf, FDP: Sommer 2007.)

Herr Roolf, dadurch wird das auch nicht besser, indem Sie dauernd dazwischenrufen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Sie müssen lauter rufen, dass die Tribüne das dann auch mitkriegt.

Abschließend möchte ich noch einige Anmerkungen machen: Was mich in dieser Diskussion über kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung stört, ist – und das sage ich jetzt, ohne mich auf die eine oder andere Seite zu schlagen, denn darüber diskutieren wir eigentlich seit geraumer Zeit –, es geht nicht darum, entweder das eine oder das andere. Es geht wirklich nicht darum, sondern wenn man sich das ganz nüchtern betrachtet, geht beides nebeneinander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

Und wenn ich mich für wirtschaftliche Filmförderung ausspreche, heißt das nicht im Umkehrschluss, dass ich der kulturellen Filmförderung das Wasser abdrehen will, definitiv nicht. Das wird mit meiner Fraktion auch nicht passieren, meine Damen und Herren.

Das Thema Jury ist in aller Munde. Ich sage hier noch einmal ausdrücklich, dass wir an den Bildungsminister und an das Haus nachdrücklich appellieren, dass wir hier zu einem Konsens kommen müssen, weil auch wir das sehr kritisch sehen, dass eine Administration die Aufgaben einer Jury wahrnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS und FDP)

Ich sage das hier, auch wenn es Journalisten gegeben hat, die meinten, das wäre ein Koalitionskrach. Nein, das ist es nicht. Wir erlauben uns den demokratischen Luxus, dass wir in bestimmten Punkten auch in einer Koalition unterschiedliche Auffassungen haben, und wir sind immer in der Lage, diese dann auch in einem Konsens zu lösen.

Als letzte Anmerkung, das können Sie auch als persönliche Anmerkung betrachten: Es hat einmal im deutschen Fernsehen eine Serie gegeben, die war sozusagen ein Vorläufer der heute übermächtigen Dokusoaps. Diese Serie hieß "Ehen vor Gericht". Die Auseinandersetzung zu dem Thema "Wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung" hat Züge angenommen, die mich immer wieder an diese Serie erinnern. Hier wird zum Teil schmutzige Wäsche öffentlich und halböffentlich gewaschen, es wird nachgekartet, nachgetreten und alle zeigen immer mit dem Finger auf den jeweils anderen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Ich sage Ihnen, alle, die sich daran beteiligen, kann ich von dieser Stelle aus nur auffordern, endlich damit aufzuhören. Denn letztendlich schadet man sich selbst, seinem künstlerischen Anspruch, seinem wirtschaftlichen Anspruch, und das bringt uns kein Stück weiter. Herr Tesch, nehmen Sie es mir nicht krumm, aber der Verweis auf diese "Serienbriefe" mit der anschließenden Aufforderung, man möge doch damit aufhören, wissen Sie, das bringt uns nicht weiter. Dieser Appell geht wirklich an alle Beteiligten, ich sage es noch einmal: Die Filmförderung in diesem Lande - die wirtschaftliche wie die kulturelle muss nach vorne gebracht werden, weil sie letztendlich auch als Botschafter medial für uns als Land wirkt. Das gilt für uns alle, die wir hier sitzen. Deswegen sollten wir alles daransetzen, das Terrain nicht weiter zu beschädigen. Das Angebot meiner Fraktion steht. Wir werden hier mit Sicherheit einen Konsens finden, wenn wir uns aufeinander zu bewegen. - In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns bereits Ende März im Plenum des Hohen Hauses mit

dem Thema Film- und Medienkonzeption für das Land Mecklenburg-Vorpommern auseinandergesetzt haben – Grundlage war damals ein Antrag meiner Fraktion –, nun ein Antrag der FDP-Fraktion. Innerhalb von vier Monaten zweimal eine umfängliche große Parlamentsdebatte zu diesem Thema.

(Michael Roolf, FDP: Schön.)

ich glaube, das ist, wenn man andere Bereiche beguckt in unserem Land, außergewöhnlich, außerordentlich und der Sache auch angemessen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Michael Roolf, FDP)

Was den Zeitpunkt betrifft, ab dem die Landesregierung eine solche Konzeption zur Diskussion vorlegen will und nunmehr auch kann oder soll, gab es in der vergangenen Woche – der Minister und auch Herr Kreher haben auf die Ausschusssitzungen des Bildungsausschusses hingewiesen – Einvernehmen im Bildungsausschuss, so zu verfahren. Insofern bedarf es des vorliegenden Antrages eigentlich nicht, obwohl man der Ehrlichkeit halber sagen muss, der Antrag war vor der Tagesordnung des Bildungsausschusses fertig und abgegeben.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Nun gut. Aber dieser Antrag unterbreitet auch Anregungen für die Erarbeitung einer solchen Konzeption, über die wir heute das zweite Mal hier im Parlament reden. Über einige haben wir bereits debattiert, andere verdienen es, erörtert zu werden. Ich möchte im Zusammenhang meiner Rede hier heute zu zwei Schwerpunkten etwas dazu beitragen.

Zunächst zu der schon von meinen Vorrednern diskutierten Frage der kulturellen und wirtschaftlichen Filmförderung oder möglicherweise zu Synergien bei der Förderung: Meine Fraktion, die Linkspartei.PDS, hat lange für eine wirtschaftliche Filmförderung gestritten, und zwar immer unter der hier heute diskutierten und von Minister Tesch und Herrn Schlotmann dargestellten Prämisse, dass die Beibehaltung und weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Filmförderung nicht zulasten der kulturellen Filmförderung gehen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Ich denke, das ist für alle, die in diesem Bereich tätig sind, heute von diesem Plenum noch einmal eine klare und deutliche Aussage. Ich begrüße das also ausdrücklich.

Vorschläge zur Finanzierung für den Nachtragshaushalt hat es ja schon bei den Haushaltsberatungen von meiner Fraktion gegeben. Wie man jetzt hört, wird es im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf 2008/2009 im Bereich des Wirtschaftsministers eine Füllung dieses Titels geben. Ich hoffe, dass das stimmt. Es wäre der Sache zu wünschen, denn die wirtschaftliche Film- und Medienförderung soll ja zur bestehenden kulturellen Filmförderung keine Konkurrenz bilden, sondern unter Beachtung der spezifischen Begebenheiten und Gegebenheiten des Landes und natürlich in Anknüpfung vorhandener Kompetenzen und Strukturen zur Sicherung und Neuschaffung in diesem Bereich beitragen. Filmförderung ist Kulturförderung. Vielfalt und Kreativität lassen sich, wie auch die Antragsteller es betonen, allein über den Markt nicht sichern, zumal dieser durch die ökonomische Übermacht der US-amerikanischen Filmproduktionen schon stark verzerrt ist.

Der Kinofilm ist für uns eine gleichrangige Kunstform im Verhältnis zu Theater, Oper und Orchester und auch als solche zu behandeln. Und nun hat sowohl der Minister wie auch Herr Kreher deutlich gesagt, natürlich geht es um das Machbare. Deswegen sind besonders kleine innovative Produktionen und der Nachwuchs – zu beidem wird im vorliegenden Antrag etwas gesagt – wichtig und das mögliche Handlungsspektrum für unser Land, denn diese könnten dem Druck nicht standhalten im angestrebten Spagat zwischen Kunst und Kommerz. Sie bedürfen einer öffentlichen Förderung.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Ralf Grabow, FDP)

Medien sind ein Mittel der Demokratie und Teil der demokratischen Kultur und eben nicht ausdrücklich Ware.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Gerade der Dokumentarfilm ist auf öffentliche Förderung angewiesen, soll er nicht gänzlich aus den kleinen Kammerkinos – in den großen läuft er ja oftmals schon gar nicht mehr – verschwinden. Das geforderte Konzept für ein Film- und Medienland Mecklenburg-Vorpommern sollte Vorschläge enthalten, wie dem auch entsprochen werden kann. Und den Dokumentarfilm als Kinofilm zu erhalten ist vielleicht für Mecklenburg-Vorpommern eine zu stemmende kulturpolitische Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Auch deshalb muss Sorge dafür getragen werden, dass die dokumentART Neubrandenburg wieder in vollem Umfang arbeiten kann.

(Hans Kreher, FDP: Ganz richtig.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, mit Sorge sehen wir, wie schwierig es gegenwärtig ist, Stoffe zu verfilmen, die formal provokant sind und sich gar kritisch mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen. Das aber gerade soll kulturelle Filmförderung ermöglichen. Deshalb halten wir es für richtig, ausdrücklich für richtig, insbesondere bei der Drehbuchförderung anzusetzen, um das kreative Potenzial von Autorinnen und Autoren vor allen Dingen aus unserem Land besser zu nutzen und einen Freiraum zur Entwicklung jenseits von Marktzwängen zu schaffen. Zugleich sollen Anreize für Produzentinnen und Produzenten verstärkt werden, Projekte von Autorinnen weiterzuentwickeln und sie auf den Markt zu bringen.

Zu einem zweiten Schwerpunkt, den wir als Fraktion der Linkspartei.PDS für wichtig halten in einer künftigen Konzeption der Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern, ja, für unverzichtbar, der im vorliegenden Antrag der FDP zum Teil angedeutet wird und wofür wir uns auch künftig einsetzen wollen: Wie Lesen und Schreiben zu den fundamentalen Kulturtechniken gehören, so gehört mittlerweile das Verstehen von Filmen und das Erkennen ihrer formalen Sprache zur Kulturtechnik des 21. Jahrhunderts.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Medienkompetenz der Einwohnerinnen und Einwohner muss dringend gefördert werden, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Der Umgang mit neuen Medien muss vor allem in der Schule vermittelt werden, damit nicht nur jene Kinder und Jugendlichen Medienkompetenz erwerben, deren Eltern sich die entsprechende und in rasanter Entwicklung befindliche Technologie leisten können. Bei der Medienbildung darf sich der Staat nicht ausschließlich auf Sponsoring der freien Wirtschaft verlassen, weil so eine kaum noch rückholbare Abhängigkeit entsteht. Bildung bleibt aus Sicht der Linkspartei.PDS eine zentrale Aufgabe des Staates. Deswegen ist der Zugang für alle zu Informations- und Kommunikationstechnologien eine Voraussetzung für eine allgemeingesellschaftliche Medienkompetenz.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Dazu gehört die Fähigkeit von Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung. Es geht um die Fähigkeit, sich in unserer immer stärker werdenden medialeren Welt gut zurückzufinden. Zurückzufinden – richtig formuliert, denn manch einer lebt ja nur noch in dieser medialen Welt und geht vom Rechner weg, um zu essen und zu trinken.

Die Förderung von Medienkompetenz der Einwohnerinnen und Einwohner ist auch in Mecklenburg-Vorpommern deshalb eine zentrale bildungs- und wirtschaftspolitische Herausforderung. Sie ist eine Voraussetzung zur Gestaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und für Chancen im wirtschaftlichen Wettbewerb von Regionen. Der Erwerb von Medienkompetenz als komplexes Bündel von Schlüsselqualifikation gewinnt somit im Prozess des lebenslangen Lernens der Menschen in unserem Land eine immer größere Bedeutung und muss aus unserer Sicht in dieser Konzeption, der Film- und Medienkonzeption, und Förderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Rolle spielen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das erfordert, Medienbildung eben als übergreifend, also als Querschnittsaufgabe zwischen Schule, Freizeit, Ausund Weiterbildung, Forschung und Wirtschaft zu organisieren und hierfür auch ressortübergreifende Strukturen zu ihrer Koordinierung zu schaffen.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU)

Die Fachverbände schätzen ein, dass die vorhandene Infrastruktur für Medienbildung – sowie im Bereich Schule und Lehrerbildung als auch in den Bereichen Forschung und Wirtschaft - jedoch gegenüber den Herausforderungen der Wissens- und Informationsgesellschaft und im bundesweiten Vergleich Defizite aufweist. Deswegen ist die Förderung von Medienkompetenz als bildungsund wirtschaftspolitisches Handlungsfeld in Mecklenburg-Vorpommern an sich zwar erkannt und es werden auf den unterschiedlichen Ebenen im Bildungs-, im Jugend- und Freizeitbereich sowie im Wirtschaftsbereich Angebote vorgehalten, aber insbesondere die Möglichkeiten der Vernetzung von schulischen und außerschulischen Medienangeboten und Bildungsangeboten sind aufgrund struktureller Kompetenzprobleme zwischen Schule, L.I.S.A. und Freizeitbereichen, konkret Jugend und Kultur, und manchmal auch aufgrund mangelnder inhaltlicher Konzepte beschränkt.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Diskussion um die Weiterentwicklung der Filmförderung im Land bereits seit Jahren anhält. Wenn ich jetzt versuche,

mit Blick auf eine von meiner Fraktion geforderte Konzeption – und deswegen unterstützen wir den Antrag der FDP – in Mecklenburg-Vorpommern ein Fazit zu ziehen, so geht es meines Erachtens um Folgendes:

Erstens. Die Leistungsfähigkeit von Film- und Medienunternehmen muss mit einem solchen neuen Konzept gestärkt werden. Die Branchenansiedlung muss intensiviert werden und damit auch zur Erschließung neuer Arbeitsplätze beitragen.

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Zweitens. Die kulturelle Vielfalt und Qualität im Film- und Medienbereich muss durch verbesserte, auch materielle, Voraussetzungen erhalten und weiterentwickelt werden.

Drittens. Die Wirtschaftskraft des Landes im Medienbereich ist zu erhöhen und damit die Ausbildung und Beschäftigung der bereits dort Tätigen zu sichern und wenn möglich auszubauen und zu erweitern.

Viertens. Die Medienkompetenz ist deutlich zu erhöhen und die Entwicklung des künstlerischen Nachwuchses im Lande ist durch geeignete Maßnahmen zu sichern.

Fünftens. Die Qualität, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Film- und Medienproduktionen und -projekten aus dem Lande ist weiterzuentwickeln.

Sechstens. Die Erschließung und Pflege des filmgeschichtlichen Erbes des Landes, das es nämlich auch gibt, ist im Lande zu sichern. Aber, so haben wir zumindest im Ausschuss vernommen, was das Bewirtschaften des Landesfilmarchivs betrifft, gibt es gute Entscheidungen, die eine tragfähige Lösung darstellen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nach Vorlage der Konzeption der Landesregierung – so hoffen wir alle – zum September 2007 weiter darüber diskutieren und unsere Auffassungen und Gedanken austauschen. Dafür bietet auch der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion eine ganz gehörige Menge an Anregungen. Deshalb wären wir sehr dafür, ihn in den federführenden Bildungsausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst erst einmal vielen Dank, Herr Minister Tesch, für Ihre Darstellung des Sachstandes zur Konzepterarbeitung für die Förderung des Film- und Medienstandortes Mecklenburg-Vorpommern.

Und nun zu Ihrem Antrag, sehr geehrte Dame, sehr geehrte Herren von der FDP-Fraktion! Ich werte Ihren Antrag ausdrücklich als sehr konstruktiven Beitrag zu den Diskussionen um ein gutes Konzept ...

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Nicht so schnell, Herr Roolf!

... und dennoch müssen wir ihn ablehnen.

(Michael Roolf, FDP: Ablehnen?! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Wenn Sie den Ausführungen des Ministers zu den Perspektiven eines Film- und Medienlandes Mecklenburg-Vorpommern gut zugehört haben, konnten Sie feststellen, dass eine ganze Reihe Ihrer Gedanken und Forderungen aus dem Antrag auf Drucksache 5/585 dort bereits eingeflossen sind.

Sehr geehrter Herr Kreher, Sie waren dabei, als sowohl der Minister als auch der Staatssekretär in der vergangenen Woche im Ausschuss einen Sachstandsbericht gaben.

(Hans Kreher, FDP: Nachdem wir unseren Antrag eingebracht hatten.)

Perspektiven und Möglichkeiten für ein Film- und Medienland M-V eröffneten und auch zum Ergebnis der Prüfung der Finanzen des MV Film e.V. sprachen. Dies taten beide ohne Beschlussvorgabe eines Termins durch den Ausschuss.

Meine Damen und Herren, wir haben gehört, dass sich bezüglich des Standortes Wismar Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe gebildet hat, an der auch der MV Film e.V. beteiligt ist. Da für den Film e.V. die Immobilien der Bürgermeisterhauptstraße in Wismar zu groß sind und er diese nur zu geringen Teilen nutzen kann, ist eine Neuausrichtung auch für den gesamten Standort mit weiteren Partnern sinnvoll. Dazu erarbeitet die Hochschule Wismar derzeit einen Businessplan. Ich stelle weiterhin fest, dass eine drohende Insolvenz, das sprach der Minister vorhin an, des MV Film e.V. verhindert wurde. Vielen Dank an den Bildungsminister, der sehr wesentlich dazu beigetragen hat. Ich stelle auch fest, dass, obwohl mehrfach von Vertretern des Vereins und anderen Akteuren behauptet, zu keinem Zeitpunkt eine Liquidation des Vereins angestrebt wurde oder wird. Einen Trägerwechsel haben wir zwar noch nicht geschafft, aber auch daran wird im Ministerium und in der Hansestadt Wismar tatkräftig gearbeitet.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich jedoch klar und deutlich, die Perspektive für mich kann nur eine Trägerschaft sein, die sich selber trägt – ohne Wenn und Aber. Eine dauerhafte Alimentierung beziehungsweise Bevorzugung eines einzelnen Vereins der Branche, so wie bisher, ist nicht nur anderen gegenüber ungerecht. Dies trage ich für meinen Teil auch nicht mit und dies geben auch unsere Richtlinien einfach nicht her. Ich finde es bemerkenswert, dass im Bildungsministerium Möglichkeiten für eine Überbrückungsfinanzierung bis zum Trägerwechsel gefunden wurden. Dies ist meines Erachtens mehr als großzügig. Jetzt liegt es aber auch am Film e.V., die seitens des Ministeriums vorgebrachten möglichen Perspektiven beziehungsweise Tätigkeitsbereiche konzeptionell zu unterfüttern.

Ich möchte heute nur zwei mögliche Perspektiven benennen: Da sehe ich zum einen die Betreuung des Filmarchivs in Wismar. Dies wurde bislang dort sehr gut wahrgenommen und natürlich auch vom Land finanziell unterstützt. Zum anderen kann ich mir eine Beratertätigkeit in der Filmszene gut vorstellen. Die vorhandene Kompetenz sollte bei der Qualifizierung von Anträgen zur kulturellen Filmförderung genutzt werden. Möglichkeiten sehe ich auch beim Ausbau der Medienkompetenz. Herr Bluhm hat sehr ausführlich dazu Stellung genommen. Ähnlich der Medienarbeit an den Standorten Rostock

und Neubrandenburg könnte auch am Standort Wismar durch den MV Film e.V. ein Medienkompetenzzentrum entstehen. An dem Standort könnte dann sowohl für die Hansestadt Wismar als auch für die Region gearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, im Ausschuss haben wir auch über die zwei Ebenen der Filmförderung gesprochen, die kulturelle und die wirtschaftliche Filmförderung. Ich finde es gut, dass sich unsere Landesregierung für deren Weiterentwicklung einsetzt und engagiert und dass heute hier noch einmal von dieser Stelle her bekräftigt hat. Hier sehe ich Potenziale vor allem bei der wirtschaftlichen Förderung, zum Beispiel bei der Vermarktung des Drehstandortes Mecklenburg-Vorpommern beim Location Service.

Sehr geehrte Damen und Herren, wer von mir hier und heute jetzt hochgestochene kulturpolitische Visionen für unser Land erwartet hat, den muss ich enttäuschen. Ich sehe uns in Mecklenburg-Vorpommern weder als zweites Hollywood noch als M-Vollywood. Ich bin Realist, eine Konkurrenz zu Berlin, Brandenburg und Hamburg ist für mich unrealistisch.

(Hans Kreher, FDP: Das wollte auch keiner.)

Ich sehe jedoch große Chancen mittendrin, zwischen Berlin und Hamburg, und zwar bei der Entwicklung des Drehstandortes M-V, bei der Förderung der Produktionen, der Dienstleistungen, bei der Förderung von jungen Filmemachern und bei der Förderung von Drehbüchern. Lassen Sie uns diese Chancen im Fokus behalten seitens des Parlaments und auch seitens der Landesregierung. Genau diese Schwerpunktsetzungen werden mit Sicherheit in die Konzeption einfließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Aber überweisen hätten Sie ihn ja können.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit ist die Film- und Medienförderung ein viel diskutiertes Thema im Schweriner Schloss. Vor allem ist es ein Thema, bei dem von Abgeordneten diskutiert wird, die sich anscheinend gern selbst reden hören und sich in endlosen Monologen ergießen.

(Beifall Stefan Köster, NPD)

Wie meine Vorredner größtenteils schon ausführten, ist der Antrag der FDP überflüssig. Dass die kulturelle Filmförderung beibehalten wird, deutete das Bildungsministerium bereits an. Auch über die wirtschaftliche Filmförderung werden konzeptionelle Pläne entwickelt. Es bleibt also das Konzept des Ministeriums abzuwarten, dann werden auch die Fragen der Trägerschaft, der Neustrukturierung und der aufgeworfenen Optionen handfesteren Charakter haben.

Auf einen Punkt des FDP-Antrages ist jedoch von unserer Seite her einzugehen. Die Liberalen sprachen in ihrem Antrag von einem kulturell anspruchsvollen Konzept. Doch Kultur in der Definition der Landesregierung, die sich der Erklärung der UNESCO anschließt, ist keine Eigenschaft, wie es dort so schön heißt, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnet, denn Kul-

tur ist immer die Gesamtheit aller aus der biologischen Eigenart eines Volkes wurzelnden schöpferischen Leistungs- und Lebensäußerung, Lebenshaltung, Gesittung und Gesinnung.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Da haben wir es doch wieder, Herr Lüssow. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das ist der Gang der Dinge, Herr Ritter.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ihre Art von Kulturverständnis, meine Damen und Herren, und Ihre Art von Kulturpolitik lehnen wir daher ab, gerade auch in der Filmförderung, wenn man sich da einige der geförderten Projekte ansieht. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mal den Fraktionen etwas weiter weg vom Fenster ganz, ganz herzlich für die sachliche Diskussion danken, die wir hier heute zu unserem Antrag hatten.

Ich kann nicht verstehen, wenn Sie auf der einen Seite, Herr Vierkant, sagen, dass unser Antrag durchaus Elemente hat, die neu sind, die kreativ sind, dass Sie dann einfach sagen, lass es mal weiter die Regierung machen, wir brauchen hier das Parlament zur weiteren Arbeit nicht. Deshalb kann ich das jetzt nicht einfach ablehnen.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Das kann ich nicht verstehen. Ich beantrage auf jeden Fall, dass wir unseren Antrag im Bildungsausschuss bei den weiteren Beratungen, zu dem, was uns die Regierung sagt, mit einbeziehen. Ich beantrage also die Überweisung unseres Antrages in den Bildungsausschuss.

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Trotzdem sage ich auch, dass ich einen gewissen Erfolg unseres Antrages schon feststellte, bevor er hier heute im Landtag behandelt wurde.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das geht uns auch öfter so.)

Denn man kann mir das ja sagen, wie man will, aber es ist auf jeden Fall so, dass nachdem unser Antrag eingebracht und eingereicht wurde, plötzlich und überraschend vorige Woche die Tagesordnung des Bildungsausschusses geändert wurde und das dann natürlich von der Regierung kam.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das sehe ich als einen Erfolg unseres Antrages an, denn, meine Damen und Herren, es wurde ja gesagt, bis Ende Juni soll es geklärt werden, und wir haben jetzt Juni. Deshalb sahen wir auch einen gewissen Druck, jetzt zu handeln, das voranzubringen. Das sehen wir auch als unsere Aufgabe als konstruktive Opposition, nämlich nicht einfach nur immer dagegen anzugehen, was die Regierung macht, sondern durchaus unterstützend voranzutreiben, das zu machen, was aus unserer Sicht notwendig ist.

Herr Tesch, wenn Sie das so machen, wie Sie es gesagt haben, dass wir unsere Dinge hier mit einbeziehen – Herr Michallik hat ja auch am vorigen Donnerstag gesagt, dass er durchaus Analogien in unserem Antrag sieht, was er in der Regierung machen will –, dann lassen Sie unseren Antrag mit in den Ausschuss. Nehmen wir das mit zur Grundlage bei den Beratungen, dann, meine Damen und Herren, kommen wir gut voran.

Zu Ihnen, Herr Lüssow, nur ganz kurz: Das ist eben der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Wir haben als Oppositionspartei hier durchaus den Anspruch, mitgestalten zu wollen, etwas einbringen zu wollen, nicht nur einfach immer gegen etwas angehen zu wollen. Vor allem, das ist wirklich so, haben wir einen Kulturbegriff, der weit zurückgeht in die deutsche Geschichte. Nämlich, wie ich es schon mehrmals hier gesagt habe, wenn Sie Lessing lesen, wenn Sie Kant lesen, wenn Sie Goethe lesen, dann haben wir einen Kulturbegriff, der ein europäischer Kulturbegriff ist und wo deutsche Kultur in Europa eingebettet war, wo deutsche Kultur immer beeinflusst war von anderen europäischen Kulturen und umgekehrt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und das hat unsere Kultur letzten Endes so reich gemacht und das ist die Grundlage unseres Kulturbegriffes, der hier in diesem Ganzen mit eingeflossen ist. Insofern, meine Damen und Herren, dieser andere Kulturbegriff, dieses andere Wollen, da unterscheiden wir uns fundamental! Da werde ich Sie auch bekämpfen, wo ich kann, denn diesen alten Kulturbegriff will ich hier in Deutschland nicht wieder haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/585 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Ich lasse jetzt in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/585 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/585 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Stimmenthaltung der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Familien und schulpflichtige Kinder, Drucksache 5/589.

Antrag der Fraktion der NPD: Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Familien und schulpflichtige Kinder – Drucksache 5/589 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Bildung ist spätestens seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Jahre 2000 endlich wieder Thema der Landespolitik. Nun kann man bei der Bewertung der Ergebnisse der PISA-Studie unterschiedlicher Ansicht sein. Mir erschließt sich beispielsweise nicht, warum das schlechte Abschneiden Deutschlands im Gesamtvergleich ein Plädoyer für die Gesamtschule sein soll. Dies wird sicherlich für immer das große Geheimnis der progressiv bewegten Bildungswissenschaftler und ihrem politischen Anhang bleiben.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Gerade die Ergebnisse der PISA-E-Studie 2003 stellen diesem Bildungssystem ein gutes Zeugnis aus, die wie Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg am dreigegliederten Schulsystem festhalten.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Gerade hier in Mecklenburg-Vorpommern sind die Ergebnisse keine vorzeigbare Visitenkarte einer rot-roten Bildungspolitik gewesen.

Doch auch die CDU in diesem Lande gibt bildungspolitisch eine traurige Figur ab. Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, obwohl Sie inzwischen sogar den Kultusminister stellen, betreiben Sie eine Handlangerpolitik für rot-rote, in Gänze völlig gescheiterte Schulexperimente.

(Reinhard Dankert, SPD: Vergessen Sie nicht, dass Sie in der DDR Ihre Schulbildung durchlaufen haben! Wie war die denn?)

Ihre Schulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern unterscheidet sich 2006 kaum noch von der der rot-roten Berliner Landesregierung. Es ist dank einer von Ihnen mitgetragenen Politik überhaupt kein Wunder, dass Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich über das untere Mittelmaß nicht hinauskommt.

Meine Damen und Herren, was den Bürgerinnen und Bürgern hier als Bildungspolitik geboten wird, ist eine Ansammlung von Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Familien mit schulpflichtigen Kindern.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Wir halten es deshalb an dieser Stelle für geboten, dass hier schnellstmöglich neue Wege gegangen werden. Unser hier vorliegender Antrag soll deshalb Schwerpunktbereiche aufzeigen, in denen aus unserer Sicht dringend Handlungsbedarf besteht. Lassen Sie mich deshalb kurz etwas zu den verschiedenen Punkten unseres Antrages sagen.

Wie wir schon im Wahlkampf angekündigt haben, wollen wir wohnortnahe Schulen vor allem im ländlichen Bereich erhalten. Sie werden, obwohl ich bezweifle, dass Sie sich tatsächlich argumentativ mit unserem Antrag auseinandersetzen werden, sicherlich wieder die demografische Entwicklung als Begründung für die Schulschließung ins Feld führen. Ich halte dieses Argument allerdings längst für verbraucht. Sie tun ja gerade immer so, als sei diese

Entwicklung nicht vorhersehbar gewesen oder als ob die demografische Katastrophe unumkehrbar wäre.

Meine Damen und Herren, Sie haben durchaus die Möglichkeit, eine Politik zu betreiben, die die Bezeichnung "kinderfreundlich" wieder verdient. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Familienförderung, ob Ehekredit, Kinderrente, Müttergehalt, Begrüßungsgeld für Neugeborene oder Kindergeld, man muss nur den Willen zeigen, etwas zu tun, und nicht ständig Scheindebatten über die Kinderfreundlichkeit aus wahlkampftaktischen Erwägungen heraus führen.

Meine Fraktion sieht bei aller Bedrohlichkeit der demografischen Entwicklung keinen Status quo. Wir wollen daher, dass im Bildungssektor in die Zukunft gedacht wird. Bildungspolitik gepaart mit einer vernünftigen Familienpolitik kann schon in zehn Jahren den Ausbau des Schulnetzes notwendig machen. Würden Sie es mit dem Kampf gegen die demografische Katastrophe ernst meinen, dann würden Sie keine Politik der Schulschlie-Bungen betreiben. Auch unter Kostengesichtspunkten haben Schulschließungen gegenüber kleineren wohnortnahen Schulen keinen Vorteil, die Kosten werden lediglich umgeleitet. Was Sie durch Schulschließungen einsparen, das geben Sie durch Schulbeförderungskosten wieder aus. Lediglich die Gemeinden werden finanziell entlastet, da sie sozusagen den Kostenfaktor Schule eingespart haben. Die Landkreise als Träger der Schulbeförderung müssen finanziell zusetzen. Es gibt selbst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Argument gegen kleinere Schulen. Sie haben sich aber mit den Entwicklungen abgefunden und möchten nicht dagegensteuern. Das ist die traurige Realität. Haben Sie dann aber auch bitte das Rückgrat, es den Menschen hier ins Gesicht zu sagen. Wir jedenfalls bleiben dabei, dass Schulen wohnortnah zu erhalten sind und das von Ihnen konzipierte Konzept der Lernfabriken abzulehnen ist.

Was Sie mit der Demografie begründet an Schulpolitik betreiben, ist schlichtweg die Durchsetzung der Einheitsschule. Nur deshalb machen Sie sich für Regionalschulen und Schulzentren stark. Hier haben Sie einen Hebel gefunden, das aus Ihrer Sicht überholte deutsche Schulsystem mit seiner Aufgliederung in Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Förderschule langsam abzuwickeln. Dabei ist, auch wenn es den roten und tiefroten Ideologen nicht passt, die Frage nach der Struktur des deutschen Bildungswesens längst beantwortet. Alle Schulforschung bescheinigt einer einheitlichen Schule miserable Leistungen. Das dreigegliederte Schulsystem hat sich auch in der bisher ausgegebenen PISA-E-Studie durchgesetzt. Der Virus der Selbstverleugnung und der schulpolitischen Prinzipienlosigkeit, wie er spätestens seit 1994, als die SPD erstmalig an der Regierung mitbeteiligt war, ausgebrochen ist, hat nicht zum Erfolg geführt. Machen Sie daher endlich Schluss mit Ihren katastrophalen Schulexperimenten und beenden Sie die Schulschließpolitik!

Ein weiterer von uns angesprochener Punkt ist die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Diese kann man – zumindest aus unserer Sicht – am besten in kleineren Schulen umsetzen. Daher bieten die heutigen Entwicklungen natürlich auch Chancen im Bereich der Unterrichtsqualität. Kleinere Klassen können zu einer individuellen Betreuung der Schüler durch die Lehrer führen. Bringen wir uns also nicht selbst um die Chancen, die sich hier ergeben.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem Punkt, den ich für elementar halte, die Schulwegzeiten. Hier haben wir durch die Politik der Schulschließung sicherlich die größten Probleme. Wie sollen denn die Kleinen in der Schule oder in der Nachbereitung des Unterrichts akzeptable Leistungen erbringen, wenn sie heute teilweise Schulwege haben, für die man selbst Erwachsene bemitleiden möchte? Hier reicht es nicht mehr aus, dass das Kultusministerium nur unzureichende Empfehlungen ohne bindenden Charakter herausgibt. Vielmehr muss hier eine gesetzliche Regelung her. Die Beförderungszeiten für Kinder dürften nach unseren Vorstellungen pro Strecke eine Zeit von maximal 45 Minuten nicht überschreiten. Nur so kann man gewährleisten, dass die Kinder ihre Bildungschancen nutzen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinder oftmals früher als ihre Eltern aufstehen müssen, damit sie pünktlich in die Schule kommen. Unter diesen miserablen Bedingungen ist es überhaupt kein Wunder, dass es zu Konzentrationsschwächen, Hyperaktivität, Leistungsverweigerung und Lernschwächen kommt, unter denen die Unterrichtsqualität im Gesamten leidet.

Der Landtag setzt die Rahmenbedingungen, die nicht geeignet sind, im bildungspolitischen Sektor im Bundesvergleich Verbesserungen zu erreichen. Im Übrigen sind Bildungspolitik und Schule immer auch ein volkswirtschaftlicher weicher Standortfaktor. Wer glaubt denn allen Ernstes, dass sich in einer Region Unternehmen ansiedeln, wenn Schulschließungen eindeutig signalisieren, dass hier die Zukunft verspielt und abgehakt ist? Arbeitslosigkeit, Bildungskatastrophe, Zukunftslosigkeit sind hier eine Todesspirale, die zu diesen Entleerungsräumen führt, von denen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen einige haben. Der Cocktail, den Sie hier in der Bildungspolitik den Bürgerinnen und Bürgern gemixt haben, ist ungenießbar. Es ist, das sagte ich schon am Anfang, an der Zeit, endlich umzudenken. Der Landtag kann heute ein Bekenntnis zum Erhalt von wohnortnaher Schule, zu verbesserter Unterrichtsqualität und verbesserten Schulbeförderungszeiten abgeben. Die Landesregierung hat, wenn es der Landtag will, bis Ende 2007 Zeit, ein umfassendes Konzept für eine Verbesserung bildungspolitischer Rahmenbedingungen vorzulegen. Ich werbe deshalb für die Annahme unseres Antrages. - Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lüssow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Antrag der NPD-Fraktion vor, der in großen Teilen von unserem Wahlprogramm der FDP abgeschrieben wurde,

> (Stefan Köster, NPD: Da gucken Sie mal bei uns rein!)

wobei Teile ein bisschen verändert wurden, aber im Großen und Ganzen ist es etwas, was wir formuliert haben. So, wie wir es das letzte Mal schon erlebt hatten, dass ein CDU-Antrag aus Saarbrücken abgeschrieben wurde, so ist es jetzt bei uns abgeschrieben worden.

(Stefan Köster, NPD: Herr Kreher, wir kennen Ihr Wahlprogramm gar nicht.)

Ach so. Na, dann ist es aber sehr erstaunlich, dass Sie das fast wortwörtlich, bis auf ein paar kleine Änderungen, übernommen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Freuen Sie sich doch!)

Ich würde mich freuen, wenn hinter Ihrem Antrag wirklich berechtigt das Ziel stehen würde, etwas umzusetzen, wenn Sie wirklich konstruktiv an einem Bildungssystem hier in Mecklenburg-Vorpommern mitarbeiten wollten. Das aber habe ich aus all dem, was Sie hier in der letzten Zeit von sich gegeben haben, nicht gemerkt. Auch gestern ging es wieder nur um wenige Begriffe wie "Volksgenossen".

(Stefan Köster, NPD: Wissen Sie, woher der Begriff kommt?)

Meine Damen und Herren, hören Sie bitte zu! Dieser Begriff "Volksgemeinschaft", "Volksgenosse" wurde in der Nazizeit so genutzt, dass man ihn heute kaum verwenden kann, ohne an diese schlimme Zeit zu denken.

(Stefan Köster, NPD: Die Nazis haben auch Autos gefahren.)

Es wurde damals nicht nur von der Volksgemeinschaft gesprochen, sondern es wurde gleichzeitig definiert, was volksfremd ist.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diejenigen, die nicht zu Ihrer Volksgemeinschaft gehörten.

(Udo Pastörs, NPD: Zur Sache, Herr Kreher!)

weil sie Andersdenkende waren, weil sie andere Rassen waren.

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD)

einen anderen Glauben hatten, wurden ausgegliedert,

(Stefan Köster, NPD: Ich glaube, ich muss Ihnen mal mein Taschentuch reichen.)

durften manchmal noch nicht einmal in den Luftschutzkeller, wie ich das von meinem Großvater weiß.

(Michael Andrejewski, NPD: Was sind denn das für Tiraden?)

Daher, meine Damen und Herren, wenn Sie diese Ideologie hier vertreten,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

kann ich keinem Ihrer Anträge zustimmen,

(Udo Pastörs, NPD: Ganz ruhig bleiben!)

selbst wenn Sie bei uns einfach abschreiben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber ich möchte durchaus auch sachlich über bestimmte Dinge sprechen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Na das ist ja schon mal ein Schritt nach vorn.)

Hören Sie bitte zu!

Wichtig in Mecklenburg-Vorpommern ist auf jeden Fall das, was wir hier wollen, und zwar dass unsere Bildungsgesetze nicht ständig verändert werden. Was in den letzten Jahren, das kann ich als Lehrer sagen, zu dieser Verunsicherung, zu dieser schlechten Bilanz im Bildungswesen geführt hat, waren die vielen Bildungsgesetze, die wir hatten. Deshalb unterstütze ich es hier voll, wenn wir sagen, wir brauchen jetzt endlich erst einmal Ruhe im Bildungsbereich. Wir müssen aber in diesem Bereich Möglichkeiten schaffen, die Qualität zu erhöhen. Dazu gehören durchaus manche Dinge, die Sie jetzt gesagt haben, dass wir zum Beispiel über die Schülerbeförderungszeiten und vieles andere nachdenken. Aber, meine Damen und Herren, wie Sie gemerkt haben, machen wir das als FDP nicht, indem wir ständig propagandistische Anträge stellen, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans Kreher, FDP: Ja.

... sondern wir machen das, indem wir uns konstruktiv, wie wir das vorhin bei der Medienpolitik gezeigt haben, mit einbringen, um dann wirklich dauerhaft etwas zu ändern. Das ist der Weg, den wir gehen, und das unterscheidet uns von Ihnen. – Danke schön.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, und Michael Roolf, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kreher, beruhigen Sie sich! Halten Sie lieber Ihren Blutdruck ein bisschen runter.

(Hans Kreher, FDP: Haben Sie keine Angst. Sorgen Sie sich nicht um meine Gesundheit!)

Es ist für die Schüler hier im Land auch besser, wenn Sie sich aktiv an der Schulpolitik beteiligen. Bauen Sie bitte keine Nebelfelder hier auf. Vielleicht hätten Sie mal unser Aktionsprogramm lesen sollen. Wir machen nämlich keine Wahlprogramme. Wir orientieren uns langfristig, haben also Aktionsprogramme.

(Hans Kreher, FDP: Ja, die schreiben Sie ab.)

Da hätten Sie vieles, was in dem Antrag gestanden hat, entnehmen können. Uns geht es darum, dass die Kinder hier im Land eine Zukunft haben, die Sie als Vertreter der etablierten Parteien zunichte machen. Daher unser Antrag. Für uns ist es auch logisch, dass Sie ihn ablehnen, weil Sie letztendlich überhaupt keine Argumente mehr haben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Köster.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/589. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthal-

tungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/589 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sichern, Drucksache 5/588. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/628 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sichern – Drucksache 5/588 –

Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 5/628 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In den zurückliegenden Wochen haben sich die Diskussionen hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik in der EU verschärft. Ich hatte Gelegenheit, im Januar an einer Sitzung des Agrarausschusses im Bundestag teilzunehmen, an der die Agrarkommissarin Frau Fischer Boel grundsätzliche Ausführungen zur zukünftigen EU-Agrarpolitik gemacht hat.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Im Rahmen der Überprüfung der gemeinsamen Agrarstruktur werden erstens die Obergrenzen für die betrieblichen Direktzahlungen, zweitens die Einführung einer Degression für betriebliche Direktzahlungen und drittens die Ausweitung der obligatorischen Modulation ins Gespräch gebracht.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir hatten Gelegenheit, vorgestern beim Parlamentarischen Abend hierzu die Sorgen des Bauernverbandes ausdrücklich zu hören. Die Einführung von Kappungsgrenzen würde vor allem landwirtschaftliche Betriebe in den neuen Bundesländern und insbesondere bei uns in Mecklenburg-Vorpommern treffen. Auf der Grundlage der im Jahre 2005 zugeteilten Zahlungsansprüche wären zum Beispiel bei der Einführung einer Obergrenze von in Aussicht gestellten 300.000 Euro bundesweit etwa 1.700 Betriebe betroffen - 34 Betriebe in den alten Bundesländern und bei uns wären es 390 Betriebe. Damit, meine Kolleginnen und Kollegen, wurde die Lastenverteilung deutlich. Insbesondere würden bei der Einführung einer Kappungsgrenze in Höhe von 300.000 Euro, wie sie im Übrigen seitens der EU-Kommission bereits im Jahre 2000 vorgeschlagen war, die Unternehmen in Deutschland 370 Millionen Euro an betrieblichen Direktzahlungen verlieren. Dass diese Kürzungen mit gravierenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft bei uns und auf die ländlichen Räume verbunden sind, liegt auf der Hand.

Wir müssen uns zunächst vergegenwärtigen, dass es erhebliche Strukturunterschiede zwischen West und Ost in Deutschland gibt. Im Westen haben landwirtschaftliche Betriebe herkömmlich mehr Eigentumsflächen als Pachtflächen. Das sind gewachsene Strukturen. Bei uns dagegen haben die großen Betriebe im Wesentlichen Pachtflächen. Sie sind also darauf angewiesen, in großem Umfang Grunderwerb zu tätigen, um damit genügend Eigenflächen bewirtschaften zu können im Interesse einer nachhaltigen Stabilisierung unserer Betriebe. Das ist mit einem hohen Aufwand verbunden. Die Inanspruchnahme von Kapitalmarktmitteln zum Grunderwerb bringt bekanntlich weitere Risiken mit sich. Hieraus folgt, dass unsere Betriebe auf die volle Ausschöpfung der Direktzahlungen angewiesen sind. Unsere Betriebe sind grundsätzlich gut aufgestellt, aber ihre Wettbewerbsfähigkeit kommt in Gefahr, wenn die Investitionen mit zusätzlichen Risiken und Kosten belastet werden. In diesem Zusammenhang gehört auch ein Blick auf die Tendenz in der EU, nämlich das weitere Zurückfahren der Agrarförderung.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir hatten im März dieses Jahres ein Seminar, zu dem die Staatskanzlei eingeladen hatte. Dabei ging es um die Europapolitik und speziell auch um die Erwartungen an die zukünftige landwirtschaftliche Förderung. Dabei wurde uns unmissverständlich deutlich gemacht, dass wir eines Tages – in weiterer Zukunft jedenfalls – mit geringeren und gar keinen Direktzahlungen an die Landwirte zu rechnen haben, weil sich unsere Landwirtschaft aus eigener Kraft am Markt wird behaupten müssen. Dafür müssen wir Vorsorge treffen.

Die Kürzungen der Direktzahlungen würden für die Landwirtschaftsunternehmen in den neuen Bundesländern zu geschätzten jährlichen Einnahmeverlusten von 300 bis 500 Millionen Euro führen. Die Folgen wären darüber hinaus ein direkter Einkommens- und Kaufkraftverlust in den ländlichen Räumen und rückläufige Investitionen mit erheblichen Konsequenzen für Industrie, Handel, Handwerk und ländliche Dienstleister. Hinzu kommen insbesondere die förderrechtlichen und volkswirtschaftlichen Folgen. So ist in den letzten Jahren in erheblichem Umfang in die Tierhaltung, die Veredlung, in Biogasanlagen und in die Produktionstechnik investiert worden. Diese Investitionen wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert. Voraussetzung hierfür waren wiederum die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Betrieb der geförderten Anlagen über einen bestimmten Zeitraum hinaus. Mit der Kappung der Direktzahlungen besteht die Gefahr der Existenzbedrohung dieser Betriebe. Mit einer vorzeitigen Produktionsaufgabe wären möglicherweise Rückforderungen der Fördermittel verbunden. Vielen Unternehmen wäre es dann nicht mehr möglich, die erhaltenen Fördermittel zurückzuzahlen und Unternehmensaufgaben könnten die Folge sein.

Im Gegensatz zur Landwirtschaftsstruktur im Westen im Wesentlichen mit Familienbetrieben erfolgt die Beschäftigung in unseren Agrarunternehmen zum überwiegenden Teil versicherungspflichtig. Auch hier wäre ein Rückgang der Beschäftigung zu erwarten. Das würde sich auf die Einnahmen der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung auswirken. Mithin darf es zur Einführung der Zahlungsobergrenzen bei den Direktzahlungen oder zu einer Degression der Direktzahlung nicht kommen. Ähnliches gilt, meine Kolleginnen und Kollegen, auch für die Überlegungen zur Erhöhung der obligatorischen Modulation, wenn sie zulasten der Direktzahlungen an unsere Betriebe geht. Die Einsparungen im Agrarhaushalt der EU belasten im Übrigen Deutschland zu 80 Pro-

zent, wiederum davon zu 80 Prozent die neuen Bundesländer. Deshalb müssen wir uns gegen die geäußerten Absichten der Kommission wehren und intervenieren.

Meine Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund dieser geschilderten Diskussion haben unsere landwirtschaftlichen Unternehmen bereits Überlegungen angestellt, ihre Betriebe zu zersplittern und aufzuteilen, um somit die Einführung von Kappungsgrenzen oder Degression zu unterlaufen. Das ist nicht im Sinne der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und führt im Übrigen auch zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Unsere Unternehmen brauchen auf der Basis der bisherigen Förderung Planungs- und Investitionssicherheit bis zum Jahre 2013. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, unserem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns aber bereits auch mit dem Änderungsantrag der Linkspartei.PDS auf der Drucksache 5/588 beschäftigt und werden ihn ablehnen müssen.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber schade.)

Der Änderungsantrag geht über die Beschlüsse der gemeinsamen Agrarpolitik des Europäischen Rates von 2002 und Dezember 2005 hinaus. Während unser Antrag auf die Planungs- und Investitionssicherheit unserer landwirtschaftlichen Unternehmen abzielt, beabsichtigt der Änderungsantrag offensichtlich eine Umschichtung der Finanzmittel aus der ersten in die zweite Säule. Das steht zunächst schon einmal im Widerspruch zu unserem Antrag.

Schon heute wird mit der Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und deren stoffliche sowie energetische Verwertung in ausreichendem Maße gefördert. Einer weiteren Stärkung der nachhaltigen Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und ihrer stofflichen energetischen Verwertung bedarf es bei den Beratungen auf Bundes- und auch auf europäischer Ebene nicht. Schon heute zeichnen sich aufgrund der Vorgaben mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Nutzung nachwachsender Rohstoffe ab, die zum Beispiel mit dem Stichwort "Monokulturen" gekennzeichnet sind. Deshalb können wir diesem Änderungsantrag nicht entsprechen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. von Storch.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommerns Herr Backhaus. Herr Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr gegehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute wieder einmal ein Thema zur Landwirtschaftspolitik und zur Entwicklung der ländlichen Räume auf der Tagesordnung haben. Ich prophezeie, dass wir uns in den nächsten Wochen und Monaten mit diesem Thema noch intensiv zu beschäftigen haben.

Wenn wir uns die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern anschauen, der Parlamentarische Abend hat das auch eindrucksvoll gezeigt, dann ist es so, dass die Landwirtschaft und die Ernähungswirtschaft in Mecklenburg-Vor-

pommern zwei der stärksten oder vielleicht sogar die stärksten Wirtschaftszweige in unserem Land darstellen. Wir haben immer wieder gesagt, wir wollen wettbewerbsfähige Unternehmen. Wir wollen die landwirtschaftlichen Unternehmen dabei unterstützen, die Kulturlandschaft zu erhalten. Dafür gibt es den Ausgleich in Form von Direktzahlungen. Ich glaube, dass die gesellschaftlichen Leistungen, zu denen gerade eine europaweite Erhebung vorgenommen worden ist, die durch die Landwirtschaft zum Erhalt der ländlichen Räume, zum Erhalt der Kulturlandschaft, für die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, aber letzten Endes auch die Leistungen, die für den Naturschutz, für den Tierschutz erbracht werden, insgesamt in Europa von der Bevölkerung hoch anerkannt werden. Ich glaube, das ist ein gutes Signal von dieser Stelle.

Wir werden morgen eine hochrangige EU-Vertretung in unserem Lande haben, wo wir und ich selber noch einmal unsere Position darlegen werden, wo wir die Ansatzpunkte sehen. Wenn es zu einem Gesundheitscheck kommen soll, und der wird im nächsten Jahr kommen, werden wir alles daransetzen, dass wir erfolgreichen Wert schaffenden Betrieben, die viele Menschen beschäftigen – in diesem Land sind über 21.000 Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt –, deutlich machen, wo wir hin wollen.

Vor dem Hintergrund der Debatten, auf die wir uns einzustellen haben, ist es gut, dass die demokratischen Fraktionen des Landtages, der Berufsstand – es sind ja einige Vertreter hier – und die Landesregierung in einem festen Schulterschluss gemeinsam agieren werden, um die legitimen Interessen der Landwirtschaft und damit der ländlichen Räume insgesamt zu vertreten. Von Beginn an sollten wir eine abgestimmte Strategie und damit offensiv unsere Argumente vortragen, jeder an seiner Stelle und möglichst jeder in seinen Gremien. Aber alle werden wir gemeinsam mit dem Ziel arbeiten, Schaden von unserem Land, Schaden von den landwirtschaftlichen Unternehmen abzuwenden, um wichtige Arbeitsplätze und vor allen Dingen die Wertschätzung innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

Zu den Fakten: Die Europäische Kommission hat für 2008 eine Gesundheitsprüfung, den Health Check, für die gemeinsame Agrarpolitik entsprechend dem Luxemburger Beschluss des Agrarministerrates vom 23. Juni 2003 angekündigt. Der Begriff "Gesundheitsprüfung" oder "Health Check" wurde von der Kommission bewusst gewählt, das kann ich auch so akzeptieren, um nicht wie bei dem Midterm Review in der Amtszeit von Franz Fischler, dem ehemaligen Kommissar, den Eindruck zu erwecken, es handele sich schon wieder um eine Reform der Europäischen Agrarpolitik. Die wollen wir nicht. Wir wollen diese Reform nicht, sondern wir wollen eine Überprüfung der Maßnahmen.

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

Die Grundzüge der gemeinsamen Agrarpolitik sollen bis 2013 fortgelten. Es sollen lediglich technische Korrekturen vollzogen werden. Genannt wird hier unter anderem die Abschaffung der Flächenstilllegung. Ich habe im Übrigen über Jahre hinweg darum gekämpft, dass diese endlich aufgehoben wird, um damit die Potenziale auch innerhalb unseres Landes zu nutzen. Die Aufhebung der Flächenstilllegung wird kommen. Das begrüße ich ausdrücklich. Zum Zweiten begrüße ich ausdrücklich, dass wir im Rahmen der Vereinfachung von Cross Compliance

und damit der Überprüfung der Betriebe tatsächlich bürokratische Hemmnisse abbauen wollen. Ich hoffe, dass uns das gelingt. Es soll und wird zur Abschaffung der Regelung von Obst, Gemüse und Speisekartoffeln kommen. Auch dieses begrüße ich ausdrücklich. Das ist im Übrigen auch mit dem Berufsstand so besprochen.

Die Optionen für die Mitgliedsstaaten zur fakultativen Modulation sind bereits vom Tisch. Auch hier haben sich unsere Gespräche in Brüssel positiv ausgewirkt. Der Health Check wird aber nicht losgelöst von anderen Entwicklungen in Brüssel sein. Die WTO-Verhandlungen sollen im Juli wieder aufgenommen werden. Auch hier müssen wir sehr genau betrachten, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Gleichzeitig, auch das will ich ausdrücklich betonen, bereitet die Kommission einen umfassenden Bericht zu den Einnahmen und den Ausgaben des EU-Haushaltes vor, der Ende 2008 beziehungsweise 2009 vorliegen soll. Man muss nun wirklich kein Prophet sein, um jetzt schon zu sagen, dass sich daraus erheblicher Druck auf die Agrarausgaben in Europa und damit auch auf die Agrarpolitik ergeben wird. Die Begehrlichkeiten anderer Generaldirektionen oder auch der EU-Agrarpolitiker beziehungsweise der EU-Politik insgesamt, aber auch der nationalen Interessen reichen schon in die Richtung, mehr Geld für die Wissenschaftspolitik, mehr Geld für die Sicherheitspolitik, aber auch für die Klimapolitik einzusetzen. Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass es im gemeinsamen Europa in diesen Bereichen nicht tatsächlich Finanzlücken oder Finanzbedarfe gibt. Umso wichtiger ist es, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik konsequent weiterzuführen und für die Jahre oder für die Zeit nach 2013 jetzt schon konkrete Schritte zu beachten oder diese auch vorzubereiten. Es muss uns gemeinsam gelingen, eine nachvollziehbare und von den Menschen in Europa akzeptierte Begründung für die Transferzahlungen an die Landwirtschaft zu formulieren. Und für mich ist klar, wir müssen die gesellschaftlichen Leistungen, die die Landwirtschaft insgesamt erbringt, deutlicher herausarbeiten. Damit haben wir in Deutschland begonnen.

Die Kritik zur Entkopplung, die zunächst stark war, auch aus der CDU-Fraktion, ebenfalls vom Bauernverband, hat sich heute im Wesentlichen aufgelöst. Der Weg, den wir beschritten haben, die Entkopplung vorzunehmen und die Leistung, das Gemeinwohl und die gesellschaftlich anerkannten Leistungen der Landwirtschaft tatsächlich zu honorieren, ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. Dabei muss das europäische Agrarmodell eine multifunktionale, nachhaltige, umwelt- und tierartgerechte Landwirtschaft enthalten, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Wir wollen wettbewerbsfähige Unternehmen. Das bloße Verteidigen des Status quo wird unweigerlich für uns gemeinsam in die Sackgasse führen. Darüber müssen wir uns auch schon jetzt im Klaren sein. Dieses gilt im Übrigen auch für die Standesvertreter. Die europäische Landwirtschaft kann und muss sich schrittweise vom Tropf, und ich betone das ausdrücklich, vom Tropf der Subventionen und der Marktordnung befreien.

Im Übrigen waren die Signale für diesen Weg nie so günstig wie heute. Wir haben eine starke Nachfrageseite, wir haben insgesamt gute Preise und wir erkennen auch innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dass Betriebe wieder gute Gewinne machen, dass sie investieren und damit zukunftorientiert arbeiten. Alle von uns aufgelegten Prognosen und Studien kommen innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre zu dem gleichen Ergebnis:

Erstens. Die Nahrungsmittelmärkte der Welt sind von einer dynamischen Nachfrageentwicklung gekennzeichnet.

Zweitens. Die Weltagrarmärkte wandeln sich offensichtlich tatsächlich von einem Überschussmarkt zu einem Nachfragemarkt. Wenn wir uns mal anschauen, was wir an Getreide in Deutschland in der Intervention haben, da waren wir mal bei 3 Millionen Tonnen, zurzeit liegen im Übrigen noch knapp 200.000 Tonnen Reserven an Getreide nur noch in Deutschland in den Interventionslagern. Das ist im Wesentlichen abgebaut.

Und drittens. Die zusätzliche Nachfrage nach Rohstoffen für die stoffliche und energetische Verwertung lässt erwarten, dass sich das Agrarpreisniveau weiter stabil nach oben bewegt. Wenn Sie sich die aktuellen Preisverhandlungen anschauen, dann liegen wir beim Raps bei 27 Euro, beim Getreide gehen wir auf 15 Euro. So etwas haben wir lange Jahre nicht mehr gehabt. Wir haben zum Teil dynamische Preisentwicklungen mit Steigerungsraten um 70 Prozent und das deutet tatsächlich auf eine sehr starke Nachfrage nach Agrarprodukten, sowohl was die Lebensmittelproduktion als auch die stoffliche und energetische Verwertung betrifft.

Es spricht vieles dafür, dass die Agrarflächen in Europa und damit auch hier in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern infolge tatsächlich steigender Preise rentabel genutzt werden können, wenn staatliche Hilfen reduziert oder wenn sie perspektivisch sogar ganz entfallen sollten. Dieser Optimismus ist nicht Mittel zum Zweck, das will ich hier ausdrücklich für uns sagen, sondern eine reale Zukunftsoption. Wir sollten uns bei allen Diskussionen von genau diesem Optimismus leiten lassen, denn die Landwirtschaft in unserem Bundesland ist strukturell hervorragend aufgestellt, verfügt über sehr gut ausgebildete Fachkräfte, das erforderliche Know-how ist vorhanden und die Märkte bieten erstklassige Produkte sowohl im Umwelt- als auch im Verbraucherschutzbereich in unserem Bundesland an.

Dreh- und Angelpunkt wird, ist und bleibt die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen. Jeder Landwirt, jede Landwirtin, jedes Unternehmen muss Schwachstellen im eigenen Betrieb erkennen und damit betriebliche Strategien zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit entwickeln. Hier werden wir auch Hilfestellung geben. Dies ist allemal wichtiger, als die ganze Kraft nur auf die Verteidigung von Direktzahlungsansprüchen zu konzentrieren. Unsere Landwirte, meine Damen und Herren, bekommen im Jahr allein tatsächlich für die Direktzahlungen 417 Millionen Euro. Das sind durchschnittlich 324 Euro pro Hektar. Und dann kommen noch die Sonderprogramme des Landes Mecklenburg-Vorpommern hinzu, sodass wir in etwa tatsächlich 470 bis 480 Millionen Euro jährlich an die Landwirte für den Erhalt der Kulturlandschaft und die Punkte, die ich angedeutet habe, bereitstellen. Dieses Geld hat zweifellos eine ganz entscheidende Funktion für die Liquidität der Betriebe, für betriebliche Investitionen und damit auch für die Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen sowie die Aussage, dass gut geführte Betriebe in unserem Land gute Gewinne erzielen können. Deshalb dürfen diese Direktzahlungen natürlich nicht abrupt zurückgeführt werden. Herr Storch, Sie haben ja auch schon darauf hingewiesen, dagegen werden wir uns gemeinsam vehement zur Wehr setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch bei realistischer Betrachtung ist eine Verringerung der Einkommensentwicklung allein bei Hilfen, die nur nominal festgeschrieben sind, kaum zu verhindern. Vor diesem Hintergrund appelliere ich an uns, an alle Landwirte, an alle Bäuerinnen und Bauern innerhalb des Landes: Nutzen wir gemeinsam die Zeit dieser Programmperiode bis 2013, um zu investieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen! Die Landesregierung wird mit ihren Möglichkeiten der Förderung im Rahmen des Entwicklungsprogramms ELER immerhin 96,6 Millionen Euro an reinen Fördermitteln zur Verfügung stellen und damit bis zu 500 Millionen Euro an Investitionsvolumen auslösen. Damit können wir im Übrigen doppelt so viel Investitionen im Förderzeitraum 2000 bis 2006 unterstützen, im Vergleich zu 2000, 2006. Es war also tatsächlich noch nie so günstig und so notwendig zugleich, die Zeichen der Zeit zu erkennen und diese auch zu nutzen.

Natürlich werden wir so, wie der Antrag es gefordert hat, auf politischer Ebene in den Diskussionen zum Health Check entscheiden und daran mitwirken, die Interessen unserer Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu begründen und zu verteidigen. Mit meinen Kollegen aus dem Bund und den Ländern bin ich mir in drei Punkten zum Glück jetzt einig:

Erstens. Die Finanzierung der ersten Säule der Agrarpolitik muss stabil gehalten werden und ich bin gespannt, was der Deutsche Bauerntag, der in Kürze in Bamberg stattfindet, dazu sagen wird. Ich freue mich im Übrigen, dass der Bundespräsident erstmalig auf einem solchen Bauerntag auftreten und sicherlich ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaft abgeben wird.

Zweitens. Die Erhöhung der obligatorischen Modulation vor 2014 lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

Drittens. Es darf zu keinen Kappungsgrenzen kommen, weil dieses die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe maßgeblich verschlechtern würde.

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

Dieser Konsens ist Ergebnis der Sonderberatung der Agrarminister am 1. Juli in Berlin und es ist erfreulich, dass dieses von allen Bundesländern so mitgetragen wurde. Das war im Übrigen auch ein Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Auch zur Milchpolitik will ich an dieser Stelle kurz etwas sagen, denn dieses hat in der Agrarministerkonferenz, der Sonderkonferenz eine Rolle gespielt. Wir haben festgestellt, dass die Luxemburger Beschlüsse des Agrarrates von 2003 die Handlungsgrundlage sind und die Kommission mit großer Sicherheit keinen neuen Vorschlag unterbreiten wird, die Milchquotenregelung über das Jahr 2015 hinaus zu verlängern. Ich hätte mir zwar noch eine etwas progressivere Beschlussfassung der Agrarministerinnen und Agrarminister des Bundes und der Länder gewünscht, aber es ist ein klares Signal der deutschen Agrarpolitik zum Ausstieg aus der Quote. Das war leider nicht deutlicher mit der Südschiene zu machen, aber für mich gilt innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern, nach 2015 wird es keine Milchquote und

damit keine Reglementierung mehr geben. Wichtig ist, dass mit dem Health Check seitens der Kommission ein klares Signal an alle Milcherzeuger in Europa geht, dass danach von der Kommission ein schlüssiges Gesamtkonzept zum Ausstiegsszenario bis Ende 2008 vorgelegt werden muss.

Dieses haben wir auch in unserer Beschlussfassung der Agrarminister in Berlin eindeutig beschlossen. Sowohl die aktiven Milcherzeuger als auch diejenigen Betriebe, die aus der Milchproduktion aussteigen wollen, müssen dabei Berücksichtigung finden, das heißt also, wir brauchen klare Übergänge. Aus meiner Sicht müssen diese Begleitmaßnahmen bereits vor 2015 dazu beitragen, dass es zu einer deutlichen Reduzierung der Quotenkosten insgesamt kommt. Aber auch die Aufrechterhaltung einer Bewirtschaftung der Kulturlandschaft in Gebieten, die fast ausschließlich von Milchwirtschaft geprägt sind, muss von dieser Begleitmaßnahme erfasst sein. Insgesamt wird für das kommende Jahrzehnt in Deutschland eine Wanderungsbewegung der Milchprognosen und der Milchquoten prognostiziert. Ich bin mir sicher, dass Mecklenburg-Vorpommern dabei insgesamt zu den Gewinnerregionen zählen wird. Auch hier sind Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe Schlüssel zum Erfolg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher ist, dass der Health Check noch viele schwierige Debatten in Europa und auch letzten Endes in Deutschland in sich birgt. In jüngsten Äußerungen betonten die EU-Agrarkommissarin Fischer Boel sowie ihr Stellvertreter und im Übrigen auch Kabinettschef Herr Professor Borchert, dass Kappungsgrenzen nicht mehr Ziel der Kommission sind. Insofern hat das Gespräch, das wir geführt haben mit Frau Fischer Boel als auch mit dem Kabinettschef Borchert, der morgen in Mecklenburg-Vorpommern weilen wird, wohl schon Früchte getragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gleichwohl soll die obligatorische Modulation ab 2009 um fünf bis zehn Prozent erhöht werden. Dies soll dann möglichst größenabhängig gestaffelt sein. Das ist aus meiner Sicht völlig undiskutabel und inakzeptabel. Wir müssen hier also argumentativ gut gewappnet sein. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin haben bereits auf der AMK in Weißkirchen gefordert, wenn eine Kürzung der ersten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik nicht zu verhindern sein sollte, dann plädieren wir für eine lineare Kürzung über alle Zahlungsempfänger hinweg, weil dies aus meiner Sicht der gerechteste Weg ist. Die Modulationsmittel müssen vollständig in den Regionen bleiben und damit auch, wenn es zu einer Umverteilung kommt, innerhalb des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern bleiben. Ob und in welchem Maße unter diesem Vorzeichen noch eine Solidarität der Bundesländer vorhanden ist, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt sehen. Ich kann das zurzeit noch nicht abschätzen.

Insofern an alle Kolleginnen und Kollegen die Bitte, hier mit Einfluss zu nehmen. Eines weiß ich sicher: Es wird ein hartes Verhandeln und ein zähes Ringen insgesamt werden. Deswegen betone ich nochmals meine Strategie, die weitgehend auf die Stabilität der gemeinsamen Agrarpolitik ausgerichtet ist und sich konsequent an der Wettbewerbslinie orientieren sollte. Ich bin in diesem Sinne der Auffassung, dass die wahrscheinlichste Rückführung der Stützungszahlungen mit Rückführung von Auflagen und Bürokratie verbunden sein muss. Wir

müssen runter von dieser Bürokratie und die Landwirtschaftsbetriebe entlasten.

Wir müssen zum Zweiten, wenn wir zu einer Stärkung der zweiten Säule durch eine lineare Kürzung kommen wollen und müssen, dies im Zuge der Haushaltsplanung berücksichtigen. Dieses ist auch Grundlage dafür, auf das komplizierte Modell der Modulation zu verzichten. Die lineare Kürzung wäre das beste Mittel dazu. Maßnahmen des Risiko- und Krisenmanagements für die Zeit nach 2013 müssen durchaus möglich werden, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Nutzung solcher Programme den Mitgliedsstaaten an die Hand gegeben und dann natürlich die öffentliche Finanzierung gewährleistet wird. Salopp ausgedrückt halte ich eine Zukunft für denkbar, in der nicht jede Furche festgelegt wird von der Europäischen Union und dann noch mit JPS jeden Tag nachgemessen wird, aber eben auch eine Zukunft, die ohne den gewohnten üppigen Direktzahlungstopf ausgefeilt wird.

Viele Bäuerinnen und Bauern fordern seit langer Zeit zu Recht, dass sie ihr Einkommen am Markt und nicht durch staatliche Transferleistungen erzielen wollen. Da wollen wir hin und ich glaube, die Zeichen der Zeit sind auch ganz günstig. Gleichzeitig ist eine Stärkung der zweiten Säule mit dem Ziel einer sektorübergreifenden integrierten Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume sinnvoll und geradezu notwendig. Dabei muss die Kofinanzierung zwingend neu geregelt werden, damit nicht ärmere Regionen am reich gedeckten Tisch der Europäischen Union Hunger leiden. Die meisten unserer Landwirte können aus meiner Sicht tatsächlich optimistisch in die Zukunft sehen und ich werde alles daransetzen, dass wir in diesem Prozess innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Bund, gegenüber der Europäischen Union nicht benachteiligt werden. -Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister Backhaus.

Es hat jetzt um das Wort gebeten Herr Professor Dr. Tack von der Linkspartei.PDS. Herr Professor, Sie haben das Wort

Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Backhaus hat eben zum Ausdruck gebracht, dass der Kreisbauernverband Nordwestmecklenburg am morgigen Tag einen agrarpolitischen Tag unter dem Motto "Verlässlichkeit und Perspektiven der EU-Agrarpolitik" veranstaltet. Obwohl ich und sicher auch andere Kolleginnen und Kollegen aus dem Agrarausschuss an dieser Veranstaltung teilnehmen werden, will ich nicht in erster Linie für diese traditionelle und hochkarätige Veranstaltung werben, sondern ich möchte für die Behandlung des Antrages der Koalitionsfraktionen dieses Thema als Ausgangspunkt wählen.

Meine Damen und Herren, Verlässlichkeit und Perspektive betrachte ich als untrennbare Einheit. Damit der Antrag der Koalition diesem Aspekt noch besser gerecht wird, bringen wir den Ihnen vorliegenden Änderungsantrag ein. Ich bin darin noch einmal bestärkt worden durch die Ausführungen von Minister Backhaus, dass wir in Zukunft eine Einheit von Nahrungsgüterproduktion und Produktion von nachwachsenden Rohstoffen haben, und ich habe Ihnen gestern in meinen Ausführungen zum

Biodieselantrag gesagt, dass wir an einer konstruktiven Oppositionspolitik gerade auf dem Agrarsektor interessiert sind.

Bevor ich diesen Änderungsantrag im Einzelnen noch einmal darstelle, möchte ich in aller Kürze die Position meiner Partei zu den im Antrag der Koalition näher aufgeworfenen Fragen vorstellen. Grundlage einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion in unserer Zeit ist eine weit vorausschauende strategische Planung, um erfolgreich wirtschaften zu können. Strategien und Investitionsplanungen reichen über Zeiträume von mehreren Jahren hinweg. Einmal gefällte Entscheidungen - das trifft insbesondere für den Bereich der Tierproduktion, aber auch für die Verarbeitung von Rohstoffen zu - sind dabei langfristig für das Betriebskonzept festlegend. Der Betrieb ist daran gebunden ebenso wie Bankkredite, Pachtverträge, Förderungen und nicht zu vergessen das Eigenkapital, das Eigenkapital der Bauern. Aber auch die Umwelt und der ländliche Raum als integraler Bestandteil in der Agrarwirtschaft sind von der Kontinuität und der Sicherheit im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion in ihrer ständig wachsenden Vielfältigkeit abhängig. Gleichzeitig ist wohl kein Wirtschaftszweig so abhängig von politischen Entscheidungen und Strategien wie die Landwirtschaft.

Mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, die bekanntlich ab 2003 zur Wirkung kam, ist eine gravierende Umsteuerung in der gesamten Agrarwirtschaft eingeleitet worden. Herr Minister Backhaus hat darauf hingewiesen, dass im Jahr 2008 eine Halbzeitbewertung oder, wie es weniger hart klingt, ein sogenannter Gesundheitscheck vorgesehen ist. Ich komme auf das Stichwort "Verlässlichkeit der Agrarpolitik" unter dem besonderen Aspekt der Struktur in der ostdeutschen Landwirtschaft und natürlich der unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern zurück. In der Landwirtschaft und auch in der Agrarpolitik meiner Partei hat man bereits 2005 sorgenvoll zur Kenntnis genommen, dass zum Beispiel Kappungsgrenzen, Degressionen und eine Erhöhung der obligatorischen Modulation den Ertrag besonders der großen Landwirtschaftsbetriebe in unserem Lande kürzen würden.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Ich sage für unsere Partei deutlich, für den Erhalt und die Entwicklung ländlicher Räume sind in erster Linie starke, wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Unternehmen notwendig. Sie sind unverzichtbar, weil sie das Rückgrat des ländlichen Raumes darstellen.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Die teilweise schwierige wirtschaftliche Lage der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe in Bezug auf die Kapitalausstattung ist bekannt. Allein eine Zahl, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht die Lage deutlich. Die Eigenkapitalrentabilität sank im Jahr 2004 im Vergleich zum Jahr 2005 von 2,5 Prozent auf 1,2 Prozent. Neuere Zahlen liegen leider im Augenblick nicht vor, aber dieser Trend ist über Jahre erkennbar. Und dabei ist noch nicht einmal die Inflationsrate aufgefangen mit diesen Werten. Ich füge hinzu, dass die Altschuldenproblematik ebenfalls bei diesen Betrachtungen nicht berücksichtigt ist. Wir unterstützen deshalb auch die Forderung, keine Kappung der Direktzahlungen ab einer bestimmten Betriebsgröße, wie sie ins Gespräch gebracht war, keine Degression und auch keine Erhöhung der obligatorischen

Modulation zuzulassen, obwohl – und auch das, muss man sagen, klang in der Rede des Ministers an – die zweite Säule der Agrarpolitik für den ländlichen Raum gut und gern und dringend eine Mittelaufstockung benötigen würde. Hier müssen jedoch von der Politik neue Wege beschritten und entsprechende Mittel gefunden werden.

Und, Herr von Storch, es war nicht die Intention unseres Antrages, von vornherein eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule vorzunehmen, sondern uns ging es darum, einen zukunftsfähigen Zweig der Agrarproduktion in die Standpunktbildung des Parlaments mit einzubeziehen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb wir bei unserem Vorschlag hier bleiben würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, diesen Standpunkt meiner Partei kennen auch die Bauern und ihre Verbände. Wir können dem Inhalt des vorliegenden Antrages der Koalitionsfraktionen zustimmen, das ist überhaupt keine Frage. Wenn ich die Protokolle der Agrarministerkonferenz vom April dieses Jahres richtig gelesen habe, gibt es zu den Äußerungen unseres Landwirtschaftsministers auch hier keinen Dissens in den Grundfragen. Es gibt sogar eine Protokollerklärung, die für unser Land explizit Kürzungen der Direktzahlungen grundsätzlich ablehnt. Insofern kommt der Auftrag an die Landesregierung vielleicht sogar zu spät, etwas zu tun, weil bereits etwas getan worden ist. Wir brauchen Planungssicherheit bis 2013 und sehen die Notwendigkeit der gemeinsamen Agrarpolitik, auch nach 2013 ein tragfähiges Fundament für die landwirtschaftlichen Unternehmen im ländlichen Raum zu garantieren.

Damit ist die Zukunft angesprochen, die in meiner ausgeliehenen Überschrift "Verlässlichkeit und Perspektiven der EU-Agrarpolitik" eine Rolle spielt. Dieser Landtag hat in der Vergangenheit wegweisende und innovative Entwicklungen in der Landwirtschaft unterstützt und befördert. Ich denke nur an das Innovationsprogramm für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien. Deshalb würde ich wohl Eulen nach Athen tragen oder in das Schweriner Schloss, wenn ich hier über die immense Bedeutung dieses Themas sprechen würde, und auch das ist wiederum ein Grund für die Ergänzung Ihres Antrages, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen.

Es ist aus unserer Sicht unerlässlich, das wäre der Wortlaut, "die weitere Unterstützung der nachhaltigen Erzeugung nachwachsender Rohstoffe, ihrer stofflichen und energetischen Verwertung zur Erzielung höherer Beiträge zur Begrenzung des Klimawandels" – auch ein Thema, was wir hier in diesem Hohen Hause behandelt haben –, "der Unterstützung regionaler Kreisläufe sowie der Erhöhung der Wertschöpfung im ländlichen Raum zu forcieren". Diesen Text schlagen wir als Punkt d) zur Ergänzung des Antrages der Koalitionsfraktionen vor.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Und, meine Damen und Herren, ich habe gestern auch in der Debatte über diesen Antrag zum Ausdruck gebracht, dass wir uns natürlich bei der energetischen Nutzung als einer Säule der Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe auf die dezentralen Lösungen konzentrieren wollen. Und bei dezentralen Lösungen, Herr von Storch, kommen dann solche Lösungen kaum zum Tragen oder wir können weitgehend verhindern, dass wir eine Monokultur im Umkreis von entsprechenden Anlagen zulassen können.

Im Übrigen hängt das mit der guten fachlichen Praxis unserer landwirtschaftlichen Unternehmen zusammen. Hier vertraue ich auf den Sachverstand unserer Landwirte, die eine hervorragende Arbeit leisten.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, hier liegt eine Zukunftschance für die Landwirtschaft, für die Umwelt und für die wirtschaftlichen Erträge der Branche. Verbinden wir also die weitere Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen im Nahrungsgütersektor mit der Förderung von industriellen Rohstoffen und Energieerzeugung. Es ist eine Perspektive des ländlichen Raumes, der flächendeckenden Landwirtschaft und der Erhaltung unserer Kulturlandschaft, nämlich die Beschäftigung mit diesem Segment der landwirtschaftlichen Produktion. Wenn die Koalitionsfraktionen den von Ihnen vorgelegten Antrag für unbedingt notwendig erachten, so meine ich, sollte er nicht nur auf das Erhalten bestehender Regelungen abstellen, sondern auch die Zukunftsfelder weiterentwickeln wollen. Und eines dieser Zukunftsfelder - das war auch im Beitrag von Minister Backhaus zum Ausdruck gebracht worden - ist die Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe. Auf diesem Gebiet haben wir in unserem Lande Mecklenburg-Vorpommern schon große Erfolge erzielt und es besteht auch weiter Gestaltungsbedarf. Diesen Gestaltungsbedarf sehen wir gerade bei der Darstellung der Rahmenbedingungen.

Ich bitte Sie deshalb noch einmal um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und bedanke mich beim Kreisbauernverband Nordwestmecklenburg für das Motto ihres agrarpolitischen Tages, das hier einem so guten Zweck für die Landwirte unseres Landes zugute kam. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Professor Tack.

Es hat jetzt das Wort Frau Peters von der SPD. Frau Peters, Sie haben das Wort.

Angelika Peters, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege von Storch und insbesondere auch Dr. Backhaus haben dieses Thema so ausführlich bearbeitet, sowohl in der Einbringung als auch in der Diskussion, dass ich die Hälfte meiner Rede habe auf dem Tisch liegen lassen und mich nur noch auf Weniges beschränken möchte.

Wir alle wissen, dass Hintergrund des Antrages von CDU und SPD die europäische Agrarreform aus dem Jahr 2003 ist und sie schon mehrfach Gegenstand der Diskussion hier in unserem Hause war. Ich möchte also nicht auf einzelne Inhalte noch einmal eingehen. So viel noch einmal zur Erinnerung: Die Beschlüsse der Agrarreform sorgen dafür, dass die landwirtschaftliche Erzeugung auf die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen auszurichten ist, den Landwirten ein angemessenes Einkommen zu sichern ist, weltweite Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen und neue Einkommensmöglichkeiten auf dem Land zu erschließen. Und genau dieser Intention folgt auch unser Antrag.

Aktueller Anlass unserer heutigen Beratung ist die für das Jahr 2008 anstehende Gesundheitsprüfung Health Check und nicht umsonst sorgen die von der Kommission "Gesundheitsprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik" – die aussagt, es soll keine Reform der Reformen

geben, sondern es soll sich lediglich um technische Korrekturen handeln – aufgeführten Prüfkriterien, die auch Dr. Backhaus schon genannt hat, für Unruhe. Selbst wir reagieren, wie Sie sehen, mit dem Antrag darauf. Unser Antrag soll die Landesregierung unterstützen, die Interessen unserer Landwirtschaftsunternehmen in dem anstehenden Zahlungsprozess zu wahren.

Ein Wort noch zu der in der Diskussion stehenden deutlichen Anhebung der obligatorischen Modulation zugunsten der zweiten Säule. Das würde bedeuten, dass mit der schon beschlossenen Modulation von fünf Prozent und der Absenkung der ersten Säule für den Beitritt von Bulgarien und Rumänien von circa 7 bis 8 Prozent im Endjahr 2013 des Planungszeitraumes die Landwirtschaftsunternehmen circa 17 bis 18 Prozent weniger Direktzahlungen zur Verfügung hätten. Wir bitten also darum, sich hier entsprechend einzusetzen. Auch die Vorstellung, eine größenabhängige Beihilfezahlung, sprich Kappungsgrenzen, einzuführen, würde insbesondere - das wurde mehrfach gesagt, ich möchte es aber trotzdem noch einmal betonen - unsere Landwirte benachteiligen. Wir fordern also Stabilität bis zum Ende der Programmperiode. Wenn Kürzungen für Direktzahlungen nicht zu verhindern sind, dann im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaftsunternehmen nur linear und mit geringen Freigrenzen für alle. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Peters.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Reese von der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor uns liegt einmal mehr ein unverbindlicher Antrag der Regierungsfraktionen.

(Beifall Gino Leonhard, FDP)

Dieser Antrag enthält aber erstaunlicherweise äußerst zutreffende Diskussionsrichtungen.

(Angelika Peters, SPD: Welchen haben Sie denn jetzt?)

Ganz nachzuvollziehen ist Ihre Argumentationsweise zwar nicht, denn einige Probleme hätten von Ihnen bereits über den Bundesrat angepackt werden können oder, wie Minister Backhaus ansprach, sind bereits geklärt. Weitere sind durch politische Entscheidungen, an denen auch Herr Backhaus beteiligt war, überhaupt erst entstanden. Trotzdem, der Tenor Ihres Antrages ist, verlässliche Politik zu gestalten. Demgegenüber sind wir selbstverständlich außerordentlich aufgeschlossen, denn genau das definieren wir Liberalen, wie Sie wissen, in unseren eigenen Ansprüchen an gute Politik.

(Beifall Gino Leonhard, FDP)

Aber wenn man verlässliche Politik fordert, sollte man sie auch selbst praktizieren. Wankelmütige Aussagen und Handlungsweisen des Ministers fördern in diesem Hinblick nicht das Vertrauen in die Politik.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Hierfür beispielhaft ist Ihr gestriges Verhalten zur Biodieselbesteuerung. Ein anderes Beispiel ist Ihre Reaktion zur grünen Gentechnik in der kürzeren Vergangenheit: (Minister Dr. Till Backhaus: Welche denn?)

einerseits die Förderung des Agrobiotechnikums in Groß Lüsewitz, Ja zum Versuchsanbau von GVO, Ja zum Anbau in einigen Regionen des Landes und dann plötzlich die Ablehnung der GVO und Verbot des Anbaus von GVO auf vom Land gepachteten Flächen. Das passt für uns nicht zusammen.

Der vorliegende Antrag als solcher ist zu unkonkret. Er enthält zum Beispiel keine Aussagen zum Thema Milch. Hier ist die Schaffung von Planungssicherheit durch einen definitiven Beschluss des Auslaufens der Milchquote in 2015 gemeint. Und, Herr Minister Backhaus, wenn das für Sie schon so sicher ist, warum formuliert man es dann nicht selbstverständlich und verbindlich in den Antrag mit hinein?

Weitere Punkte betreffen unter anderem Regelungen zu den EU-Finanzen, zu Erntehelfern, Agrardiesel und die 1:1-Umsetzung der Abstandsregelung zu Gewässern. Die in Ihrer Begründung zu Modulation und Kappungsgrenze gemachten Aussagen – das brauche ich, denke ich, nicht weiter zu kommentieren – sind korrekt und werden von uns auch vollkommen mitgetragen.

Zusammenfassend: Wir erkennen, dass Ihr Antrag durchaus in die richtige Richtung geht, aber noch überarbeitungsbedürftig ist. Deshalb beantragt die FDP-Fraktion die Überweisung des Antrags in den Agrarausschuss. – Danke schön.

(Beifall Ralf Grabow, FDP, und Gino Leonhard, FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Reese.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende von der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ein Eckpfeiler der europäischen Integration wird gern die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union beschrieben, denn sie ist einer der Politikbereiche, in dem die Mitgliedsstaaten wesentliche Teile ihrer nationalen Souveränität auf die EU übertrugen. In keinem anderen Politikfeld hat Brüssel in seiner Regelungswut eine höhere Aufeinanderfolge von Verordnungen erlassen. Nahezu die Hälfte des EU-Haushalts wurde in den letzten Jahren von der gemeinsamen Agrarpolitik belegt. Deutschland trägt als größter Nettozahler bei dieser Millionen-Euro-Verschieberei die Hauptbelastung. Im Jahr 2006 betrug der deutsche Anteil 20,3 Prozent. Natürlich ist die BRD dabei nicht gleichzeitig der größte Nutznießer. Diesen Platz nehmen beispielsweise Polen und Spanien ein. Und das Vereinigte Königreich erhält sogar ungerechterweise und für niemanden verständlich einen sogenannten Britenrabatt.

Zum Antrag von CDU und SPD. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft sollte der Prozess der Konzentration und Neuausrichtung der Fördermaßnahmen der ländlichen Räume einen Entwicklungsschub erhalten. In der EU-Sprachregelung heißt das, dass die Europäische Union langfristig die Weichen für eine nachhaltige marktwirtschaftliche und wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu stellen gewillt sei, was immer das auch heißt. Dabei werden folgende Ziele gesetzt:

- Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik
- erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe

- Reformen in der Agrarmarktpolitik
- die ländliche Entwicklung, die die nachhaltige Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Innovation und Steigerung der Wertschöpfung in ländlichen Räumen unterstützt

Ihr Bekenntnis und der Aufforderungsantrag, meine Damen und Herren der Koalition, sind demnach überflüssig. Wenn die gemeinsame europäische Agrarpolitik überhaupt einen Sinn hatte, verliert sie diesen zusehends, denn der Agrarprotektionismus ist immer schon ein ständiger internationaler Streitpunkt gewesen. Insbesondere die USA, Kanada, aber auch die Dritte Welt drängen auf eine weitere Liberalisierung des Weltagrarhandels. Zunehmend wurde Druck ausgeübt, sodass beginnend mit der Uruguay-Runde von 1986 diese mittlerweile in der Welthandelsorganisation einen festen Platz einnehmen über die McSherry-Reform von 1993 bis hin zu den aktuellen WTO-Verhandlungen der Doha-Runde, welche sich insbesondere den Interessen der Entwicklungsländer verschrieben hat, die sogenannten handelverzerrenden Agrarexportfördermaßnahmen abgebaut werden und die ärmsten der armen Entwicklungsländer freien Marktzugang in allen Industrieländern und in den Entwicklungsländern erhalten. Wenn das die Entwicklung bis 2013 sein soll, dann ist eine EU samt ihrer gemeinsamen Agrarpolitik entbehrlich, ja geradezu überflüssig wie ein Kropf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die NPD hat sich im Übrigen von Anbeginn dem Verwaltungsmonster, EU genannt, entgegengestellt, weil dieses technokratische Konstrukt unserem Land seit Jahrzehnten zum Nachteil gereicht und uns das Mark aus den Knochen saugt.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Dies wird sich durch die Aufnahme von immer mehr hungerleidenden Nationen zulasten der EU-Kernländer in Zukunft noch verstärken.

Wir sagen: Schluss mit dem EU-Agrarsubventionsschwindel! Schluss mit dieser EU-Bonzokratie auf Kosten der kleinbäuerlichen Strukturen! Raus aus dieser europäischen Zwangsjacke, die den Völkern von Großbanken und Großkonzernen angelegt wird! Auch oder gerade im landwirtschaftlichen Bereich stehen wir, die NPD, für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle, raumorientierte Wirtschaftsordnung. Agrarindustrielle Komplexe, wie sie die PDS so im Kopf hat, sind Gift für die kleinen und mittleren Existenzen. Wir von der NPD sagen: Wettbewerbsfähigkeit nicht durch noch mehr Agrarindustrie, sondern durch Stärkung der kleinen und mittelgroßen bäuerlichen Existenzen. Denn nur dort lässt sich gesunde Nahrung für unser Volk produzieren. Wir stimmen allerdings aufgrund der noch vielen offenen Fragen in dieser Angelegenheit der Überweisung dieses Antrags in den Ausschuss zu. -Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Pastörs.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Schlupp von der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Professor Tack, ich kenne und respektiere Ihr Engagement für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Nichtsdestotrotz: Ihr Änderungsantrag passt nun mal nicht zu unserem Antrag.

Und, Frau Reese, es ist sicherlich so, dass wir Agrarpolitiker uns manchmal auch mehr Verbindlichkeit in unseren Anträgen wünschen würden, allerdings, wie gesagt, viele maßgebliche Beschlüsse werden nun mal in der EU gefasst, und wir sind ein Landesparlament,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das heißt, verbindliche Beschlüsse zu fassen in einem Landesparlament ist in dem Maße nicht möglich. Unser Antrag bezieht sich auf ein EU-Thema

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und von daher kann unser Antrag diese Verbindlichkeit nicht haben, die Sie sich vielleicht wünschen.

Und, Herr Pastörs, zu Ihnen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr schön.)

Wir haben in unserem Antrag nicht auf Beschlüsse aus der deutschen Ratspräsidentschaft abgestellt, sondern auf Beschlüsse zur gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013, das ist was ganz anderes.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist nichts anderes. Ich habe mich darauf bezogen.)

Aber ich möchte mich jetzt in meinem Beitrag

(Udo Pastörs, NPD: Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, dass ich das gesagt habe.)

auf das besondere Problem der großen landwirtschaftlichen Betriebe mit den im Rahmen des Health Check diskutierten Ansätzen einer möglichen Einführung von Kappungsgrenzen oder anderen nicht linearen Kürzungsmodellen konzentrieren. Von daher bin ich sehr froh, dass schon der Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Tietböhl, beim Parlamentarischen Abend am Dienstag dieser Woche zu Recht darauf hingewiesen hat, dass große agrarische Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern eine lange Tradition haben.

Dieses Thema lohnt es sich intensiver zu beleuchten. Beginnen will ich dabei mit dem Zeitraum 1952 bis 1960 und den in dieser Zeit gegründeten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, aus denen sich im Laufe der Zeit Großbetriebe mit im Durchschnitt mehreren Tausend Hektar Bewirtschaftungsfläche gebildet hatten.

(Udo Pastörs, NPD: Kapitalgesellschaften.)

Zudem spezialisierten sich diese Großbetriebe entweder auf Tier- oder auf Pflanzenproduktion. Diese Struktur bestimmte im Jahr 1990 die gesamte ostdeutsche Landwirtschaft. Während Tier- und Pflanzenproduktionen relativ schnell zusammengeführt und häufig auch verkleinert werden konnten, waren die großen Tierhaltungsanlagen weder teilbar noch losgelöst von flächenstarken Landwirtschaftsbetrieben zu betreiben.

Vor diesem Hintergrund entschied sich der Gesetzgeber bewusst dafür, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht einfach abzuwickeln, sondern einen Weg zur Umwandlung in Unternehmen bürgerlichen Rechts aufzuzeigen. Grundlage hierfür war das von der frei gewählten Volkskammer 1990 verabschiedete Landwirtschaftsanpassungsgesetz, das 1991 vom Bundestag novelliert wurde. Es war der erklärte politische Wille, dass sich landwirtschaftliche Großbetriebe herausbilden konnten. Diese Großbetriebe wurden durch die EU in die GAP-Förderung und auch in die nationale Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der

Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einschließlich Investitionsförderung einbezogen.

Vor diesem Hintergrund und vertrauend auf diese politischen Vorgaben haben sich die Landwirtschaftsbetriebe in unserem Land in den bekannten Strukturen erfolgreich entwickelt. Deshalb ist es nur logisch, allen Tendenzen, die große landwirtschaftliche Unternehmen schlechter stellen würden als Unternehmen mit geringerer Betriebsfläche, konsequent entgegenzutreten. Außerdem wird bei den Betriebsgrößenvergleichen gern vergessen, dass die Agrargenossenschaften als Nachfolgebetriebe der ehemaligen LPGen mit durchschnittlich 50 Mitgliedern eine große Zahl von Eigentümern aufweisen, die nun dafür bestraft würden, dass sie sich auf politische Grundsatzentscheidungen verlassen haben.

Eine solche politische Grundsatzentscheidung war auch das zur letzten Agrarreform formulierte Ziel, jeden Hektar fördertechnisch gleich zu behandeln. Diese Ungleichbehandlung durch die Einführung von Kappungsgrenzen oder nichtlinearer Kürzungsmodelle entstünde zum Beispiel dadurch, dass Großbetriebe für jeden Hektar die im Vergleich zu anderen Mitbewerberländern höheren EU-Standards vor allem in den Bereichen Natur, Umwelt und Tierschutz zu erfüllen hätten, ohne dafür für jeden Hektar auch den entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Und dass die Einhaltung dieser Standards mit erheblichen Nachweispflichten verbunden ist und genau kontrolliert wird, ist uns allen bestens bekannt. Es spricht also alles dafür, dass von vornherein allen Bestrebungen entgegengetreten wird, eine Ungleichbehandlung von Landwirtschaftsunternehmen einzuleiten. Von daher bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schlupp.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/588 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Wer enthält sich der Stimme? – Mit fünf Enthaltungen bei der Linkspartei.PDS, Zustimmung der FDP und NPD ist bei Ablehnung der Koalitionsparteien dieser Überweisungsvorschlag abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/628 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Linkspartei.PDS, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie Enthaltung der NPD ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/588. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktion der Linkspartei.PDS sowie Enthaltung der Linkspartei.PDS, einer Enthaltung der FDP, einer Zustimmung der FDP und Ablehnung der NPD ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern, Drucksache 5/598.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern – Drucksache 5/598 –

Das Wort zur Begründung hat Frau Dr. Linke von der Linkspartei.PDS.

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! "Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern", so der Titel unseres Antrages. Es ist verständlich, ja, es liegt in der Natur der Sache, dass Sie, verehrte Damen und Herren der Regierungspartei CDU, diesem unserem Oppositionsantrag zunächst einmal mit Ihrer Pressemitteilung widersprechen. Es ist dann aber doch erfreulich, dass Sie sich bei der Begründung dieses Widerspruchs teilweise auf den seit 1990 übergreifenden Konsens aller hier im Landtag und in den Regierungen in der Vergangenheit vertretenen Parteien besinnen und auf unsere Formulierungen zurückgreifen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Krankenhäuser sind bedeutsame Zentren der medizinischen Versorgung im Land. Ihnen obliegt gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten und den zahlreichen medizinisch-diagnostischen sowie medizinisch-therapeutischen Einrichtungen des Landes die schwierige Aufgabe, in einem dünn besiedelten Flächenland mit einer rückläufigen und älter werdenden Bevölkerung die flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung sicherzustellen. Das war eine Aufgabe der Vergangenheit, das ist eine Aufgabe der Gegenwart und das wird vor allem eine Aufgabe der Zukunft sein.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist eine öffentliche Aufgabe des jeweiligen Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Wir haben darüber viel gestritten, auch hier im Landtag, wie mittels der Krankenhausplanung diesem Sicherstellungsauftrag optimal entsprochen werden kann. In der Verknüpfung von bedarfsgerechter Planung und dualer Finanzierung liegt die herausgehobene Bedeutung der Krankenhausplanung. Die Plangröße von circa 85 Prozent Auslastung der stationären Kapazitäten ist in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Diese hohe Treffsicherheit ist Ausdruck einer ergebnisorientierten Planung der Beteiligten bei der Erarbeitung des IV. Krankenhausplanes im Jahr 2004 und damit die entscheidende Voraussetzung für einen effektiven Einsatz der finanziellen Mittel.

Ich stelle das noch einmal so heraus, weil die CDU in ihrer Pressemitteilung vom 7. Juni 2007 grandios irrt, wenn sie schreibt, ich zitiere: "Das Land kann in eigener Zuständigkeit lediglich über die Zukunft der beiden Universitätsklinika entscheiden, die als Anstalten des öffentlichen Rechts in Landesträgerschaft sind. Über die Weiterentwicklung und unternehmerische Neupositionierung der übrigen Krankenhäuser entscheidet jedes Haus eigenverantwortlich. So soll es auch bleiben". So weit die CDU. Ihren Ausführungen folgend, verehrte Abgeordnete der CDU, müssten wir akzeptieren, dass es keine staatliche Verantwortung für Planung und flächendeckende Sicherstellung von akut-stationären medizinischen Leistungen gibt. Hier beschreiben Sie eine Entwicklung, die Sie sich vielleicht wünschen, welche die Linkspartei.PDS und mit uns der Großteil der Bevölkerung aber ablehnen und die auch der herrschenden Gesetzeslage widerspricht.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Der Krankenhausplan als Instrument staatlicher Planung basiert zunächst einmal auf einer Bedarfsermittlung an akut-stationären medizinischen Leistungen und legt erst dann fest, durch wen diese erbracht werden. Krankenhäuser sind keine frei verfügbaren Instrumente für unternehmerische Strategien souveräner Unternehmen auf freien, durch Wettbewerb gekennzeichneten Märkten, wie die CDU vermutet, sondern Instrumente des öffentlich- rechtlichen Gesundheitssystems, um die im System angelegten Ziele der bedarfsgerechten, flächendeckenden Versorgung tatsächlich zu erreichen.

Die Krankenhausträger werden durch einen gesetzlichen Rahmen zu Handlungen aufgefordert, denen sie sich nicht verweigern können. Sie müssen zum Ziel der Kostensenkung beitragen, nicht nur indem sie für sich selbst alle Möglichkeiten betrieblicher Art ausschöpfen und Kosteneinsparpotenziale in die Budgetverhandlungen einbringen. Das betrifft natürlich jedes einzelne der 35 Krankenhäuser im Land, ob es nun ein eigenständiges kommunales Krankenhaus wie das Klinikum Südstadt in Rostock ist oder im gemeinnützigen Verbund, wie zwischen Neubrandenburg und Malchin organisiert, beziehungsweise ob im oder am Krankenhaus ein MVZ oder eine niedergelassene Arztpraxis angesiedelt ist. Das alles beeinflusst den Charakter dieser öffentlichen Aufgabe in keiner Weise.

Nun müsste das, was die CDU Mecklenburg-Vorpommern schreibt, uns nicht unbedingt irritieren, wenn es nicht seit einem Jahr den Auftrag gäbe, die duale Krankenhausfinanzierung auf deren Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Verschiedene Ministerkonferenzen und andere Gremien sind mit dem Prüfauftrag befasst. Die Linkspartei.PDS wendet sich mit dem vorliegenden Antrag gegen einen Ausstieg aus der dualen Krankenhausfinanzierung.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

Wir wenden uns damit gegen den Ausstieg aus der steuerfinanzierten Übernahme von Investitionskosten zur Absicherung der Bedarfe an akut-stationären medizinischen Leistungen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die hervorragenden Leistungen unserer Krankenhäuser, die täglich erbracht werden, basieren auch auf deren guter Ausstattung. Mehr als 1,7 Milliarden Euro öffentlicher Gelder sind im Rahmen der dualen Finanzierung seit 1991 in die Rekonstruktion

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

beziehungsweise in den Neubau der Krankenhäuser des Landes Mecklenburg-Vorpommern geflossen.

(Harry Glawe, CDU: Zeigen Sie mir das Gesetz, wo das drinsteht, dann glaube ich Ihnen das.)

Durchweg sind die Krankenhäuser neu gestaltet und ausgestattet worden.

Herr Glawe, es ist wunderschön, dass es uns gelungen ist, dass wir heute sehen können, dass der Neubau in Neustrelitz ebenfalls im Werden begriffen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ein Ausstieg aus der dualen Finanzierung käme dem Übergang zur monistischen Kassenfinanzierung gleich. Welche Gründe sprechen dagegen? Der Prozess einer bedarfsgerechten Krankenhausplanung wird gefährdet. Kassen haben Eigeninteressen. Monistik bedeutet Kassenfinanzierung. Kassen wollen Geld sparen, auch wenn damit Einschränkungen oder Zusatzbelastungen für die Patienten, wie zum Beispiel ein regional eingeschränktes Leistungsangebot und längere Wege, verbunden sind. Die Gesundheitsreform 2007 hat das Problem der Beitragsschwäche der gesetzlichen Krankenkassen nicht thematisiert, folglich auch nicht gelöst. Kassen werden möglicherweise Bedarfe anders definieren, um Ausgaben zu mindern. Das flächendeckende Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Der Kostenträger wird die Planungsverantwortung beanspruchen.

Denken Sie an die Entwicklung der stationären Rehabilitation in Mecklenburg-Vorpommern. Diese zeigt das unbefriedigende Ergebnis von fehlender staatlicher Planung und Förderung in einem wichtigen Teilbereich des Gesundheitswesens. Hier wurde in einem freien Wettbewerb mit Billigung der Kassen ein Mehrfaches an bundesweit üblichen und landesweit erforderlichen Kapazitäten geschaffen. Die so entstandenen Überkapazitäten führen immer wieder zu unzureichender Auslastung bis hin zur Insolvenz – wir denken an die Klinik Dierhagen – und zum Teil zu einem Preiskampf zulasten der Beschäftigten.

Warum ist die Linkspartei.PDS weiterhin dagegen, dass wir zur monistischen Finanzierung übergehen?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Kosten für Investitionen müssten dann von den Beitragszahlern übernommen werden. Das heißt, Monistik bedeutet hundertprozentige Beitragswirksamkeit der Investitionskosten für den stationären Bereich. Das Gesundheitswesen wird damit weiter für marktwirtschaftliche Mechanismen geöffnet, es wird eine Entwicklung eingeleitet, die zulasten der Patientinnen und Patienten, aber auch der Beschäftigten geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, im Interesse einer bedarfsgerechten, flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes mit stationär-akuten Einrichtungen im Interesse des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern bitte ich Sie, setzen Sie sich mit uns gemeinsam für den Erhalt unserer 35 Krankenhäuser, einschließlich deren Weiterentwicklung und deren weiterer Nutzungsformen im Rahmen des Gesundheitswesens, ein! Stichwort MVZ. Ich bitte Sie, setzen Sie sich für den Erhalt der dualen Krankenhausfinanzierung ein! Ich bitte Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Linke.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der SPD. Herr Nieszery, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Linke, Sie haben Glück, ich komme der Bitte von Frau Gramkow nach, jetzt nicht allzu doll draufzuhauen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Das ist auch gut so.)

Das werde ich auch nicht tun, nein, ich werde es nicht tun, weil ich denke, wir sind es uns als Demokraten schuldig, uns konstruktiv mit den Anträgen des jeweils anderen auseinanderzusetzen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber, Frau Linke, es ist schon erstaunlich, wie wenig Vertrauen Sie in Ihren eigenen Krankenhausplan haben.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Nein, wir haben großes Vertrauen, deshalb haben wir heute den Antrag eingebracht.)

Es geht jetzt um diesen Krankenhausplan, da ist sogar noch Ihr Bild drin, Frau Linke. Der Krankenhausplan schreibt fest, das kann man hier im Antrag nachlesen, wir sind für eine bedarfsgerechte, flächendeckende, wohnortnahe Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes, sprechen uns für den Erhalt der 35 Krankenhäuser aus. Das alles ist die Philosophie dieses Krankenhausplanes, Frau Linke. Und wenn Sie sich richtig daran erinnern können, dann waren es die Fachpolitiker der Regierungskoalition, die diese Philosophie teilweise auch gegen Ihren Widerstand in diesen Krankenhausplan hineinformuliert haben, Frau Linke.

(Heiterkeit bei Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Aber nun keine Märchenstunde!)

Ich habe hier noch den Grundsatzbeschluss – den hat auch Herr Koplin seinerzeit mit unterzeichnet –, der eigentlich Präambel dieses Krankenhausplanes sein sollte und der genau darauf Bezug nimmt, was Sie hier in Ihrem Antrag in Punkt 1 fordern. Das ist alles schon Bestandteil des Krankenhausplanes.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir stehen nach wie vor zu den 35 Krankenhäusern hier im Land, denen wir natürlich auch im Rahmen des Krankenhausplanes Auflagen gegeben haben. Wir haben ihnen die Auflage gegeben, sich umzustrukturieren, teilweise zu medizinischen Versorgungszentren, zwischen den Häusern Kooperationen einzugehen und so weiter und so fort. All das steht im Krankenhausplan.

Kein Krankenhaus, meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern ist durch die Politik derzeit infrage gestellt. Wir haben aber nichtsdestotrotz zwei Problemkreise in Zukunft, und zwar in naher Zukunft, abzuarbeiten. Wir haben es mit einer hochgradigen Privatisierung unserer Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Das ist ein Sachverhalt, den wir nur schwer beeinflussen können, aber wir sollten sowohl in den Kommunen als auch im Land darauf achten, dass es bei der Übernahme durch private Träger nicht zu Monopolstellungen einzelner Konzerne kommt, weil ich glaube, dass dann die privaten Krankenhausträger versuchen werden, eine Krankenhausplanung zu machen, die allein marktwirtschaftlichen Kriterien untergeordnet wird. Und das ist auf keinen Fall gut für die Patienten.

Das zweite Problem haben Sie in Ihrem Antrag unter Punkt 2 subsumiert und das ist die Zukunft der Krankenhausfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Und in der Tat gibt es dort, ich sage mal, einen gewissen Richtungsstreit. Sie befürchten eine rein monistische Krankenhausfinanzierung, das heißt, die Kostenträger und damit die Beitragszahler zahlen beispielsweise einen Zuschlag zu den DRGs, der für Investitionen genommen wird, und demzufolge entscheiden auch die Kostenträger über die Standorte der einzelnen Krankenhäuser, das heißt, die strukturpolitische Planungskomponente für das Land wird auf die Kassen übertragen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das wäre auch aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD sicherlich das Schlimmste, was uns passieren könnte, aber ich glaube auch nicht, dass es dazu kommen wird. Die Gesundheitsminister haben dementsprechend auch schon beraten, Frau Linke.

(Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Ich weiß nicht, ob Ihnen die Grundlagen dieser Planung bekannt sind. Ich möchte Sie trotzdem noch einmal zitieren, weil ich diesen Märchen keinen Vorschub leisten möchte. Es gibt dort unter der Beschlusslage folgende Festlegung, ich zitiere: "Bei der Entscheidung über die Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und -finanzierung sind folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:

- 3.1 Die Gewährleistung der Krankenhausversorgung ist eine staatliche Aufgabe.
- 3.2 Die Länder haben die Letztverantwortung in Form der Gewährleistungsträgerschaft.
- 3.3 Auch künftig wird staatlich verantwortete Krankenhausplanung notwendig bleiben. Die Detailtiefe der Krankenhausplanung" kann "zugunsten einer Rahmenplanung" zurückgeführt werden, die sich standortbezogen insbesondere auf die Sicherstellung einer "Grund- und Notfallversorgung" bezieht und regionen- und länderbezogen die bedarfsnotwendigen Versorgungskapazitäten definiert.

Frau Linke, wir sind weit davon entfernt, hier ein monistisches System dauerhaft zu etablieren. Das ist die Festlegung der Gesundheitsminister und an diesem Gerüst werden sie sich bei der weiteren Beratung entlanghangeln.

Ich darf noch einmal zusammenfassen, um das ganz deutlich vorzutragen:

Erstens. Kein Krankenhaus in Mecklenburg-Vorpommern ist in seiner Existenz durch politische Entscheidungen gefährdet. Dafür wird die SPD-Fraktion nach wie vor, Frau Linke, mit aller Entschiedenheit kämpfen.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Zweitens. Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem, wenn auch in absehbarer Zeit modifizierten dualen Finanzierungssystem für unsere Krankenhäuser, in dem das Land vor allem die Planungshoheit über die Krankenhausstandorte behält. Diese Festlegungen stehen zum größten Teil, das habe ich auch schon betont, in Ihrem Krankenhausplan, Frau Linke. Dieser besitzt Gültigkeit bis zum 31.12.2008 und bedarf auf keinen Fall der Auffrischung durch diesen überflüssigen Antrag.

(Harry Glawe, CDU: Genau. Das finde ich richtig.)

Deshalb lehnt die SPD-Fraktion diesen Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS ab.

(Harry Glawe, CDU: Richtig. – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das ist sehr bedauerlich.) Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der FDP. Herr Grabow, Sie haben das Wort.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich habe mich vorbereitet und ich hätte jetzt ähnlich wie Herr Nieszery ...

(Jörg Heydorn, SPD:

Das erwarten wir auch von Ihnen. –

Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Herr Heydorn, geben Sie mir doch wenigstens eine Chance, dass ich anfangen kann, bevor Sie mich gleich wieder unterbrechen.

Ich habe mich genauso gut vorbereitet. Auch ich habe mir den Krankenhausplan durchgelesen und festgestellt, eigentlich sind da viele Sachen grundsätzlich gesagt, die heute nicht anders sind wie damals, wo ich davon ausgehe, dass das heute Bestand hat und dass das weiter so bestehen wird.

Herr Nieszery, die Gesundheitsministerkonferenz schreibt auf Seite 3 zum Beispiel, ich will es vorlesen: "Sowohl das duale als auch das monistische Finanzierungssystem können auf Dauer nur bestehen, wenn sie mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden."

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Eben, eben. Das ist es. Das ist der springende Punkt.)

"Die monistische Finanzierung stellt heute noch keine Alternative zum gegenwärtigen dualen System dar." Ich glaube, das haben alle gesagt, also das ist deutlich geworden.

Ich will hier auch einmal einen Dank sagen an die Krankenhausträger,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und zwar die privaten und die gemeinnützigen. Es ist ja die Mehrheit, die hier im Lande ist. Wenn wir einmal gucken, gibt es noch drei Krankenhäuser, eins davon in Rostock. Darüber diskutieren wir gerade, in welcher Struktur das irgendwann einmal landen soll.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Ich möchte auch da einen Dank sagen. Und ich glaube, dass sie eine sehr, sehr gute Arbeit hier im Lande tun als Träger.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Außer Zweifel.)

Und ich glaube, sie haben bewiesen, dass Krankenhäuser in privater oder gemeinnütziger Hand funktionieren können und die medizinische Versorgung unseres Landes darstellen.

Ich gehe davon aus, da das Gesetz bis 2008 geht, dass wir in diesem Jahr noch eine Verlängerung im Ausschuss erwarten dürfen. Insofern glaube ich auch, dass dieser Antrag heute zu diesem Zeitpunkt nicht unbedingt sein müsste. – Vielen Dank.

(Beifall Werner Kuhn, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Rühs von der CDU.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land hat eine sehr gut ausgestattete Krankenhauslandschaft mit derzeit 35 Krankenhäusern. Sie gewährleisten eine flächendeckende, wohnortnahe stationäre medizinische Versorgung und auch im Bereich der ambulanten fachärztlichen Versorgung sind sie insbesondere in der Maximalversorgung und in dünn besiedelten ländlichen Gegenden unentbehrlich. Die Krankenhauslandschaft ist aber nicht statisch, sie entwickelt sich weiter, sie passt sich an die veränderten Rahmenbedingungen an und an neue Bedarfe. Stillstand bedeutet wie überall im Leben auch hier Rückschritt. Das wollen wir nicht. Daher können wir die Botschaft der Linkspartei.PDS, alles soll so bleiben, wie es gegenwärtig ist, nicht befürworten und auch nicht unterstützen.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt doch nicht, Herr Rühs. Das steht dort nicht.)

Der permanente Wandel macht auch vor unseren Krankenhäusern nicht halt. Das haben die letzten Jahre bereits deutlich bewiesen. Außerdem wird die unserem Land noch bevorstehende demografische Entwicklung in den kommenden Jahren einen größeren Wandel erforderlich machen. Die Alterung der Bevölkerung wie auch die der Ärzteschaft sowie der gleichzeitige dramatische Rückgang der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsdichte wird insbesondere in den strukturschwachen ländlichen Regionen zu erheblichen Veränderungen führen. Ziel muss hierbei stets sein, dass die flächendeckende medizinische Versorgung zukünftig möglichst wohnortnah erbracht wird. Kein Standort soll somit geschlossen werden. Das heißt aber nicht, dass wir zukünftig weiterhin 35 Krankenhäuser haben werden. Ob alle 35 Krankenhäuser in der bestehenden Form als eigenständige Häuser erhalten bleiben, ist nicht von Bedeutung. Vielmehr kommt es ausschließlich darauf an, dass, wie bereits gesagt, an den bestehenden Standorten auch in Zukunft eine flächendeckende stationäre medizinische Versorgung auf hohem Niveau gewährleistet ist.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Die Vergangenheit hat bereits gezeigt, dass durch Fusionen und Kooperationen schwach ausgelastete Standorte gestärkt werden konnten. Wenn sich die Anzahl der Krankenhäuser in den nächsten Jahren weiter reduzieren sollte, so ist damit nicht eine Reduzierung der Standorte verbunden. Beste Beispiele sind das AMEOS Diakonie-Klinikum in Ueckermünde mit den Standorten Ueckermünde und Anklam oder das Krankenhaus Altentreptow, das jetzt zum Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum in Neubrandenburg gehört. Im Übrigen ist dies eine unternehmerische Entscheidung der jeweiligen Träger und Gesellschafter der Krankenhäuser. Das Land kann lediglich über die Zukunft der beiden Universitätsklinika entscheiden, die als Anstalten des öffentlichen Rechts in Landesträgerschaft sind.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sie haben Frau Dr. Linke aber auch überhaupt nicht zugehört.)

Über die Weiterentwicklung und unternehmerische Neupositionierung der übrigen Einrichtungen entscheidet jedes Haus beziehungsweise jeder Träger eigenverantwortlich. Die Politik gibt lediglich den rechtlichen Rahmen vor und der lässt inzwischen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten zu.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Darüber wird der Minister ja gleich reden, ne?)

Ob aber im jeweiligen Einzelfall die Möglichkeit zur Gründung eines medizinischen Versorgungszentrums tatsächlich genutzt werden kann, das kann keinem Träger vorgeschrieben werden. Ferner kann die duale Krankenhausfinanzierung, die ebenfalls Thema dieses Antrags ist, gar nicht von heute auf morgen durch die Monistik ersetzt werden.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Den Krankenkassen fehlt das Geld hierzu und die Länder können sich somit nicht einfach ihrer Verantwortung zulasten der Krankenversicherung entledigen. Somit ist auch dieser Teil Ihres Antrags ein Sturm im Wasserglas, der von Ihnen als großer Orkan dargestellt wird. Wir lehnen daher den Antrag ab. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Herr Rühs! – Heiterkeit bei Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Unser Glas ist sehr groß, Herr Rühs.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühs.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Koplin von der Linkspartei.PDS. Herr Koplin, Sie haben das Wort.

Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Danke schön, Herr Präsident.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun haben alle Vorredner nach der Einbringung gesagt, dass sie diesen Antrag ablehnen werden.

(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Das bedaure ich sehr, weil ich jetzt versuchen muss, Sie noch mal umzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ja, ich versuche es, denn Sie sind aus meiner Sicht stark in der Meinung gewesen, aber schwach im Argument,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

weil Sie entweder den Antrag missverstanden haben oder ihn missverstehen wollten, Herr Glawe,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

denn es stimmt nicht, es ist nicht so, sehr verehrter Herr Rühs, dass wir alles so lassen wollen, wie es jetzt ist. Es steht eine Wertschätzung der Krankenhausstruktur niedergeschrieben im ersten Punkt des Antrages und es ist die Rede von einer Weiterentwicklung. Es geht nicht um die Zementierung des jetzigen Zustandes. Das ist nicht Intention unseres Antrages. Und es ist auch nicht unsere Intention gewesen, ein etwaiges Misstrauen gegenüber der Krankenhausplanung faktisch an die Wand zu malen. Gleichwohl ist es so, Herr Grabow, Herr Dr. Nieszery und Herr Rühs, die Krankenhausstruktur, die wir im Land Mecklenburg-Vorpommern haben, ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

In den letzten zwölf Monaten sind bundesweit 31 Standorte vom Netz gegangen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

trotz der Tatsache, dass die Länder dort Gestaltungsspielraum haben, Gestaltungsspielraum genutzt haben und etwaige Planungen auf den Weg gebracht haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber bei uns ist das nicht so. Insofern ist es eine Wertschätzung, diesen Zustand, den wir hier haben, noch einmal darzustellen. Und es ist auch unter dem Aspekt bemerkenswert: Wenn man einen Radius um die Standorte schlägt, 30 bis 50 Kilometer, dann kann in diesem Radius jede Bürgerin, jeder Bürger dieses Landes, jeder, der sich hier aufhält in diesem Land, rasch und qualitativ hochwertig eine stationäre medizinische Versorgung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist, wie gesagt, keine Selbstverständlichkeit, denn die Krankenhäuser stehen unter einem enormen Druck. Einen Teil dieses Drucks haben Sie seitens der CDU und SPD als Koalitionäre zu Beginn des Jahres mit dem sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz auf den Weg gebracht. Sie haben per Gesetz die Krankenhäuser verpflichtet, 380 Millionen Euro einzusparen. Wo werden sie die wohl einsparen? – Pünktchen, Pünktchen!

Und es gibt den Standortwettbewerb der Krankenhäuser untereinander. Der Hintergrund dessen ist, dass alle Bereiche des menschlichen Lebens zunehmend ökonomisiert werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und weil wir das nicht wollen, dass Gesundheit eine Ware ist, weil wir wollen, dass die Krankenhäuser weiterhin eine Zukunft haben und sich gedeihlich entwickeln können, haben wir diesen Antrag hier eingebracht.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Der Wettbewerb, den wir also nicht verneinen, der Wettbewerb um bessere Qualität, das ist gar keine Frage, muss immer, wenn er nicht ruinös sein soll, sozial eingebunden sein, und dem sprechen wir das Wort. Anderenfalls haben wir auch auf diesem Gebiet Zustände wie im Raubtierkäfig

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und im Raubtierkäfig, Herr Glawe, gibt es keine Verteilungsgerechtigkeit.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Erhalt der Krankenhäuser setzt also Solidarität im Gesundheitswesen voraus. Letztlich, Solidarität, meine Damen und Herren, rechnet sich.

Ein zweiter Punkt, der angesprochen worden ist – und auch der ist von den Vorrednern der Koalitionäre und der FDP leider missverstanden worden oder bewusst missverstanden worden –, ist die Frage nach der Monistik beziehungsweise dem Erhalt, wofür wir uns aussprechen, der dualen Finanzierung. Mehrfach ist erwähnt und zitiert worden die Beschlusslage der 80. Gesundheitsminister-

konferenz vom 8. März dieses Jahres. Das Interessante ist, Herr Dr. Nieszery hat nur bis zu einem bestimmten Punkt vorgelesen, und zwar da, wo die staatliche Verantwortung hervorgehoben wird, und hat dann aufgehört. Herr Grabow hat eine Passage vorgelesen, die ich Ihnen auch noch mal zu Gehör geben möchte, und hat sie gleich gänzlich missverstanden, denn diese Beschlusslage ist pflaumenweich, mit der kann man nicht viel anfangen.

(Heiterkeit bei Minister Erwin Sellering: Natürlich.)

Da steht: "Die Investitionsentscheidungen sollen sich stärker an betriebswirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten und daher von den Krankenhausträgern grundsätzlich eigenverantwortlich getroffen werden. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, brauchen die Krankenhäuser Finanzierungssicherheit bei ihren Investitionen." So weit, so gut, so schlecht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

"Sowohl das duale als auch das monistische Finanzierungssystem" – haben wir ja noch gar nicht, aber es wird schon unterstellt, dass es kommt, und das ist unsere Sorge, sehr geehrte Damen und Herren –

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

"können auf Dauer nur bestehen, wenn sie mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden." Also wenn wir das Geld nachgeschoben haben, dann machen wir die Monistik, dann kriegen wir das auch hin. Und da wollen wir vor sein, auch mit einem Votum des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

"Die monistische Finanzierung stellt heute noch keine Alternative zum gegenwärtigen dualen System dar." Zitatende.

(Harry Glawe, CDU: Na also! Das ist doch eindeutig.)

Ich füge an:

(Harry Glawe, CDU: Das ist eindeutig formuliert.)

Aber morgen vielleicht, sehr geehrte Damen und Herren.

(Harry Glawe, CDU: Besser kann man es gar nicht machen.)

Und da sind wir ...

(Harry Glawe, CDU: Deswegen ist der Antrag völlig überflüssig.)

Der ist nicht überflüssig.

(Harry Glawe, CDU: Sie wollten nur ein bisschen Theater machen.)

Der Mechanismus, der dann in Gang gesetzt wird, Herr Glawe, und das wissen Sie, Sie sind Experte auf dem Gebiet, ...

(Michael Roolf, FDP: Was?!)

Das ist er, der Herr Glawe,

(Michael Roolf, FDP: Oh!)

und er weiß es, er weiß es eigentlich besser,

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS) denn diese Monistik würde zu einem Wettbewerb führen, der ruinös ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und ich habe mir das mal angeschaut. Lassen Sie mich drei Zahlen nennen. Wie entwickelt sich denn der Wettbewerb? Der entwickelte sich allein im letzten Jahr so, dass auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner drei Bettenplätze abgebaut wurden,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Anzahl der Patientinnen und Patienten, die durch einen Arzt betreut werden, jedoch um – hier muss ich nachgucken – 4,79 Fälle je Arzt je Monat gestiegen ist. Und bei den Pflegekräften – das dürfte Sie sehr interessieren, Herr Glawe –

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

sind das 8,77 Fälle pro Pflegekraft. Das heißt, die Leute, die nicht mehr verdienen, haben höhere Ausbeutung, eine Selbstausbeutung, die dort stattfindet auf Grundlage struktureller Entscheidungen, und die wollen wir nicht haben. Wir wollen die duale Finanzierung weiterhin.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber was hat das mit der Monistik zu tun? Was hat das mit der Monistik zu tun?)

Das will ich Ihnen gerne sagen, Herr Heydorn:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die wird durch die Monistik befördert, also in Gang gesetzt sowieso, letztendlich befördert und erreicht eine Dynamik, die schlecht ist für die Menschen. Wenn Sie etwas Gutes wollen für die Menschen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich hoffe, ich habe Sie überzeugen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Wir werden es ablehnen. – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Mich hast du überzeugt.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Koplin.

Es hat jetzt um das Wort gebeten der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering. Herr Sellering, Sie haben das Wort.

Minister Erwin Sellering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Koplin, ich habe jetzt Ihren Antrag noch mal mitgebracht, um ihn mir genau durchzulesen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Was, erst jetzt?!)

damit ich Ihnen nicht Unrecht tue und irgendwas missverstehe. Also: "Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern". Ich denke, da können wir alle zustimmen, das wollen wir. Aber damit ist es ja nicht zu Ende, sondern Sie haben noch zwei Ziffern, und über die müsste man sich mal unterhalten.

Die Frage, die sich mir als Erstes stellt, ist: Worauf zielt dieser Antrag eigentlich ab? Was ist das für ein Antrag? Wir haben hier in den letzten Wochen häufiger Anträge von der Regierungskoalition gehabt, wo die Opposi-

tion gesagt hat, es sind Schaufensteranträge, weil die Anträge die Möglichkeit für die Ministerien der Regierungskoalition gaben, darzustellen, was sie im Moment Gutes leisten.

(Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Kann man als Schaufensterantrag betrachten. Dann, würde ich denken, ist das hier ein rückwärtsgerichteter Schaufensterantrag, weil eigentlich alles, was ich hier gehört habe, ist: Das haben wir gut gemacht. Und das kann ich nur bestätigen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: So schlecht haben Sie ja noch nie argumentiert!)

Das kann ich nur bestätigen. Wir waren früher zusammen in einer Koalition und wir haben eine gute Politik gemacht, gar keine Frage.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die nächste Frage ist aber jetzt: Wenn wir diesen rückwärtsgerichteten Schaufensterteil abgearbeitet haben, dann nehme ich an, liebe Frau Linke, das, was Sie noch haben, das wird immer weniger werden, sich langsam auswachsen und dann sind wir mit den rückwärtsgewandten Schaufensteranträgen irgendwann durch, weil wir natürlich fortschreiten in der Regierungsarbeit.

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Wir kommen erst in Wallung! Wir kommen erst in Wallung! – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Die nächste Frage ist, dass Sie, wenn wir diesen Teil haben, hier zwei wichtige Punkte ansprechen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist unter seiner Würde.)

Da ist eben gesagt worden, das sei in die Zukunft gerichtet. Das kann ich so nicht sehen. Wenn ich Sie beim Wort nehme, sprechen Sie sich für den Erhalt aus – einmal für den Erhalt einer bestimmten Zahl von Krankenhäusern und beim zweiten Mal für den des dualen Krankenhausfinanzierungsmodus. Bei beiden Punkten würde ich warnen. Ich würde Herrn Rühs durchaus Recht geben und sagen, gerade das Gesundheitswesen hat eine gewisse Dynamik,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dass wir es weiterentwickeln.)

da sollten wir uns, liebe Frau Gramkow, die Möglichkeiten erhalten, darauf zu reagieren.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Die Weiterentwicklung.)

Also das Festschreiben zum Beispiel der Zahl 35 ist schon deshalb problematisch, weil es jetzt bereits 34 sind.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Da haben wir ein Problem. Und natürlich kann es sein, dass sich weitere dynamische Entwicklungen ergeben und dass wir darauf vernünftig reagieren müssen. Positiv finde ich in Ihrem Teil, dass Sie selbst schon sehen, 35, das ist eine problematische Zahl, weil rückgehende Einwohnerzahl, und deshalb auf die Weiterentwicklung als Zentren der medizinischen Versorgung verweisen. Das ist ein wichtiger Punkt, an dem wir arbeiten. Also so kann

man das wohl nicht beschließen und sagen, 35 Krankenhäuser, allens blifft bi'n Ollen. Das geht wohl nicht.

Der zweite Teil ist das duale Finanzierungssystem. Da, meine ich, müssen wir mal ganz genau hinschauen. Damit wird sich demnächst die GMK beschäftigen.

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Eben ist hier gesagt worden, die Formulierung sei pflaumenweich. Natürlich ist sie pflaumenweich. Das ist doch das Anzeichen dafür, dass man sich auf nichts einigen kann. Dann schreibt man was Pflaumenweiches rein und sagt, beim nächsten Mal kümmern wir uns erneut darum. Die Frage duales System oder monistisches System steht auf der Tagesordnung, wird diskutiert werden. Und ich habe mich hier extra als Letzter gemeldet, um zu sehen, was ich in zwei Wochen zur GMK vielleicht an wunderbaren klugen Argumentationen, die hier gekommen sind, mitnehmen kann, um noch stärker die Interessen des Landes wahrzunehmen. Ich bedanke mich also für die Beiträge.

Für mich ist das Wichtigste, dass wir uns nicht auf Schlagworte wie "dual" und "monistisch" festlegen lassen. Da würde ich Ihnen auch nicht recht geben, Herr Koplin, denn Sie haben monistisch in einem ganz bestimmten Sinne verstanden. In dem Sinne würde ich den Begriff sehr fürchten. Aber auch bei der monistischen Finanzierung ist einiges möglich, was in ein solidarisches Gesundheitssystem passen würde. Für mich ist das Wichtigste – die Erklärung möchte ich hier abgeben und darauf, denke ich, können wir uns verständigen –, es muss dafür, egal wie wir das finanzieren, immer eine klare staatliche Mitverantwortung geben,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Ja, das ist wichtig. – Zuruf von Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS)

wo was passiert, selbst wenn wir klar wissen, dass das natürlich unternehmerische Entscheidungen sind. Deshalb haben wir ja die Mechanismen des Krankenhausplanes.

Aber vielleicht muss man bei dieser Gelegenheit auch mal auf eines hinweisen, auf einen Punkt, der mir immer sehr problematisch erscheint oder jedenfalls so, dass wir darüber nachdenken müssen: Wir haben ein solidarisches Gesundheitssystem, was also bedeutet, dass man herangezogen wird unter dem Gesichtspunkt der Solidarität, und gleichzeitig haben wir in diesem solidarischen System Wettbewerb. Wir sehen den Wettbewerb häufig unter dem Aspekt, das senkt die Kosten. Sehr nett gesagt. So sehen wir das heute. Wettbewerb bedeutet, dass jemand im solidarischen System Gewinn macht. Und das ist für mich etwas, das muss man immer im Hinterkopf behalten. Das ist deshalb vertretbar und hinnehmbar, weil es hoffentlich gleichzeitig, das ist unsere Überzeugung, zu Kostensenkungen führt. Aber in einem System, wo ich sage, das wird solidarisch finanziert, bestimmten Gruppen die Gewinnmöglichkeit ganz selbstverständlich einzuräumen, das muss man mit einem Fragezeichen versehen und das erfordert ganz sicherlich immer, dass wir staatlich an diesem System steuernd teilnehmen. Das wird man machen müssen, auch wenn man zu einer Monistik schwenken sollte. Ich sehe noch nicht, dass das kommt.

Man muss klar sagen, dass es nicht nur um verschiedene Finanzierungsmodelle geht. Es geht um massive Interessen. Die massiven Interessen an der Einführung

der Monistik bestehen natürlich in Ländern, die eine völlig andere Entwicklung genommen haben als wir. Hier ist eben schon völlig zu Recht gesagt worden, dass seit 1990 eine Riesensumme investiert worden ist und wir eine sehr moderne Krankenhauslandschaft haben. Es gibt andere Länder, die sich jetzt vor der Aufgabe sehen, viel Geld aufbringen zu müssen, wenn es nicht zu einer monistischen Lösung kommt, die dann allerdings genau so, wie Sie sagen, verstanden wird: Abdrücken auf den Beitragszahler. Das kann man, denke ich, so nicht mitmachen.

Aber insgesamt muss man sagen, wir werden auf der GMK diskutieren. Da wird auf gar keinen Fall eine Entscheidung getroffen werden. Man wird die nächsten Jahre darüber nachdenken müssen, wie kommen wir mit der Krankenhausfinanzierung insgesamt in Deutschland hin. Ich will unterstreichen, was hier von mehreren Rednern gesagt worden ist: Wir sind im Lande derzeit gut aufgestellt, was Krankenhäuser angeht. Wir sollten sehr sorgfältig darauf aufpassen, dass wir keine Regelungen im Bund bekommen, die das in irgendeiner Weise gefährden.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

Darauf werde ich bei den Konferenzen achten, selbstverständlich.

(Harry Glawe, CDU: Die Interessen des Landes stehen ganz oben. Sehr richtig.)

Ich werde alles mitnehmen, was hier diskutiert worden ist. Aber ich denke, einen Antrag anzunehmen, in dem wir einfach den Status quo nur festschreiben, das ist nicht so überzeugend. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister Sellering.

Sie waren aber nicht der Letzte, sondern es hat noch das Wort der Abgeordnete Herr Köster von der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Beste kommt immer zum Schluss.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

"Wir trauern in stillem Gedenken um die wegfusionierten, aufgekauften, geschlossenen und insolventen Bestandteile der deutschen Krankenhauslandschaft. Mögen … die daran hängenden Arbeitsplätze hier in angemessenem Rahmen ihre letzte Ruhestätte finden." So stellt die Weltnetseite "Kliniksterben.de" die Krankenhaussituation dar.

Die finanzielle Situation in vielen Krankenhäusern ist katastrophal. Laut einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts sind im kommenden Jahr 26 Prozent aller Häuser bundesweit von der Schließung bedroht. 21 Prozent aller Kliniken befinden sich zudem im roten Bereich. Vor allem öffentliche Krankenhäuser müssen sich zunehmend einem Wettbewerb stellen, der dermaßen unausgewogen ist, dass sie ihm schwerlich standhalten können. In diesem von Ihnen als Vertreter der liberal-kapitalistischen Parteien gewünschten Wettbewerb sind vor allem die Patienten und die Beschäftigten die Opfer.

(Harry Glawe, CDU: Das ist falsch, was Sie da sagen, völlig falsch.)

Sicherlich bilden die Krankenhäuser in Deutschland einen großen Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Jährlich 50 Milliarden Euro betragen in etwa die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für die Krankenhäuser. Was häufig aber in diesem Zusammenhang unbeachtet bleibt, ist allerdings, dass annähernd eine Million Menschen direkt oder indirekt durch die Krankenhäuser beschäftigt sind, davon allein mehr als 400.000 Pflegekräfte und über 110.000 Ärzte.

Ein Dilemma kam in den letzten Jahren im Personalbereich zutage. Viele Krankenhäuser, Kur- und Reha-Kliniken in Mecklenburg-Vorpommern sind auf der Suche nach Verstärkung in fast allen ärztlichen Bereichen. Ob im ambulanten oder im stationären Bereich, in der medizinischen Versorgung besteht ein erheblicher Ärztemangel. Die Handlungsnotwendigkeit ist seit einigen Jahren offenkundig. Anstatt aber zu handeln, diskutieren die Gesundheitsminister der Länder über einen Ausstieg aus der dualen Finanzierung der Krankenhäuser. Wo sich der Staat heute noch mit Steuermitteln an der Finanzierung der Krankenhäuser beteiligt, soll dies zukünftig nur noch den Krankenkassen überlassen bleiben. Immer mehr wollen Sie, meine Damen und Herren der etablierten Parteien, sich aus der Verantwortung stehlen. Alles wollen Sie dem Wettbewerb unterwerfen, bei dem nur die Kostenseite eine Rolle spielt, nicht aber der Nutzen für die Allgemeinheit.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Solange in Deutschland Parteien an der Macht sind, für die Menschen nur Humankapital sind,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

ist es schlecht um uns Deutsche bestellt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Mensch und somit auch seine Gesundheit kein Wirtschaftsgut ist. Krankenhäuser sind Instrumente des staatlichen Gesundheitssystems und kein Basar oder Experimentierfeld unternehmerischer Strategie.

Daher ist der vorliegende Antrag eine Selbstverständlichkeit, wenn wir noch ein Solidarsystem in Deutschland aufrechterhalten wollen. Ein Signal von dem Land, welches unter anderem dem Kriegstreiber Bush als Tagungsort dienen musste, ist das richtige Zeichen zur rechten Zeit.

(Harry Glawe, CDU: Unverschämtheit!)

Wir haben die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten nicht dem Marktmechanismus und dem Profitdenken geopfert wird.

(Harry Glawe, CDU: Der Versorgungssatz der Bevölkerung steht an erster Stelle. Merken Sie sich das mal, Herr Köster!)

Die neueste Gesundheitsreform, welche uns die Große Koalition in Berlin bescherte, hat zusätzlich die Weichen in Richtung Wettbewerb und Vermarktung des Gutes Gesundheit gestellt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Ich komme zum Schluss: Eine Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen ist aber ein Irrweg, dem wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Köster.

Ich schließe damit die Aussprache.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Stefan Köster, NPD)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/598. Wer dem zuzustimmen wünscht – wir sind jetzt in der Abstimmung –, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? –

(Stefan Köster, NPD: Das ist eine erbärmliche Politik, die Sie hier machen!)

Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung von der Linkspartei.PDS und NPD und Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Richtlinien zu den Kosten zu der Unterkunft und den einmaligen Leistungen ALG-II-Empfängern zugänglich machen, Drucksache 5/590.

Antrag der Fraktion der NPD: Richtlinien zu den Kosten zu der Unterkunft und den einmaligen Leistungen ALG-II-Empfängern zugänglich machen – Drucksache 5/590 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich klar, dass das Land nicht dafür zuständig ist, in welcher Art und Weise den von Hartz IV betroffenen Bürgern die für sie einschlägigen Richtlinien hinsichtlich der Kosten der Unterkunft und einmaliger Leistungen kenntlich gemacht werden, sondern die Landkreise beziehungsweise die Arbeitsgemeinschaften oder die Sozialagentur in Ostvorpommern.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Aber wenn der Landtag sich nur noch zu Sachverhalten äußern würde, die in seine Zuständigkeit fallen, dann würden drei Sitzungen pro Jahr reichen und die Tagesordnungen wären sehr kurz. Angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent aller für das Land relevanten Rechtssätze aus Brüssel kommen, die Zuständigkeiten von Bund und Kommunen abgerechnet, bleibt trotz der Föderalismusreform recht wenig übrig für dieses Hohe Haus. Es wäre dann ein Haus der Arbeitslosen, wenn auch auf hohem Versorgungsniveau.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Es spricht daher nichts dagegen, dass sich der Landtag auch außerhalb seiner Zuständigkeit zu Missständen äußert, damit diese zumindest von der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen werden, auch von den Bürgern, die überhaupt noch Arbeit haben beziehungsweise von dieser leben können ohne Auffüllzahlungen ihrer Sozialbehörde.

Ein solcher Missstand, der allen Beziehern von Arbeitslosengeld II wohl bekannt ist, ist die Informationspolitik der meisten Arbeitsgemeinschaften. Die Bürger werden bewusst möglichst unwissend gehalten. Die jeweiligen Richtlinien werden vielerorts als Geheimwissen behan-

delt. Beim sogenannten Hanse-Jobcenter in Rostock sind sie interne Arbeitshinweise für die Mitarbeiter. Wer sich telefonisch informieren möchte, der bekommt noch nicht einmal einen Fallmanager oder einen anderen Sachbearbeiter als Gesprächspartner, sondern man landet in der Warteschleife eines Callcenters, dessen Arbeitnehmer auch keine Ahnung haben und die die Anrufe noch nicht einmal zum Jobcenter durchstellen dürfen und wahrscheinlich so wenig verdienen, dass sie selbst Hartz-IV-Zuschüsse benötigen dürften. Andere Arbeitsgemeinschaften begnügen sich mit dürren Mitteilungen auf ein oder zwei Seiten ihres Internetauftritts. Eine positive Ausnahme ist zwar der Landkreis Parchim, der auf seiner Netzseite übersichtlich, detailliert und umfassend zu dem Thema informiert, was aber den Bürgern wenig nützt, die sich keinen Computer und keinen Internetanschluss leisten können, wie bei Hartz-IV-Empfängern wohl generell.

Grundsätzlich ist bei den Sozialbehörden folgende Absicht festzustellen: Die Bezieher von Hartz IV sollen ihre Rechte nicht kennen, sie sollen gar nicht auf den Gedanken kommen, ihre Ansprüche geltend zu machen. Man tut alles, um die Schwellenangst der meisten Menschen gegenüber Ämtern und Formularen zu nutzen und zu verstärken, die viele daran hindert, beispielsweise die Erstattung von Nachzahlungen für Heizungs- und Wasserkosten zu beantragen oder ein Darlehen für eine neue Waschmaschine. Deswegen hat man es ja auch bewusst so kompliziert wie nur möglich gemacht, eine Befreiung von den GEZ-Gebühren zu erlangen oder den Sozialtarif der Telekom zugebilligt zu bekommen. Viele Berechtigte bezahlen deswegen immer noch die Rundfunkgebühren und die vollen Telefonkosten, obwohl sie es gar nicht müssten, weil sie resigniert haben und in einem Zustand der Ahnungslosigkeit gehalten werden, damit der Staat Geld spart, das er woanders, siehe G8, zum Fenster hinauswerfen kann. Da werden ja wohl noch zusätzlich 20 Millionen gebraucht.

Die NPD fordert, diese Politik der Geheimnistuerei zulasten der sozial Schwachen zu beenden und die Leute endlich aktiv über die sie betreffende Rechtslage aufzuklären, selbst wenn es den Behörden Geld kosten sollte, was ja die Steuergelder sind und nicht die Gelder der Politiker. Zunächst einmal könnten die Arbeitsgemeinschaften ihren verharmlosend sogenannten "Kunden" die einschlägigen Richtlinien zusenden, vielleicht mit einigermaßen verständlichen Erläuterungen und Hinweisen, was noch nicht einmal Geld kosten würde. Man könnte dies anderen Sendungen beilegen. Wer Hartz IV bezieht, kann sich nämlich über Mangel an Post von der Behörde in aller Regel nicht beklagen. Häufig handelt es sich um extrem kurzfristige Einladungen, die in der Hoffnung abgesandt werden, einen Abwesenheitstag des Betroffenen zu erwischen, damit man hurtig die Leistungen kürzen kann, denn das ist der wahre Daseinszweck der Sozialbehörden: Gründe zu finden, um Leistungen zu kürzen, wozu in der Praxis jeder Vorwand recht ist.

(Beifall Raimund Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Mit der Post kommen dann auch die meist ablehnenden Bescheide und erst in denen lernen die Adressaten die Richtlinien erstmals kennen, gern nur in Auszügen und auch rechtlich falsch. Denn die Behörden behaupten häufig, nur die Richtlinien seien ausschlaggebend und was diese nicht zuließen, das würde eben nicht gewährt. Wer das glaubt, geht leer aus. In Wirklichkeit ist die Rechtslage natürlich die, dass der tatsächliche Verbrauch an

Heizöl oder Wasser ausschlaggebend ist und ersetzt werden muss, falls nicht offenkundige Verschwendung vorliegt. Wenn dieses Wissen zur Verfügung steht, dann verlaufen Widerspruchsverfahren in der Regel so: Es ergeht der Ablehnungsbescheid mit der Begründung, Sie haben mehr geheizt, als die Richtlinie erlaubt, wobei die Behörden die Leute bewusst für dumm verkaufen und hoffen, dass sie die Wahrheit nicht kennen. Dann der Widerspruch: Ihre Richtlinien sind nicht verbindlich, siehe Rechtsprechung, und dann zahlt das Amt, freut sich aber auch, dass nicht alle betroffenen Bürger die Wahrheit kennen und dass sie auf diese Weise Geld sparen. Viele Widerspruchsverfahren und sozialgerichtliche Streitfälle ließen sich vermeiden, wenn die Sozialbehörden ihr Versteckspiel endlich aufgäben und die Leute nicht länger im Dunkeln tappen ließen.

Das gilt auch für Obdachlosigkeit. Gerade in den größeren Städten sind kleine Wohnungen schwer zu finden. Ein alleinstehender Hartz-IV-Empfänger, der eine solche in Aussicht hat, kann nicht erst beim Jobcenter in Rostock anrufen, wo er natürlich einen Callcenteragent an der Strippe hat,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

der sich seinen Fall anhört und an jemanden im Jobcenter weiterleitet, der sich dann irgendwann meldet und mitteilt, ob sein Haus die Wohnung für angemessen hält. Die Wohnung ist dann nämlich schon lange weg. Solche Fälle häufen sich. Die Wohnungssuchenden neigen daher dazu, sofort zuzuschlagen und den Mietvertrag abzuschließen. Hinterher kommt dann die Sozialbehörde und erklärt, die Miete sei zu hoch, der Raum sei zu groß und daher würden die Kosten der Unterkunft nicht oder nur zum Teil übernommen. Folge: Der betreffende Bürger kann die Wohnung nicht halten und landet womöglich auf der Straße. Das ließe sich vermeiden, wenn die Leute ständig über aktuelle Mietobergrenzen und auch über andere im Zusammenhang mit der Angemessenheit stehende Gesichtspunkte aufgeklärt würden, und zwar nicht in bewusst unverständlichem Behördenchinesisch, sondern klar und verständlich. Das sollte auch im Internet erfolgen. Ebenso sollten entsprechende Papiere im Kundenbereich der Arbeitsgemeinschaften ausliegen. Dort liegt alles Mögliche aus, nur nichts, was man gebrauchen kann. Dort hingen lange Zeit die Einfach-anfangen-Plakate aus, die den Weg in die Selbstständigkeit fern aller Realität als die einfachste Sache der Welt darstellten. Das war wirklich Verdummung, an deren Stelle man Informationen setzen sollte.

Schließlich wäre es auch durchaus sinnvoll, wenn die Sozialbehörden ihren Leistungsbeziehern Schulungen anböten hinsichtlich des Umfangs und der Grenzen ihrer Rechte und Ansprüche. Was müssen Langzeitarbeitslose nicht alles an dämlichen Pseudolehrgängen über sich ergehen lassen. Manche haben schon bis zu sechs Bewerbungskurse hinter sich, die auf mehrere Wochen aufgebläht werden und nur für die Veranstalter von Nutzen sind. Die Leute werden da wirklich behandelt wie Klippschüler, 40-, 50-Jährige, die vielleicht einmal Selbstständige waren.

Wie wäre es denn zur Abwechslung einmal mit etwas Sinnvollem? Die Sozialbehörden sollen sich endlich als Dienstleister verstehen und nicht als Machtapparate, die ihre Untertanen mit ihrem exklusiven Herrschaftswissen gängeln und sich um Recht und Gesetz nur dann scheren, wenn Gerichte eingeschaltet werden. Jetzt will man den Hartz-IV-Empfängern auch diesen Weg versperren,

indem man die Gebührenfreiheit bei den Sozialgerichten abschafft und auf die viel kompliziertere und auch nicht risikolose Prozesskostenhilfe verweist in der Hoffnung, einen ähnlichen Abschreckungseffekt zu erzielen wie bei den GEZ-Gebühren. Das ist der falsche Weg, mehr Aufklärung ist der richtige Weg. Die sechs demokratischen Abgeordneten in diesem Hause werden dafür stimmen und der Rest kann dagegen stimmen wie immer. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Werner Kuhn, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mich nicht täusche, ist interparlamentarisch abgestimmt, dass die Koalitionsfraktionen, die Fraktionen der Linkspartei.PDS und FDP in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Ihrem Antrag mir das Mandat gegeben haben, Ihnen zu antworten.

Sie haben sich diesbezüglich auf eine Richtlinie zu den Kosten zur Unterkunft und den einmaligen Leistungen ALG-II-Empfängern zugänglich zu machen bezogen. Nur ganz kurz, eine Richtlinie und welche Bedeutung sie hat: Richtlinien dienen lediglich der Verwaltung dazu, das Verwaltungshandeln letztendlich zu standardisieren und zu vereinfachen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das hab ich gesagt.)

Und sie sind eine Selbstbindung der Verwaltung, die keinerlei Außenwirkung entfaltet.

(Michael Andrejewski, NPD: Das hab ich gesagt.)

Für den Bürger ist somit nicht entscheidend, was in der Richtlinie steht, sondern was im Gesetz steht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Gesetz ist eindeutig definiert und dort sind auch die Leistungen klar beschrieben und angegeben. Und ein Gesetz ist jedem Bürger zugänglich, ob er Internet hat oder ob er sich ganz normal den Gesetzestext ausgedruckt vorlegt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Er hat natürlich viele Möglichkeiten, sich zu informieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das tut der Bürger auch. Sonst hätte er diesbezüglich, was den Bereich Arbeitslosengeld II betrifft, wenn Verfahrensfehler da sind und die Leistungsbezüge nicht klar definiert ausgeschrieben worden sind, als Bürger das Recht, sich dagegen zu wehren. Er tut es und letztendlich, wenn ihm Unrecht geschehen ist, wird er auch sein Recht bekommen, denn die Verwaltung ist an Recht und Gesetz gebunden und das Gesetz steht über dieser Richtlinie. Somit kann sich eine Verwaltung auch nicht vor Gericht auf den Inhalt von Richtlinien berufen. Das sind interne Dinge. Beurteilt wird durch das Gericht der jeweilige Einzelfall, ob die Entscheidung im konkreten Fall im Einklang mit dem geltenden Recht, also mit dem Gesetz steht.

Das Bundessozialgericht hat in jüngster Zeit sehr detaillierte Vorgaben zur örtlichen Angemessenheit der Kosten der Unterkunft gemacht. Völlig richtig, da sind einige Verfahren gelaufen, die von den zuständigen Gerichten gewürdigt wurden. Dies müssen die Verwaltungen bei ihren Entscheidungen beachten und gegebenenfalls ihre entsprechenden Richtlinien anpassen. Entscheidend ist somit allein, welcher freie Wohnraum zum Beispiel vor Ort zu welchen Preisen zur Verfügung steht.

Sie haben da ein Beispiel genannt. In der Übertreibung liegt die Erläuterungskraft. Das ist nicht der Fall, den wir im Prinzip auf jede diesbezügliche Arbeitslosengeld-II-Empfängerin oder jeden -Empfänger ansetzen, sondern das ist möglicherweise natürlich eine Ausnahme. Welcher freie Wohnraum vor Ort zu welchen Preisen zur Verfügung steht, bestimmt die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft. Die Verwaltung kann somit nur auf die Kosten verweisen, die tatsächlich vor Ort zu zahlen sind. Wenn kein preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht das war ja Grundtenor Ihrer Rede -, also angemietet werden kann, müssen die höheren Kosten der Unterkunft gezahlt werden, egal was in einer Richtlinie steht. Vergleichsmaßstab ist somit das, was vor Ort zum Beispiel eine Wohnung inklusive Nebenkosten tatsächlich kostet. Es muss somit die Möglichkeit eines Verweises auf eine Wohnung mit diesen tatsächlichen Kosten im Einzelfall bestehen können.

Wir müssen aber klar darauf hinweisen, dass die Situation in manchen strukturschwachen Gegenden unseres Landes, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland natürlich nicht dazu führen kann, dass sich Wohnungsgesellschaften, die darauf orientiert sind, Leerstände zu beseitigen, nur auf solche Bezieher von Arbeitslosengeld II orientieren und damit möglicherweise nur das, was betriebswirtschaftlich für sie interessant ist, nutzen.

Und es ist auch notwendig, dass wir klare Richtlinien haben, wenn es um die Betriebskosten geht. Man kann viele Dinge mit entsprechender Messtechnik nachweisen, ob das Elektroenergie ist, ob das Trinkwasser ist, aber es geht letztendlich auch um die Kosten für die Heizung. Und da meine ich schon, verlange ich auch, wenn wir ein solches Solidarsystem durchsetzen wollen, dass der Bürger, der diesen Beitrag über das Arbeitslosengeld II bekommt, verantwortungsvoll damit umgeht und nicht sagt, das interessiert mich nicht, welche Heizkosten ich verursache, ich habe mein ganz normales Regelsystem, das ich mit dem Auf- und Zuklappen des Fensters installiert habe. Das kann so nicht sein.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Fiktive Zahlen in Richtlinien interessieren somit nicht, sondern von Bedeutung ist lediglich die jeweilige Situation vor Ort, sind die jeweiligen Kosten im konkreten Einzelfall. Daher ist der Antrag in der Sache nicht zielführend. Wichtig ist vielmehr, dass richtige juristische Beratung im konkreten Einzelfall anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung vorgenommen wird. Dies wird vor Ort bereits durch zahlreiche Verbände und Vereine mit geleistet, die sich oft ehrenamtlich auch für die Arbeitslosen und Arbeitslosengeld-II-Empfänger einsetzen. An dieser Stelle gilt ihnen unser gemeinsamer Dank. Das ist ganz wichtig, dass wir innerhalb der Bürgergesellschaft immer wieder Ehrenamtliche und Freiwillige haben, die sich hier engagieren und unverschuldet in Not Geratenen helfen.

Sie hingegen, meine sehr verehrten Herren von der NPD, versuchen, die Not der Menschen für Ihre eigenen politischen Ziele zu missbrauchen,

(Stefan Köster, NPD: Das behaupten Sie ja immer.)

Scheinlösungen anzubieten, die den Menschen aber nicht helfen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Welt ist nicht so einfach, wie Sie sie hier beschrieben haben, immer einfach nur in Schwarz und Weiß darzustellen. Vielmehr ist eine sehr differenzierte Betrachtung notwendig. Die Welt ist bunter, als Ihre Vorstellungskraft dies jemals zulassen wird. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Stefan Köster, NPD: Sie sollten sich wirklich mal in die Lage der Betroffenen versetzen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter Kuhn.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was ich gefordert habe, war natürlich die Aufklärung der Hartz-IV-Bezieher über ihre Rechte, über die Rechtslage. Dazu gehören die Richtlinien plus die Rechtsprechung, plus die gesamte Rechtslage. Und Sie haben zwar recht, wenn Sie sagen, dass es eine Menge gibt, die sich wehren und die vor Gericht gehen, Widersprüche machen, aber man muss sich auch um die Schwachen kümmern. Es gibt starke, aktive Hartz-IV-Empfänger, die haben quasi einen eigenen Arbeitstag und sind ihre eigenen Anwälte, die haben die Wand voll mit Aktenordnern, führen fünf, sechs Verfahren, kennen sich da schon ganz gut aus, sind halbe Sozialrechtler. Die gibt es. Aber es gibt auch die Schwachen, die resigniert haben, zu Hause sitzen, sich nichts mehr trauen und sich durch einen Blick von Behördenmitarbeitern einschüchtern lassen.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Denen muss man helfen und die muss die Behörde aktiv über ihre Rechte aufklären, denn die kann man nicht einfach hinten abfallen lassen.

Was ich noch hinzufügen will, ist, dass es durchaus einzelne, sogar mehrere Mitarbeiter gibt in den Sozialbehörden, die hilfreich und vernünftig sind, die den Leuten helfen und sagen, so, beantrage das mal so, mach das so und das gibt es noch. Nur, die machen das gegen die Politik ihrer Behörden und sagen dann immer so im Verschwörerton: Sagen Sie bloß nicht weiter, dass ich das gesagt habe. Im Übrigen ist das natürlich - das ist meine Erfahrung, ich kenne eine Menge Hartz-IV-Empfänger, ich weiß nicht, wie viele Sie kennen in Ihrem Umkreis wieder das übliche Standardargument: Die Welt ist so kompliziert und ihr seid alle doof, deswegen vertraut auf die Priesterkaste und versucht es gar nicht erst und so weiter. So ist es eben nicht. Es ist Ihr grundsätzlicher Job, die Welt zu vernebeln und kompliziert darzustellen, und unser Job ist es, sie wieder klarzumachen und den Leuten zu erklären. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/590. Wer dem vorliegenden Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. – Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/590 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Ehrenamtliche Tätigkeit durch steuerliche Anreize stärken, auf der Drucksache 5/599.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Ehrenamtliche Tätigkeit durch steuerliche Anreize stärken – Drucksache 5/599 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte Frau ...

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Nee, Herr Ritter!)

Dann Herr Abgeordneter Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bürgerschaftliches Engagement ist für die vielfältige Gestaltung der Zivilgesellschaft und für das Funktionieren unseres Gemeinwesens von zentraler Bedeutung. Es umfasst auch die kritische Begleitung staatlichen Handelns zum Beispiel von Gesetzgebungsverfahren oder von politischen Großereignissen wie dem G8-Gipfel. Auch das ist Sinn und Zweck von bürgerschaftlichem Engagement.

Bundesweit arbeiten etwa 23 Millionen Menschen ehrenamtlich in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. 43 Prozent engagieren sich in Vereinen, vor allen Dingen in Sportvereinen, in Schulvereinen, in Kirchen, in Freizeiteinrichtungen oder bei der Feuerwehr. Darüber hinaus sind ehrenamtlich auch viele in der Kommunalpolitik tätig. Sie alle fühlen sich verantwortlich für das Zusammenleben, suchen Kontakt zu anderen Menschen, fragen nach Möglichkeiten der Mitgestaltung und wollen sich persönlich weiterentwickeln. Der gesamte soziale Bereich ist wesentlich auf die gemeinnützige Tätigkeit angewiesen. So ist zum Beispiel die Integration von Migrantinnen und Migranten ohne bürgerschaftliches Engagement nahezu undenkbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 40 Prozent der ehrenamtlich Tätigen sind erwerbstätig. 27 Prozent der Arbeitslosen, 37 Prozent der Menschen, die zu Hause sind, und 28 Prozent der Seniorinnen und Senioren engagieren sich bundesweit ehrenamtlich. Es gibt in Deutschland 14.000 Stiftungen und, das ist besonders erfreulich, inzwischen 147 Bürgerstiftungen. Trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegen wir mit diesen doch beeindruckenden Zahlen im europäischen Vergleich gerade mal im Mittelfeld. Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark, die Staaten also, in denen ein starker Sozialstaat existiert, weisen ein viel höheres bürgerschaftliches Engagement auf. Warum ist das so? Die Bürgerinnen und Bürger dort wissen, dass sie nicht als Lückenbüßerinnen und Lückenbüßer für fehlendes

staatliches Agieren missbraucht werden. Sie haben auch weitaus bessere Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur eine individuelle Entscheidung. Es wird auch stimuliert durch Tradition, durch Werte, die Art und Weise der Organisation der Gesellschaft, die Verteilung von Verantwortung und nicht zuletzt durch wirtschaftliche Entwicklungen. Dabei sind die Motive des Einzelnen, sich ehrenamtlich zu betätigen, sehr unterschiedlich. Finanzielle Gründe sind längst nicht vorrangig. Wir müssen aber feststellen, dass es keine Chancengleichheit mehr beim Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement gibt. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt es zunehmend schwerer oder für sie ist es gar nicht möglich, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Da fehlt das Geld für einen Fahrschein, um zu einer Veranstaltung zu gelangen, oder es fehlt das Geld, um notwendige Telefongespräche zu führen.

Um diese Chancengleichheit zu gewährleisten, bedarf es ganz sicher mehr als das, was der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements derzeit bietet. Bei den Einzelmaßnahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts handelt es sich im Wesentlichen um den Ausbau steuerlicher Abzugsmöglichkeiten. Das ist zwar zu begrüßen, kann aber – und das möchte ich hier ausdrücklich betonen – nur ein Aspekt von vielen sein, wie bürgerschaftliches Engagement tatsächlich angemessen und wirkungsvoll vom Staat unterstützt werden muss. Denn es ist nun einmal so, dass durch das Steuerrecht nur dann Anreize für ehrenamtliches Engagement gegeben sind, wenn der ehrenamtlich Tätige überhaupt steuerliche Einkünfte erzielt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten in unserem Antrag auf ein Problem aufmerksam machen, auf welches insbesondere auch die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Stellungnahme zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts hingewiesen haben. Sie plädieren für eine stärkere Berücksichtigung des politischen Ehrenamtes. Denn genauso wichtig wie das Engagement in Vereinen, in Stiftungen, Kirchen oder auch sozialen Einrichtungen ist das Ehrenamt im kommunalpolitischen Bereich.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Hier geht es beispielsweise um die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, es geht um Fraktionsvorsitzende, um die vielen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, um Abgeordnete in unseren Kreistagen oder auch Wehrführer der Feuerwehren. Der Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist somit auch ein Beitrag zur Umsetzung der von Ihnen mit viel Brimborium beschlossenen Imagekampagne für die Feuerwehren des Landes, wo zwischenzeitlich in den Ausschüssen herzlich wenig passiert ist.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, dass es in vielen Kommunen immer schwieriger wird, Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, ein politisches Ehrenamt auszufüllen, dann liegt es nahe, auch etwas für diesen Bereich zu tun. Das heißt, hier müssen die Rahmenbedingungen ebenfalls deutlich verbes-

sert werden. Das politische Ehrenamt in unserem Land braucht ebenfalls eine gezielte Förderung.

Deshalb möchten wir die Forderung der kommunalen Spitzenverbände aufgreifen, durch steuerliche Anreize das politische Ehrenamt im Rahmen der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts auf Bundesebene zu stärken. Die sogenannte Übungsleiterpauschale soll von 1.848 Euro auf 2.100 Euro erhöht werden. In Anlehnung an diese geplante Regelung sollte auch der Steuerfreibetrag für Aufwandsentschädigungen für diejenigen, die sich im politischen Ehrenamt engagieren, heraufgesetzt werden. Das wäre ein Beitrag, wenn auch nur ein kleiner, um die Attraktivität dieses Engagements etwas zu erhöhen. Wir erwarten, dass sich auch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns der Forderung der kommunalen Spitzenverbände anschließen kann und sich auf Bundesebene für eine solche Regelung starkmacht. Wir bitten Sie also herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Linkspartei steht ganz konkret im Zusammenhang mit dem aktuellen Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Herr Ritter. Insofern, wenn ich Bezug nehme auf Ihren Antrag, sollten wir uns dann auch darauf beziehen. Dass wir insgesamt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen brauchen, ist unbestritten, aber Ihr Antrag zielt dezidiert auf den aktuellen Gesetzentwurf. Insofern werde ich mich in meiner Rede auch nur darauf beziehen.

Wir sind im Gesetzgebungsverfahren dieses genannten Gesetzes. Und zwar gab es dazu am 10. Mai im Bundestag die Erste Lesung, wir befinden uns also im Verfahren. Am Montag dieser Woche, am 11. Juni, war dazu die Anhörung. Das sollte man natürlich unbedingt beachten. Man befindet sich praktisch in einem bestimmten Rahmen, in den dieses Verfahren gesetzt ist.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Und das hat keine Zeit, Herr Borchert.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bei den 23 Millionen, von denen Herr Ritter gesprochen hat, die ehrenamtlich tätig sind, sage und schreibe 36 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dass wir uns manchmal noch mehr wünschen würden, die ehrenamtlich tätig sind, ist klar, aber wir wissen auch, wie schwer es ist für viele, sich überhaupt ehrenamtlich zu engagieren. Und von daher noch mal Anerkennung und vielen Dank an diejenigen, die hier bereits tätig sind, auch namens meiner Fraktion.

Es sind ja vor allen Dingen Menschen, die in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen tätig sind, die das ausdrücklich kostenlos machen. Das ist ja das Selbstverständnis von Ehrenamt. Aber es muss selbstverständlich auch klar sein, dass ehrenamtliche Arbeit

ausdrücklich gefördert und unterstützt werden kann, denn es darf nicht so sein, dass ehrenamtlich Tätige praktisch dafür noch Nachteile haben, dass sie sich kostenlos für die Gesellschaft einbringen. Das heißt, ihre Arbeit muss ausdrücklich unterstützt werden und darf nicht erschwert werden. Zu diesen Nachteilen, die es geben kann, gehören auch Fragen der Haftung. Insofern ist der staatliche Schutz notwendig, um Rahmenbedingungen für die ehrenamtlich Tätigen zu schaffen, die ihre Arbeit, wie gesagt, unterstützen und flankieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung des Ehrenamts wird nach meinem Dafürhalten, Herr Ritter, dem Rechnung getragen, weil dieser Gesetzentwurf ausdrücklich das Ziel hat, im Bereich des Steuerrechts, Gemeinnützigkeitsrechts und Spendenrechts ganz konkret zu Unterstützung und zu Hilfe zu kommen. Und das ist gelungen. Man kann sich sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch mehr wünschen, das ist klar, aber ich glaube schon, dass man bei einem Entlastungsvolumen von immerhin 445 Millionen Euro im Jahr 2009 dieses auch nicht gering schätzen sollte.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das hat keiner gemacht.)

Ich habe Herrn Ritter so auch nicht verstanden.

Ich möchte es – Herr Ritter hat es an ein, zwei Punkten gemacht – noch etwas ausführlicher machen, und zwar mein ausdrückliches Lob für diesen Gesetzentwurf untersetzen mit den wichtigsten Punkten, aus meiner Sicht zumindest:

Einmal die Anhebung der Übungsleiterpauschale von 1.848 auf 2.100 Euro, das ist für viele, die gerade im Bereich des Sports ehrenamtlich tätig sind, außerordentlich wichtig. Ich bin selbst Vorsitzender eines Sportvereins, in dem zurzeit 25 ehrenamtliche Übungsleiter tätig sind, und dort wird das natürlich sehr positiv aufgenommen. Das ist vollkommen klar.

Zweitens geht es um die Einführung einer Steuerermäßigung für ehrenamtliche Tätigkeit zur Förderung mildtätiger Zwecke in Höhe von 300 Euro. Ein völlig neues Element, aber gerade im Bereich der ehrenamtlichen sozialen Tätigkeit, glaube ich, außerordentlich wichtig.

Es geht drittens um die Anhebung der Zweckbetriebsgrenze. Wer selbst einmal irgendetwas zu tun hatte mit Vereinsgaststätten, der weiß, wie wichtig dieser Punkt ist.

Es geht um Sonderausgaben, Abzug von Mitgliedsbeiträgen im Kulturförderverein, das heißt also, auch Eintrittsgelder sollen abzugsfähig werden. Die Absenkung des Haftungssatzes von 40 auf 30 Prozent ist nicht zu unterschätzen. Es geht um die Verbesserung von Rahmenbedingungen beim Stiftungsrecht und insgesamt beim Spendenrecht im Sinne von Vereinfachung. Dieses nur stichpunktartig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist sicherlich nicht verborgen geblieben – ansonsten gäbe es ja nicht den Antrag der Linkspartei –, dass der Vorschlag, eine Verbesserung für die Tätigkeit der kommunalen Ehrenamtlichen herbeizuführen, im aktuellen Gesetzentwurf so dezidiert nicht vorliegt und diesem noch nicht Rechnung getragen wurde. Ich möchte fairerweise – das hat Herr Ritter so nicht gemacht, ist auch nicht unbedingt seine Aufgabe – aber zumindest noch einmal die Argumente bringen, warum die Bundesregierung bisher im Gesetz-

entwurf die vorgeschlagene Verbesserung des steuerlichen Freibetrages für kommunale Ehrenamtliche von 154 Euro auf 175 Euro, wenn man es prozentual angleicht an die Übungsleiterpauschale, nicht vorgenommen hat.

Man muss zum einen zur Kenntnis nehmen, und das ist ein - das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Linkspartei – nicht zu unterschätzendes Argument, dass man in einem Gesetzgebungsverfahren, in dem man sich letztendlich auch befindet, zur Kenntnis nehmen muss, dass das, was Sie möchten, gar nicht Gegenstand dieses Gesetzgebungsverfahrens ist, sondern Gegenstand der Veränderung der Lohnsteuerrichtlinie wäre, einer Ausführungsverwaltungsvorschrift für das Einkommensteuergesetz, weil ganz einfach die Aufwandsentschädigung der Ehrenamtlichen im kommunalen Bereich eine andere Ursprungsquelle hat als das, was steuerlich freigestellt werden soll, zum Beispiel bei den Übungsleitern. Es ist ein Unterschied, ob ich einen Lohnbezug habe oder ob ich durch die öffentliche Hand eine Aufwendung erhalte. Das ist ein steuerrechtlich ernst zu nehmendes Argument, was zumindest ordnungsrechtlich genannt werden soll. Das heißt, wenn man hier wirklich helfen wollte, müsste man das praktisch über die Veränderung der Lohnsteuerrichtlinie herbeiführen und ist so im Gesetzentwurf zumindest, wie manche meinen, nur mal redaktionell einfach gar nicht möglich.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte aber nicht nur bei formalen Argumenten stehen bleiben. Es ist natürlich auch völlig klar, wenn man den berechtigten Kreis bezüglich Steuerentlastung und Steueranreize in diesem Bereich noch weiter öffnet, werden sich selbstverständlich auch andere melden. Und man ist natürlich geneigt, bei einem verabredeten und abgesprochenen gezielten Finanzvolumen von 445 Millionen Euro Entlastung zu sagen, wenn wir hier weitere Einnahmeverluste für die öffentliche Hand hinnehmen müssen, muss es im Rahmen – Frau Gramkow, Sie kennen die Spielregeln – dieser 445 Millionen Euro normalerweise geschehen. Die finanziellen Auswirkungen sind ja nicht zu unterschätzen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte an dieser Stelle auch nicht verbergen, dass ich Finanzpolitiker bin, und möchte natürlich klar sagen, was das konkret bedeutet, auch für unser Land. Diese 445 Millionen Euro in voller Auswirkung für 2009 bedeuten für den Bund 190 Millionen Euro Mindereinnahmen, für die Gemeinden 81 Millionen Euro und für die Länder 174 Millionen Euro. Und wer mehr möchte, muss also auch wissen, wie das praktisch zu finanzieren ist, wenn man es im verabredeten Rahmen machen will, oder ob man möglicherweise hier die steuerliche Belastung für die öffentlichen Haushalte, übrigens auch für die Kommunen, in dem Falle verschlechtern wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte namens der Koalitionsfraktionen ausdrücklich erklären, dass wir den Antrag der Linkspartei.PDS überweisen möchten, und ich möchte das folgendermaßen begründen. Vielleicht ist es mir gestern zu fortgeschrittener Stunde beim Antrag biogene Kraftstoffe zum Schluss nicht so gut gelungen. Ich werde es heute gleich noch mal probieren bei einem anderen Antrag, also in dem Falle hier beim Antrag der Linkspartei zu Fragen der steuerlichen Erleichterung für kommunale Ehrenamtliche.

Warum Überweisung? Als Erstes sind wir der Meinung, das ist ein kompliziertes Steuerrechtsthema, das ist eine komplizierte Materie. Und um das in einer sachgerechten Diskussion vertieft zu bekommen und das nicht nur im Landtag zu machen, ist es notwendig, die Diskussion fortzusetzen, und zwar in den zuständigen Fachausschüssen, im Finanzausschuss und im Innenausschuss. Und zweitens müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir selbst hier nur sehr indirekt Akteure sind. Das heißt, es geht wenn überhaupt nur über die Einflussnahme über den Bundesrat, aber auch nur sehr bedingt. Das wissen wir. Hier ist die Bundesebene am Zuge.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Der Antrag selbst verweist ja zu Recht auf die Bundesebene. Insofern müssen wir natürlich auch die Ergebnisse der Anhörung dieser Woche Montag entsprechend zur Kenntnis nehmen, auswerten, wir müssen uns rückkoppeln mit der Bundesebene, mit den Bundestagsfraktionen und dieses einfließen lassen in die entsprechenden Beratungen der Fachausschüsse. Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich die Überweisung federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Borchert.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident!

Herr Kollege Ritter, Sie haben zwei Probleme. Sie überfordern auf der einen Seite und Sie machen zu wenig auf der anderen Seite. Sie überfordern die Damen und Herren von der CDU und von der SPD mit Ihrem Anspruch, eine vernünftige, gerechte Steuerpolitik zu machen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber bitte schön nicht mein Problem.)

Da ist ein hoher Anspruch. Da werden Sie bei den Herrschaften und bei den Parteien im Augenblick in Berlin wenig erreichen können.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Aber bei der FDP! – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Sie unterfordern die Geschichte, indem Sie es so beschränkt machen wie jetzt auch wieder. Sie sehen nur in den kommunalen Bereich rein, Sie gehen ins politische Ehrenamt rein und werfen ein ganz wichtiges Thema auf, indem Sie sagen, wie gehen wir denn in diesem Land zukünftig mit der ehrenamtlichen Tätigkeit um. Wir haben in der Tat dort ein Riesenproblem. Und unser Problem, meine Damen und Herren, wird nicht kleiner, sondern unser Problem wird größer. Dieses Problem, dass wir im Ehrenamt keine vernünftigen Alternativen haben, dass wir permanent Leute verlieren, die im Ehrenamt tätig sind, führt zu solchen Auswüchsen, dass solche Herren hier im Parlament sitzen. Das muss man vielleicht auch ganz deutlich sagen. Und wir haben die Situation, dass wir eine Gebietsreform vor uns haben. Da bekommt das Thema Ehrenamt eine völlig neue Dimension für uns hier im Land. Wir müssen darauf eine Antwort finden, wie wir damit umgehen.

Deshalb finde ich es sehr sinnvoll und sehr hilfreich, dass jetzt hier von den Koalitionsfraktionen der Vorschlag gekommen ist, das zu verweisen. Ich habe jetzt nicht genau gehört, in welchen Ausschuss das überwiesen werden soll.

(Zuruf aus dem Plenum: Innen- und Finanzausschuss.)

Wie bitte? Innenausschuss, das ist auch der richtige Ausschuss.

(Rudolf Borchert, SPD: Finanzausschuss.)

Finanzausschuss. Die Reihenfolge, Sie haben es beantragt, sei dahingestellt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Aber eines möchte ich eben auch ganz deutlich sagen: Wir werden dieses Thema mit in die Enquetekommission nehmen, denn genau dort gehört es auch hin, wie wir zukünftig nämlich das Ehrenamt in diesem Land womöglich mit diesen Mammutkreisen, mit diesen ganzen Problemen, die wir haben, stärken können. Nur in der jetzt vorgelegten Form ist es zu kurz gesprungen. Deshalb werden wir uns einem Überweisungsantrag anschließen. – Danke schön.

(Beifall Ralf Grabow, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Löttge. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mathias Löttge, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Herr Fraktionsvorsitzender der FDP, ich darf Ihnen eins versichern: Wir fühlen uns keineswegs überfordert,

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Aber Angst vor der Entscheidung haben Sie.)

wir haben auch keine Angst vor der Entscheidung und wir machen endlich mal eine gute Steuerpolitik in Berlin. Also insofern würde ich Ihnen da massiv widersprechen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und dass das gerade in diesem Bereich so ist, zeigt auch der im Mai in Erster Lesung diskutierte Gesetzentwurf zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Uns ist durchaus bewusst, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was bürgerschaftliches Engagement hier in Mecklenburg-Vorpommern oder auch in Deutschland bedeutet und dass vieles sowohl im sozialen Bereich, im Bereich Kultur und Sport, in der Kinder- und Jugendarbeit, in den Feuerwehren, aber auch in den Kommunen ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne Ehrenamt nicht möglich wäre. Und ich glaube, für dieses Engagement kann man nur ausdrücklich danke schön sagen.

(Beilfall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

Insofern freue ich mich, dass wir das Thema nicht nur hier in Schwerin diskutieren, sondern man in Berlin eigentlich für diesen Gesetzentwurf schon Zeichen gesetzt hat. Ich hoffe, man wird dann die entsprechende Diskussion auch erfolgreich nach der Zweiten Lesung und nach Zustimmung des Bundesrates so zum Abschluss bringen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei.PDS, mit Ihrem Antrag beziehen Sie sich ja nur auf einen ganz bestimmten Teil im Rahmen des Reformprozesses des Gemeinnützigkeitsrechts, nämlich es geht um die Erhöhung des Steuerfreibetrages bei Aufwandsentschädigungen für kommunal ehrenamtlich Tätige von 154 auf 175 Euro mit dem Ziel, die Attraktivität des kommunalen Ehrenamtes zu stärken, und, ich denke, auch mit dem Ziel, deutlich zu machen, was kommunale Arbeit eigentlich ist und welche Bedeutung dieses kommunale Ehrenamt insgesamt für die Arbeit hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Jetzt merkt man, dass Sie Bürgermeister gewesen sind.)

Sehen Sie, danke schön. Und da bin ich gleich beim Nächsten, Frau Gramkow. Sie können mir eins glauben: Als jemand, der 16 Jahre Kommunalpolitiker war, und das nicht nur als hauptamtlicher Bürgermeister, sondern über den Kreistag auch im Ehrenamt, und als Vertreter einer Partei, die durchaus im kommunalen Bereich entsprechend verankert ist, finde ich Ihren Antrag sehr, sehr gut.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Stimmen Sie doch zu!)

Nun muss man aber zwei Dinge sehen und die hat ja der Kollege Borchert in seinem Redebeitrag schon deutlich gemacht. Wir haben zum einen ein steuerrechtliches Problem, das heißt ein formelles Problem.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Nein, haben wir nicht.)

Und zum anderen, Frau Gramkow, das schätze ich ja immer an Ihnen so, Sie sind diejenige, die als Vorsitzende des Finanzausschusses grundsätzlich einfordert,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Jedenfalls nicht im Bundestag. Tut mir leid.)

bei bestimmten Vorschlägen auch die Deckung deutlich zu machen. Tatsächlich bedeutet das Gesetz für das bürgerschaftliche Engagement heute schon, dass den öffentlichen Haushalten – Herr Borchert hat es gesagt – 440 Millionen Euro verloren gehen. Das wird noch zu klären sein, was das eigentlich für den Haushalt Mecklenburg-Vorpommerns bedeutet.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn wir darüber hinaus Zugeständnisse machen wollen, dann müssen wir auch sagen, wo kommt das Geld dafür her. Ich denke, das sollte man intensiv beraten. Übrigens finde ich auch den Aspekt, dieses Ganze noch mal zu betrachten unter Berücksichtigung der zukünftigen Verwaltungsreform, ja nicht uninteressant.

Also, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt, glaube ich, gute Gründe, diesen Antrag wirklich in den Ausschüssen intensiv zu diskutieren, insbesondere wenn wir den Anspruch haben, hier was für das kommunale Ehrenamt tun zu wollen. Insofern – Herr Borchert hat es schon namens der beiden Koalitionspartner erklärt – stimmen wir ausdrücklich für eine Überweisung federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Innenausschuss. Ich denke, wir werden dort eine sachliche Diskussion zu diesem Antrag führen, wo wir sicherlich auch die Entscheidungen, die in Berlin im Bundestag und im Bundesrat noch zu treffen sind, mit einfließen lassen werden. Ich weiß, dass es da durchaus auch bei unseren Parteifreunden viele gibt, die sich für dieses Problem des kommunalen Ehrenamtes sehr

engagieren, auch in Berlin im Bundestag, oder dass es entsprechende Initiativen im Bundesrat gibt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das wäre ja gut, wenn wir bis dahin mit der Zweiten Lesung fertig wären.)

Also lassen Sie uns den Antrag in die Ausschüsse überweisen, lassen Sie uns den entsprechend diskutieren, um hier, wie gesagt, vielleicht zu Lösungen zu kommen, die dann für das kommunale Ehrenamt hilfreich sind.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Und den Innenminister zum Beispiel interessiert das gar nicht.)

Ansonsten, denke ich, verdienen es unsere Kommunalpolitiker auf jeden Fall, dass man durch dieses kommunale Ehrenamt wie auch in anderen Bereichen nicht noch Nachteile hat, sondern dass das dementsprechend unterstützt und gewürdigt wird. – Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Ralf Grabow, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kernfrage, die sich aus dem Antrag für unsere nationaldemokratische Fraktion ergibt, liegt auf der Hand: Lässt sich die Attraktivität des politischen Ehrenamtes auf kommunaler Ebene mit einer Erhöhung des Freibetrages verbessern? Gut, Sie werden jetzt sagen, 175 statt 154 Euro haben oder nicht haben. Die Probleme sind allerdings grundlegender Natur.

Die Freibetragspauschalen für Übungsleiter mit denen für kommunale Ehrenämter in Verbindung zu bringen, ist so oder so ein Vergleich von Äpfeln und Birnen. Ein Sportverein an sich ist kleinteilig und überschaubar und als Institution weitestgehend noch nicht diskreditiert, worauf ich gleich noch zurückkommen werde. Der Erfolg ist bei fleißigem Einsatz aller absehbar, ob nun in Form eines Berichtes in der Lokalpresse, einer Medaille oder einer Urkunde, und trotz streckenweiser starker beruflicher Belastung engagieren sich viele Väter und Mütter ehrenamtlich, und das nicht wegen irgendeiner Pauschale.

Kommunalpolitik hingegen ist ein weites Feld, auf dem Handlungsspielräume obiektiv stark begrenzt sind. Dies ist jedoch nicht der entscheidende Grund dafür, dass sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger auf diesem Gebiet engagieren. Die Diskreditierung der Altparteien auf Bundes- und auf Landesebene ist mittlerweile derart groß, dass Politikverdrossenheit und schließlich Resignation gepaart mit der Ablehnung, sich auf kommunalpolitischem Sektor zu engagieren, immer mehr vorherrschend sind. Selbstbedienungsmentalität, Korruptionsskandale mit Verbindungen, die sich unterdessen bis ins kriminelle Milieu erstrecken, und Volksferne bis hin zur Arroganz haben der schon in den Neunzigern vorhandenen Politikverdrossenheit noch mal einen traurigen Schub gegeben. Zugleich haben immer mehr Menschen das Gefühl, zu geringen Einfluss auf wesenhafte Entscheidungen zu haben. Als Stichwort nenne ich hier nur einmal die Möglichkeit direkter Volksabstimmung.

Vor diesem Hintergrund könnten Sie auch eine Verfünffachung des Steuerfreibetrages für das kommunale

Ehrenamt fordern und würden das Nachwuchsproblem – und um das geht es ja – doch nicht beheben. Gewiss tragen auch größere Selbstbezogenheit und frühzeitiges Wohlstandsdenken zu einer Vernachlässigung gemeinwohlorientierter Aspekte bei. An die Nase fassen müssen sich in diesem Zusammenhang aber weite Teile der etablierten Politik, im schulischen Bereich Tätige und die Massenmedien. Sie leben entweder Verschwendungssucht und Unaufrichtigkeit vor oder befördern den verharmlosend als Wertewandel, deklarieren Werteverfall sogar noch ab. Der Fisch fängt bekanntlich am Kopf an zu stinken.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das merkt man bei Ihrer Partei.)

Ich komme zum Schluss: Erkaufen lässt sich eine stärkere Teilnahme der Menschen am kommunalen Geschehen aber nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Köster, hier geht es nicht um Erkaufen, sondern hier geht es um Anerkennung für die ehrenamtliche Arbeit in den unterschiedlichen Bereichen in unserer Gesellschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

in der ohne sie viele Strukturen, auch die wir selber nutzen, die wir genießen, die in den Dörfern und Städten sich vollzogen haben, überhaupt nicht möglich gewesen wären.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Und in dieser Hinsicht finde ich es sehr schade, dass wir die Brücken der parteipolitischen Entscheidungen bei diesem Antrag eben nicht überwinden können. Wir haben nicht mehr und nicht weniger beantragt als Folgendes: "Die Landesregierung wird ersucht, sich auf Bundesebene im Rahmen der geplanten Reform des Gemeinnützigkeitsrechts für eine Erhöhung des Steuerfreibetrages bei Aufwandsentschädigungen für kommunal ehrenamtlich Tätige nach § 3 Nr. 12 Satz 2 EStG einzusetzen, um die Attraktivität des Ehrenamtes auf kommunaler Basis zu stärken." Und für diesen Antrag gibt es einfach nur entweder ein klares Ja oder ein Nein.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Aber offensichtlich ist es schon mit Ihrer Landesregierung abgestimmt, dass es gar nicht so wichtig ist, auch anwesend zu sein, weil der liegt nämlich schon im Keller.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr mager die Regierungsbank.)

Und Sie wissen, Herr Borchert und Herr Löttge, dafür schätze ich Sie viel zu sehr, dass eine Überweisung dieses Antrages bedeutet, dass dieser Antrag politisch nicht wirksam werden kann, weil noch in diesem Monat der Bundestag und der Bundesrat entscheiden werden. Warum kommen wir, die wir alle politisch tätig sind auf der kommunalen Ebene, bei diesem Punkt nicht zum Fakt? Weil Sie zu spät den "Überblick" gelesen haben,

in dem dieses Problem an uns herangetragen worden ist? Ich wäre bereit gewesen, auch mit Ihnen einen Antrag zusammen zu machen, weil es hier um die Sache geht. Bei den Entscheidungen dieses Gesetzes, das ich befürworte in den wesentlichen Kriterien, ist genau eine Gruppe ausgenommen worden. Alle anderen profitieren von Übungsleiterpauschale, von Bürgerpauschale und so weiter, aber eben eine Ebene nicht, und das sind die politischen Ehrenämter, Herr Ritter hat darauf hingewiesen, im kommunalen Bereich. Und es geht hier um nicht mehr als eine Gleichstellung zu denjenigen, die zukünftig die Übungsleiterpauschale bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und da geht es mir nicht darum, ob ich im Sportverein bin oder im Kreistag sitze. Es geht um eine Gleichbewertung.

Wir hatten folgendes Problem: 1999 wurde mit dem Steuerbereinigungsgesetz damals die Übungsleiterpauschale auf 1.848 Euro jährlich angepasst. Aber erst 2002 ist dann – Herr Borchert, und Sie verzeihen mir – Paragraf 3 Nummer 12 des Einkommensteuergesetzes und infolge die Lohnsteuerrichtlinie R 13 geändert worden. Erst dreieinhalb Jahre später wurde das, was in der Übungsleiterpauschale angewendet worden ist, auf die kommunalen Parlamente übertragen. Das ist ein Zeitverzug, den wir nicht akzeptieren sollten. Und deswegen haben wir gesagt, bitte in dieser Debatte eine Gleichbehandlung.

(Beifall Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und ich zitiere aus dem "Überblick" unter "Stellungnahme des Städtetages und Landkreistages" zu diesem Gesetzentwurf an die Bundesregierung: "Mit einer Gleichbehandlung verhindert man, dass das kommunale Ehrenamt in Anbetracht der geplanten Änderung des Paragrafen 3 des Einkommensteuergesetzes in Nummer 26 zu einem Ehrenamt zweiter Klasse wird."

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und darum geht es hier. Setzen wir uns dafür ein, dass das Ehrenamt in diesem Fall gleich behandelt wird!

Ich kann mir nicht vorstellen, da sogar Ihre Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion geantwortet hat, dass die Wünsche nach Anhebung des Freibetrages – Herr Borchert, auch die Bundesregierung hat es nun mal so genannt – in Paragraf 3 Nummer 12 des Einkommensteuergesetzes sehr wohl bekannt sind und sie versuchen, es zu berücksichtigen.

Wir haben eine aktuelle Debatte. Und es ist richtig, Herr Löttge, ich bin dafür bekannt, wenn ich Geld ausgeben will, dann sage ich auch, wo es herkommen soll. Wir sind da aber in einer sehr schwierigen Situation. Sowohl in der Anhörung als auch in der Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung gesteht die Bundesregierung ein, dass die Veränderungen sehr schwer zu quantifizieren sind und deshalb eine Schätzung angenommen worden ist. Und ich bin natürlich hier nicht in der Lage, jetzt einen Änderungsvorschlag zu machen, wenn die Bundesregierung ihrem eigenen Änderungsantrag eine Schätzung zugrunde legt. Ich denke, das ist auch ein vorgeschobenes Argument.

Ich bin traurig darüber, dass es im Interesse der Kommunalpolitiker keine einheitliche Auffassung gibt. Eine Überweisung bedeutet das Versenken dieses politischen Ansatzes. Ich bitte Sie, das noch mal zu überlegen. Wir werden einer Überweisung in den Finanzausschuss und

damit dem Totmachen dieses Antrages nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke sehr, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/599 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der Linkspartei.PDS und NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Humane Pflegebedingungen in Alters- und Pflegeheimen durch Standards garantieren – Die Qualität von Heimen durch ausschließlich unangemeldete Kontrollen begutachten, auf der Drucksache 5/591.

Antrag der Fraktion der NPD: Humane Pflegebedingungen in Alters- und Pflegeheimen durch Standards garantieren – Die Qualität von Heimen durch ausschließlich unangemeldete Kontrollen begutachten – Drucksache 5/591 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit dem 1. September 2006 liegt die Zuständigkeit für das Heimrecht bei den Ländern. Damit hat sich der Bund wieder einmal aus der Verantwortung gestohlen und diese den Ländern zugeschoben. Die zunehmende Überalterung unseres Volkes, geschuldet einer falschen Familienpolitik, die sich in Geburtenverweigerung und legalisiertem massenhaften Mord im Mutterleib widerspiegelt, lässt die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege im Alter zu einer der grundlegenden sozialpolitischen Aufgaben der Zukunft werden.

Die Familien werden dieses Amt nur in verschwindend geringer Anzahl selbst übernehmen können, da sie nicht mehr mit ihren Eltern oder Großeltern unter einem Dach leben beziehungsweise nicht die Zeit für eine ausreichende Pflege finden können oder wollen. Denn zum Teil ist es schon so weit gekommen, dass die Entsolidarisierung innerhalb des Volkes bis in die eigenen Familien gekrochen ist und alte Menschen in Heime, da sie als Störenfriede und unliebsame Kostenfaktoren gesehen werden, abgeschoben werden. Es ist also ein grundsätzliches demografisches Problem und auch eines der sozialen Kälte innerhalb der Gesellschaft. Doch hoffen wir aus unserer Machtlosigkeit heraus, dass Sie zumindest erkennen, dass darauf umgehend zu reagieren ist, wenn das Übel von uns noch nicht bei der Wurzel gepackt werden kann. Nicht nur aus dem Aspekt der demografischen Entwicklung, sondern auch aus ethischen und verantwortlichkeitsbedingten Gründen der Aufbaugeneration gegenüber ist sozialpolitisches Handeln gefordert. Die vom Bund aufgedrängte Zuständigkeit und die damit verbundene Kompetenz muss genutzt werden, um einen neuen Maßstab in der Pflegepolitik zu bestmöglichen Lebensbedingungen in Alten- und Pflegeheimen zu errichten

Die qualitativ vorbildliche Gewährleistung grundlegender menschlicher Bedürfnisse, wie Nahrungsaufnahme in ausreichender Güte und Menge, Hygiene, Kommunikation, Bewegung, Achtung der Privatsphäre und der Würde, Erhalt der körperlichen und geistigen Unversehrtheit, sind in einer solidarischen Gesellschaft fundamentale Bedingungen einer guten Pflege. Doch ausgerechnet im Altenpflegebereich klaffen Anspruch und Wirklichkeit zum Teil uferlos auseinander. Der Sozialverband Deutschland ermittelte, dass jährlich 10.000 Menschen infolge schlechter Pflege sterben. Die Dunkelziffer wird weit darüber liegen. Heimskandale in Schleswig-Holstein, in Thüringen bis nach Bayern schlagen in den Medien immer wieder hohe Wellen. Die Zustände in manchen Heimen sind in den bekannt gewordenen Fällen derart katastrophal und menschenunwürdig, dass diese Einrichtungen schließen mussten.

Die Situation in Alten- und Pflegeheimen lässt sich heute folgendermaßen beschreiben: zu wenig Personal, zu wenig Zeit, zu wenig Aufmerksamkeit. Im schlimmsten Fall kommt noch Gewalt hinzu. Experten gehen davon aus, dass bis zu 70 Prozent der Bewohner von Krankenhäusern beziehungsweise Altenheimen aufgrund von Akkordarbeit des Pflegepersonals und der daraus resultierenden verkürzten Zeit pro Heiminsassen mangelernährt sind. Denn wie sieht die Praxis aus, wenn aus Zeitmangel eine intensive Beschäftigung mit den Heiminsassen nicht möglich ist? Gerade demenzkranke Patienten, aber auch viele andere müssen gefüttert werden. Doch ein, zwei Löffel schnell in den Mund geschoben reichen für eine vollwertige Ernährung nicht aus. Infolge der Vernachlässigung einhergehend mit mangelnder Hygiene und Bewegungseinschränkungen kommt es zu einer hohen Infektanfälligkeit, Muskelschwund und zur Ausbildung von Wundliegegeschwüren. Die mittlerweile aktenkundig gewordenen Vergehen und Straftaten sind keine Bagatelldelikte mehr. Das Thema humane Pflegebedingungen ist mehrdimensional zu betrachten. Die Komplexität schließt den Bürokratieabbau, die Überlastung der Heime in Form von Zeitknappheit, Personalmangel und Qualifikation des Personals, die Transparenz der Pflege und vor allem die bisher nicht näher definierten Prüf- und Kontrollmechanismen, speziell die Zusammenarbeit der Behörden, und Zuständigkeiten ein.

Ein erster Schritt zur Verbesserung der Pflege ist, das Augenmerk auf einen Aspekt zu richten, der auf die Qualität der Pflege als solcher einwirkt. In erster Linie ist der Schutz der Senioren in den Heimen vor Vernachlässigung und Einschränkung der Bewegungs- und Handlungsfreiheit sicherzustellen. Dafür müssen Kontrollen in Alten- und Pflegeheimen drastisch verschärft werden und das heißt mit ausschließlich unangekündigten Kontrollen in regelmäßigen unterschiedlichen Zeitabständen, die gesetzlich verankert werden. Mit diesen unangemeldeten Begutachtungen wird gleichzeitig ein anderes Problem angegangen. Die Situation des Pflegepersonals kann sich spürbar bessern. Bislang sah sich eine Vielzahl von Pflegern und Pflegerinnen veranlasst, die katastrophalen Zustände und Missstände in ihren Heimen durch anonyme Anzeigen beziehungsweise durch andere Maßnahmen öffentlich zu machen. Zusätzlich zu der harten, gering bezahlten Arbeit kommen dann wiederholt bekannt gewordene berufliche Zwangsmaßnahmen

und Verunglimpfungen auf das Pflegepersonal zu. Dem könnte mit externen Qualitätskontrollen und Institutionen entgegengewirkt werden.

Für alte Menschen ist ein Lebensabend in Würde sicherzustellen. Ziel unseres Antrages ist es, die Verbesserung der Qualität der Pflege nachhaltig anzugehen. Gleichzeitig können wir uns vorstellen, mit einer Veröffentlichung der Prüfberichte einen nicht zu unterschätzenden Anreiz für die Heime zu bieten, denn für jeden zugängliche und verlässlich transparente Auskünfte über die aktuelle Situation in den Alten- und Pflegeheimen erwirken eine dauerhaft optimale Pflegequalität und zwingen die Heimträger und Leiter oder Pflegedienste zwangsläufig zum Umdenken und Handeln. Mit zeitlich versetzten Prüfungen, die die Wirksamkeit eventuell vorangegangener Beanstandungen auf Verbesserung prüfen, kann unserer Ansicht nach eine anhaltende positive Pflegequalität, die den Menschen im Mittelpunkt sieht, erreicht werden. Nur durch unangemeldete Kontrollen sind verlässliche Ergebnisse hinsichtlich Lebens- und Pflegebedingungen in den Heimen garantiert.

Jetzt bringen Sie bitte nicht wieder Ihr einfallslos infantiles Argument des verurteilten Frauenschlägers, dem Sie die Kompetenz und Glaubwürdigkeit absprechen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das sind Sie ja auch. Das ist nun mal eine Tatsache. – Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Nicht, dass es mich stören würde, wenn Sie in Ihrer Hassmentalität gegen mich und die von mir und meiner Partei betriebene deutsche Politik sind. Es ist vielmehr so, dass Ihre Darlegungen mittlerweile ein ausgelatschter Schuh und wenig stringent sind

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Schlimm genug, dass Sie das so sehen.)

und zudem belegen, dass Sie meinen Ausführungen nichts Stichhaltiges entgegenhalten können. Es ist nun an Ihnen zu beweisen, wo Sie sich christlich nennen oder sozial in Ihrem Namen führen, dass Sie sich unserer Eltern- und Großelterngeneration annehmen und sich für ein menschenwürdiges Leben im Alter starkmachen. Zeigen Sie wenigstens einmal Zivilcourage in Ihrem andressierten Abstimmungsverhalten. Nehmen Sie die Ihnen verpassten Scheuklappen von den Augen und stimmen Sie im Interesse, auch in Ihrem Interesse, Ihrer Eltern und Großeltern für unseren Antrag. Eine wirksame Kontrolle dürfte auch in Ihrem Interesse liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es hat zuerst das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heydorn. Bitte schön, Herr Heydorn, Sie haben das Wort.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Herr Köster von der NPD-Fraktion ist nicht nur ein verurteilter Frauenschläger, er hat auch keine Ahnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Ralf Grabow, FDP – Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.) Das Argument der Entsolidarisierung zwischen den Generationen ist wissenschaftlich nicht belegt. Es gibt Umfragen aus jüngster Zeit, dass der Solidaritätsgedanke zwischen Alt und Jung nach wie vor ausgeprägt ist. Aber die Tatsache, dass sich Kinder nicht nur in dem Umfang um ihre Eltern kümmern können, hat häufig mit Mobilität zu tun, mit unterschiedlichen Orten, wo Menschen leben und so weiter und so fort.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist aber de facto so. Das interessiert doch gar keinen, Herr Heydorn.)

Herr Pastörs, soll ich Ihnen was sagen, soll ich Ihnen was sagen?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch de facto so.)

Ja, kann ich Ihnen was sagen?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Müssen Sie nicht. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nee, nicht sozialpolitisch, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Schaumschläger.)

Wenn es nach mir ginge, dürften Sie ohne Betreuer an einer Bude gar keine Cola kaufen. So ist es.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD: Sehen Sie. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD – Stefan Köster, NPD: Und Ihnen würde ich keinen Betreuer zumuten.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, ...

Jörg Heydorn, SPD: An einer Bude keine Cola kaufen ohne Betreuer. So ist es.

(Unruhe bei Udo Pastörs, NPD – Raimund Borrmann, NPD: Cola ist sowieso schlecht. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Pastörs, Ihren Zwischenruf weise ich als unparlamentarisch zurück.

Jörg Heydorn, SPD: Wenn man mal genau hingehört hat, dann hat man ja mitgekriegt, wie Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen betreut werden, von der NPD gesehen werden. Sie sind hier heute mehrfach als Heiminsassen bezeichnet worden.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind sie heute leider.)

Herr Köster macht diese Menschen zu Heiminsassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn man sich den Zweck der Antragsteller mal vor Augen führt, dann kann man ja nahtlos an das anknüpfen, was gestern von der Kollegin Měšťan vorgetragen wurde. Man geht immer nach dem gleichen Muster vor.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Die Fraktion der neuen Nazis von der NPD versucht den Leuten zu suggerieren, dass die etablierten Parteien sich nicht kümmern. Sie sind gerade mit sich selbst beschäftigt und haben keine Gelegenheit, die wichtigen Dinge in den Fokus zu nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Die sind so wie Sie, Herr Heydorn. Und das bringen wir den Leuten bei. – Zuruf von Stefan Köster, NPD) Nur die NPD hat die wesentlichen Dinge im Auge und kümmert sich um die Menschen.

(Raimund Borrmann, NPD: Warum nicht?)

Das ist doch einfach immer das Gleiche.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das kennen wir, seitdem Sie hier im Landtag sitzen. Da ist aber nichts dran,

(Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD: Wir sind aktiv.)

denn wenn man sich den Antrag anguckt, ist der fachlich völlig unbrauchbar.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ja.)

Zum Ersten muss festgestellt werden, dass die Zuständigkeit für das Heimgesetz nicht in vollem Umfang auf die Länder übergegangen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Aber teilweise.)

Teilweise.

(Udo Pastörs, NPD: Und da könnte man einwirken.)

Das sagen Sie aber nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, hören Sie zu,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

dann werden Sie merken, wo man einwirken kann und wo nicht.

Also teilweise ist die Zuständigkeit auf die Länder übergegangen. Aber beispielsweise das Heimvertragsrecht ist nicht auf die Länder übergegangen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Bundesrecht.)

Das ist nach wie vor Privatrecht und bewegt sich auf der Seite des Bundes.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

In seinen inhaltlichen Forderungen bleibt der Antragsteller vage, er geht am Heimgesetz vorbei oder er stellt Forderungen auf, die schon erfüllt sind. Beispiele: Wenn man sich den Antrag ansieht, dann steht drin, ein neuer "Maßstab zu bestmöglichen Lebensbedingungen in Alten- und Pflegeheimen" soll errichtet werden. Das ist eine hohle Phrase. Da steht nichts dahinter. Wenn man sich an die Rede von Herrn Köster erinnert.

(Udo Pastörs, NPD: Ganz ruhig bleiben. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

dann ist dazu auch nichts gesagt worden, wie die NPD sich solche neuen Maßstäbe vorstellt.

(Harry Glawe, CDU: Die machen es mit dem Zollstock.)

Dann steht im Antrag drin: "Die Qualität der Pflege ist zu garantieren". Die Qualität der Pflege ist überhaupt nicht Gegenstand des Heimgesetzes. Keine Ahnung! Die Qualität der Pflege wird geregelt im SGB XI. Sie wird differenziert nach Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig. – Udo Pastörs, NPD: Und die Ergebnisse kennen wir ja in den Altenheimen.) Und die Überprüfung dieser Pflegequalität obliegt auch nicht der Heimaufsicht, sondern sie obliegt den Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit angemeldeten Kontrollen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die prüfen die Pflegequalität.

(Udo Pastörs, NPD: Mit angemeldeten Kontrollen.)

Wollen wir doch Ihre Argumente mal aufgreifen. In Mecklenburg-Vorpommern werden rund 16.000 Menschen in Alten- und Pflegeheimen versorgt.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Wie viele Pflegeskandale haben wir denn hier im Land gehabt?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie suchen sich immer die Dinge raus,

(Udo Pastörs, NPD: Weil angemeldete Kontrollen wahrscheinlich wenig bringen.)

wie Sie sie brauchen, und da reiten Sie drauf rum.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Das lasse ich Ihnen eben nicht durchgehen. Das lasse ich an dieser Stelle nicht durchgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und das nächste Beispiel, dass Sie der Oberahnungslose sind, das kommt jetzt an dieser Stelle.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sie sprachen von angemeldeten Kontrollen. Schauen Sie doch mal rein – das ist das Heimgesetz –,

(Udo Pastörs, NPD: Sie erahnen etwas.)

schauen Sie mal rein in Paragraf 15 des Heimgesetzes.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren!

Jörg Heydorn, SPD: In Paragraf 15 des Heimgesetzes, schauen Sie da mal rein, da steht in Satz 1:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

"Die Heime werden von zuständigen Behörden durch wiederkehrende oder anlassbezogene Prüfungen überwacht." Das ist Satz 1.

(Zurufe von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Raimund Borrmann, NPD)

Satz 2 heißt folgendermaßen: "Die Prüfungen können jederzeit angemeldet oder unangemeldet erfolgen."

(Raimund Borrmann, NPD: Die können auch gar nicht erfolgen. – Udo Pastörs, NPD: In der Praxis wird es zu 80 Prozent angemeldet gemacht. – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Udo Pastörs, NPD) Das heißt, wir haben heute schon die Situation, dass Überprüfungen in Heimen unregelmäßig, unstet und vor allen Dingen auch unangekündigt erfolgen können.

(Udo Pastörs, NPD: Können! – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD – Udo Pastörs, NPD: Machen Sie weiter, Herr Heydorn!)

Wenn man sich in der Tat den Faktor anguckt, der angesprochen wurde, zu wenig Zeit für die Pflege, zu wenig Zeit für die Betreuung der Leute, dann fällt einem natürlich eins ins Auge: Wie viele Kontrollen haben Heime heute über sich ergehen zu lassen? Es kommt gegebenenfalls der Sozialhilfeträger, der darf das machen, es kommt der Medizinische Dienst der Krankenkasse, es kommt die Heimaufsicht. Die kommen nicht immer am gleichen Tag, die stimmen sich vielleicht auch nicht richtig ab. Das sind letztendlich alles Dinge, die den Pflegefachkräften zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben fehlen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das wird im Grunde an der Stelle völlig verschwiegen. Es gibt auf der Bundesebene schon in Größenordnungen Bestrebungen, das Heimrecht zu verändern,

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

nicht auf der Bundesrechtsebene, sondern ich weiß, dass die A-Länder beispielsweise sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengetan haben, die da relativ weitreichende Vorstellungen entwickelt haben, was man zur Veränderung des Heimrechtes tun sollte. Aber die Frage ist: Wann sollte man das tun und wie sollte man das tun?

(Udo Pastörs, NPD: Erklären Sie es uns!)

Da bin ich gerade dabei.

Es gibt in erheblichem Umfang Interdependenzen zwischen dem SGB XI auf der einen Seite

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und dem Heimgesetz auf der anderen Seite, was zum Beispiel das Thema Bürokratie angeht, was das Thema Kontrollen angeht. Meines Erachtens ist es wichtig, da zurzeit auf der Bundesebene die Reform des SGB XI erörtert wird, abzuwarten, was dabei rauskommt. Also wir müssen wissen, was an Eckpunkten steht, den ersten Entwurf auf dem Tisch liegen haben, dann kann man sich im Land Mecklenburg-Vorpommern auch trefflich mit der Reform des Heimgesetzes beschäftigen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Aber nicht nebeneinander her, dass man hinterher wieder einen Zustand hat, der von allen Seiten beklagt wird, weil die Parallelstruktur nicht hinreichend reduziert worden ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und jetzt kommt die nächste spannende Frage: Wie sollte denn das Heimgesetz reformiert werden? Auch da gibt es inzwischen gut entwickelte Vorstellungen, was man an der Stelle tun sollte. Ein paar Dinge will ich ansprechen: stärkere Orientierung auf Elemente des Verbraucherschutzes. Das könnte zum Beispiel sein, dass man wirklich nur über Ergebnisqualität und dergleichen Informationen zur Verfügung stellt, an denen sich Verbraucher orientieren können. Die Aufnahme neuer Versorgungsformen ist ein wichtiger Punkt bei der Veränderung des Heimgesetzes. Sie wissen, dass sich die Angebote in der Altenpflege im Laufe der letzten Jahre immer weiter

ausdifferenziert haben. Es geht nicht mehr um das starre Heim. Ich will als Beispiel sogenannte betreute ambulante Wohngemeinschaften bringen, die häufig Schwierigkeiten haben, weil sie nicht wissen, gehören sie ins Heimrecht oder gehören sie nicht ins Heimrecht. Mehr Teilhabe und Lebensweltorientierung ist so ein Beispiel, Abbau von Doppelstrukturen ist ein Beispiel, Bürokratieabbau ist ein Beispiel und Anforderungen an die personelle Ausstattung, um nur ein paar Dinge zu nennen.

Die Lampe brennt,

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

deswegen kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, der Antrag ist hohl, er ist eine hohle Blase und wir werden ihn an dieser Stelle ablehnen.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Lieber Herr Heydorn! Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bislang ging ich zumindest immer noch davon aus, dass Sie lesen können, aber offensichtlich können Sie noch nicht einmal dieses. Was steht denn in unserem Antrag drin? Sie haben Begründungen vorgelesen, aber nicht den Antrag. Unser Antrag lautet: "Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, das Heimgesetz auf Landesebene zu reformieren. Es soll dabei zuvorderst sichergestellt werden, dass der § 15 Heimgesetz novelliert wird, sodass dann die Überwachung der Heime durch die zuständigen Behörden ausschließlich in unangemeldeten Kontrollen erfolgt."

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Ihre Ausführungen könnte ich als Lehrer nur folgendermaßen qualifizieren: Sechs, setzen!

(Jörg Heydorn, SPD: Noch mal, das habe ich nicht verstanden!)

Das war eine glatte Sechs.

(Jörg Heydorn, SPD: Sprechen Sie mal ein bisschen deutlicher!)

Das war eine glatte Sechs, Herr Heydorn.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Sie hätten sich mal informieren können, dass das Land Bayern als einziges Bundesland diese unangemeldeten Kontrollen auch wirklich durchführt. Vor Kurzem hat ein Politikmagazin, entweder in der ARD oder im ZDF, festgestellt, dass alle anderen Bundesländer hier erheblichen Nachholbedarf haben.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Ihre Ausführungen beweisen, dass Sie sich immer auf die Theorie beschränken, die Praxis, die Realität aber überhaupt nicht kennen. Insofern haben Ihre Ausführungen wieder einmal klar gezeigt, Ihnen geht es nur darum, einen Antrag der NPD, der notwendig ist, abzulehnen, und Sie sind hilflos in Ihren Bemühungen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Köster.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/591. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/591 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Auswirkungen und Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Drucksache 5/600. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/630 vor.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Auswirkungen und Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie – Drucksache 5/600 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 5/630 –

(Harry Glawe, CDU: Können Sie die Präsidentin verstehen da hinten?)

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

(Harry Glawe, CDU: Mikro ist sehr schlecht. Bitte lauter.)

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist in vielerlei Hinsicht etwas ganz Besonderes. Selten zuvor erfasste eine Richtlinie derart viele Bereiche, selten zuvor war eine Richtlinie der Europäischen Union so umstritten, selten zuvor im parlamentarischen Verfahren so häufig geändert, selten zuvor erforderte die Umsetzung einer Richtlinie einen derart großen Aufwand und selten zuvor waren die Auswirkungen einer Richtlinie derart unklar wie bei der Dienstleistungsrichtlinie. Und genau um die letzten beiden Punkte – Umsetzung und Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie – geht es meiner Fraktion im vorliegenden Antrag, denn beides ist für Mecklenburg-Vorpommern von herausragender Bedeutung.

Ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass wir die im Herbst 2006 verabschiedete Dienstleistungsrichtlinie für eine falsche Entscheidung halten, die wenig durchdacht war, eben auch weil die Konsequenzen nicht klar sind. Aber darauf komme ich an einer anderen Stelle zurück. Vorher ein paar grundsätzliche Ausführungen:

Wie gesagt, die Dienstleistungsrichtlinie wurde im Herbst 2006 beschlossen, im Dezember 2006 mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU trat sie in Kraft. Drei Jahre haben nun die Mitgliedsstaaten Zeit, um die Umsetzung zu realisieren. Davon ist fast ein Jahr vergangen. Betroffen von dieser Richtlinie sind die Mitgliedsstaaten in ihrer Gesamtheit, das heißt alle staatlichen oder vom Staat mit Rechtsgebungsbefugnissen ausgestatteten Ebenen. Angesprochen sind also nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Kommunen, auch die Berufs-

kammern. Sie alle werden in den nächsten Monaten eine Vielzahl komplexer Prüf-, Anpassungs-, Berichts- und Organisationsaufträge umzusetzen haben. Ziel dieser neuen Richtlinie sind die Erleichterung der Niederlassung in einem Mitgliedsstaat durch Verwaltungsvereinbarung, die Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen durch gezielte Harmonisierung, vor allem in den Bereichen Verbraucherinformation, die Einführung der Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten durch gegenseitige Unterstützung und Information, die Stärkung der Rechte der Dienstleistungsempfänger auf grenzüberschreitende Dienstleistungen.

Zur Umsetzung der Richtlinie sind in den Mitgliedsstaaten eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen und wie kompliziert diese Umsetzung zu sein scheint, zeigt eine Tatsache, nämlich: Noch im Frühsommer 2007 soll ein sogenanntes Umsetzungshandbuch erscheinen, ein Bericht zur Implementierung der Dienstleistungsrichtlinie in das geplante elektronische Amtshilfesystem und ein Arbeitsplan für Verhaltensregeln für Dienstleister erarbeitet werden. Darüber hinaus laufen weitere parallele Verfahren, die offensichtlich dazu dienen, die Dienstleistungsrichtlinie konsequent umzusetzen beziehungsweise Vorhaben für die totale Freiheit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Nachhinein zu legalisieren. Dabei denke ich an die Vorbereitung einer Richtlinie "Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse", des Gemeinschaftsrahmens für sichere, hochwertige und effiziente Gesundheitsdienste, das Grünbuch für ein modernes Arbeitsrecht und der europäischen Energiepolitik.

Und damit nicht gleich wieder behauptet wird, dass unsere Fraktion gegen eine Liberalisierung des Dienstleistungssektors wäre, möchte ich an dieser Stelle an unsere Debatte in diesem Hohen Haus im Januar 2006 verweisen, in der wir uns ganz konkret positioniert haben

Aber zurück zum Antrag: Dass es in Bezug auf die Umsetzung der zu verändernden Rechtsvorschriften noch viele Unbekannte gibt, beweisen nicht zuletzt die in den unterschiedlichen Parlamenten gestellten Anfragen zu diesem Thema und die dazugehörigen Antworten des Bundes und der Landesregierungen. Und, das will ich an dieser Stelle auch feststellen, in unserem Gespräch in Brüssel mit dem Gesandten der Ständigen Vertretung Deutschlands habe ich diesbezüglich konkret nachgefragt, leider keine konkrete Antwort erhalten.

Nun stellt sich für mich die Frage, welche Prüfungen werden vonseiten der Bundesregierung in Vorbereitung von EU-Richtlinien überhaupt durchgeführt. Einerseits wird gegenüber den Kritikern permanent behauptet, dass sie alles als falsch ansehen, andererseits kann man bis zum heutigen Tag noch nicht genau sagen, welche Gesetze und Richtlinien verändert werden müssen. Mit solider Arbeit hat das wenig zu tun. Oder geht es nur um ein Ziel, nämlich den Dienstleistungsmarkt ohne Rücksicht auf Verluste freizugeben und alle vorhandenen Standards über Bord zu werfen, ja, auch den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge noch stärker zu privatisieren?

Meine Damen und Herren, uns allen sollte bewusst werden, über welche Dimension wir hier reden. Immerhin handelt es sich um einen Bereich, der in den meisten Mitgliedsstaaten mit fast 70 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt und sehr viel zur Beschäftigung beiträgt. Darüber hinaus wird diese Richtlinie den Liberalisierungsdruck Daseinsvorsorgeleistungen erhöhen, auch zu mehr Lohn- und Sozialdumping führen, den Standard in den

kleinen und mittelständischen Betrieben auch in Bezug auf die Ausbildung und hier insbesondere bei den Handwerkern.

Meine Damen und Herren, diese Sorge teilen wir mit vielen anderen, etwa mit den Handwerkskammern, den verschiedenen Innungen, den Gewerkschaften und den Wohlfahrtsverbänden. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir dort, wo wir als Land noch Gestaltungsmöglichkeiten haben, diese im Sinne einer sozial gerechten Politik wahrnehmen. Dazu gehört für mich auch die Stärkung der Unternehmen in unserem Land. Deswegen müssen wir von der Landesregierung genau wissen, was insbesondere auf die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und die kleinen und mittelständischen Unternehmen zukommt. Inwieweit wird die Daseinsvorsorge betroffen sein?

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Antrag der SPD und der Linkspartei zur Dienstleistungsrichtlinie in der vergangenen Wahlperiode. Hier hat sich der Landtag damals dafür ausgesprochen, dass Leistungen der Daseinsvorsorge von dieser Richtlinie auszuschließen sind. Aus unserer Sicht ist in dieser Beziehung keine Klarheit eingetreten. Wer sind die einheitlichen Ansprechpartner und wie viele soll es davon im Land geben? Was ist mit dem Subsidiaritätsprinzip? Die Richtlinie greift in so viele Bereiche ein, dass man sich schon fragt, ob denn alles von der EU geregelt sein muss. Wie sieht es grundsätzlich aus mit der Rechtssicherheit? So ist etwa dem Standpunkt des deutschen Juristenbundes zu entnehmen, dass die Dienstleistungsrichtlinie eine verwirrende Anzahl von Regelungen, Ausnahmen, Gegenausnahmen, Lücken und Unwägbarkeiten aufweist. Bei näherem Hinsehen bestätigt sich diese Auffassung. Die 46 Artikel benötigen zu ihrer Erklärung sage und schreibe 118 Erwägungsgründe. Man muss keine prophetischen Gaben haben, um festzustellen, dass in zahlreichen Fällen der Europäische Gerichtshof darüber entscheiden wird, wie die Richtlinie auszulegen ist.

Ich möchte die Rechtsunsicherheit an einem Beispiel verdeutlichen. Nach Artikel 2 Absatz 2 a erstreckt sich die Dienstleistungsrichtlinie nicht auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Dies sind nach Erwägungsgrund 17 Dienstleistungen, für die eine sogenannte wirtschaftliche Gegenleistung erbracht wird. Sind demnach etwa Bereiche wie Bildung, Soziales und Kultur plötzlich eine wirtschaftliche Tätigkeit, wenn sie nicht überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden? Im Ergebnis könnten etwa die Volkshochschulen oder öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen, wie wir sie heute kennen, der Dienstleistungsrichtlinie zum Opfer fallen? Dies setzt unweigerlich den Trend der Privatisierung von Bildung fort. Des Weiteren ist bislang völlig unklar, welche Landesgesetze verändert werden müssen. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang auch nicht darauf zurückziehen, dass die Richtlinie erst bis Ende 2009 in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Nun ist es ja nicht so, dass die Landesregierung in dieser Sache untätig ist. Wir alle wissen, dass sie fleißig – und das unterstelle ich erst mal – an den Einzelheiten der Umsetzung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe beim Bundeswirtschaftsministerium arbeitet. Sie stimmen aber sicher mit mir überein, wenn ich sage, auch der Gesetzgeber muss so früh wie möglich eingebunden werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Sätze zum diskutierten Artikel 16 sagen. Ursprünglich wurde dort das Herkunftslandprinzip gere-

gelt, welches heftig durch das Prinzip des freien Dienstleistungssektors ersetzt wurde. Ich kann unsere Auffassung an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Die Begriffe sind zwar ausgetauscht, der Inhalt ist jedoch weitestgehend geblieben mit all seinen negativen Folgen. Und wie man nationale Forderungen und EU-Politik verknüpfen kann, möchte ich an dem folgenden Zitat der Gewerkschaft ver.di in ihrer Stellungnahme vor dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages belegen: "Ein verschärftes Lohn- und Sozialdumping und ein Absinken der Qualitätsstandards werden die Folge sein, wenn es keine flankierenden Maßnahmen wie gesetzlichen Mindestlöhne, Sozial- und Qualitätsstandards gibt." Also worauf warten wir? Schaffen wir flankierende Maßnahmen wie den Mindestlohn, dann haben wir schon ein Problem bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie weniger.

Zum vorliegenden Änderungsantrag möchte ich Folgendes sagen: Ja, wir sind dafür, dass wir uns ein wenig mehr Zeit nehmen und bis zum 31. Oktober 2007 die Unterrichtung vornehmen. Ich möchte aber daran erinnern, dass wir den Haushalt 2008/2009 aufstellen und auch da wird finanziell zu untersetzen sein, was im Grunde genommen dann festzulegen ist. Also wie wir das zusammenkriegen, sollten wir bereits berücksichtigen.

Was die Überweisung betrifft, schlagen wir vor, nicht in den Wirtschaftsausschuss federführend, sondern in den Europa- und Rechtsausschuss

(Detlef Müller, SPD: Frau Borchardt, jetzt ist es aber gut!)

und dazu in den Wirtschaftsausschuss.

(Detlef Müller, SPD: Aber jetzt nicht noch solche Dinge, Frau Kollegin Borchardt!)

Und ich hoffe, dass alle Ausschüsse sich im Rahmen der Selbstbefassung damit befassen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Borchardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Dienstleistungsrichtlinie ist Ende des letzten Jahres veröffentlicht worden. Es ist jetzt schon viel über die Konsequenzen für die Mitgliedsstaaten gesprochen worden. Ich gehe davon aus, dass Sie die Dinge im Wesentlichen auch kennen. Ergänzen will ich, dass die Frist zur Umsetzung der Richtlinie läuft. Sie endet am 28. Dezember 2009.

Ganz offensichtlich ist, dass die Umsetzung uns im gleichen Maße berühren wird wie der Erlass der Richtlinie selbst. Da hat es schon mal eine kräftige Diskussion gegeben. Denn jetzt ist es der einheitliche Ansprechpartner für die Leistungserbringer und für die Nutzer, der einzurichten ist. Ein Normenscreening ist durchzuführen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich will Ihnen das gleich erklären, Herr Pastörs, da brauchen Sie nicht zu lachen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Also das heißt, es ist zu prüfen, inwieweit die geltenden Bestimmungen mit europäischem Recht übereinstimmen im jeweiligen Mitgliedsland.

Bevor ich allerdings hierauf später im Einzelnen eingehen werde, möchte ich einen Blick in die Vergangenheit werfen und Sie an den durchaus beschwerlichen Weg erinnern, den die EU-Dienstleistungsrichtlinie bisher schon genommen hat. Es war ja damals, ungefähr vor einem Jahr, heftig zu Diskussionen vor allen Dingen über die Frage des Herkunftslandprinzips gekommen. Die Vorstellung, dass in einem Mitgliedsstaat – das wäre der verrückteste Fall – am Ende 27 unterschiedliche Rechtssysteme gelten würden und damit eine Rechtsverwirrung ohnegleichen einträte, sowohl für Dienstleister als auch für Verbraucherinnen und Verbraucher, war natürlich für die meisten geradezu absurd. Es ist ja auch inzwischen erkannt worden, dass das nicht vermittelbar ist.

Jetzt ist der Stand so, dass das Prinzip der Freiheit der Dienstleistungen gilt. Nunmehr tragen die Mitgliedsstaaten Sorge dafür, dass die Dienstleistungstätigkeiten frei aufgenommen und ausgeübt werden können. Auch im Hinblick auf den Bereich der Dienstleistungen im sogenannten allgemeinen Interesse erfolgte hier eine Klarstellung. Es wurde im Richtlinientext diesbezüglich der Begriff der Nichtwirtschaftlichkeit aufgenommen. Das bedeutet also, dass vom Anwendungsbereich der Richtlinie diejenigen Dienste der Daseinsvorsorge ausgenommen sind, für die kein Entgelt geleistet wird. Also nehmen wir als Beispiel die Bibliothek, sie ist eine solche Dienstleistung, wenn sie denn vorhanden ist. Das ist für mich ein klares Abgrenzungskriterium, welches im Übrigen Artikel 50 des EG-Vertrages entspricht und die Forderung, die die PDS im Antrag stellt, nach einer Definition eigentlich beantwortet.

Die immer wiederkehrende Forderung, die Auswirkungen der Richtlinie auf die Beschäftigten in einzelnen Dienstleistungsbereichen zu beleuchten, ist natürlich für mich durchaus nachvollziehbar. Meine Damen und Herren, genau aus diesem Grund konzentriert sich der Bund-Länder-Arbeitskreis zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie beim Bundeswirtschaftsministerium auf die wesentlichen Aufgaben, die mit der Umsetzung verbunden sind, wie eben zum Beispiel schon das von mir erwähnte Normenscreening. Das ist auch begrüßenswert, denn es dient dem Abbau von bürokratischen Hindernissen. Der Weg zu diesem Ziel soll über die Entwicklung eines einheitlichen Prüfrasters auf allen Ebenen gestaltet werden.

Auch zu dem Thema "einheitliche Ansprechpartner" kann man bereits jetzt einige Aussagen machen. Dem will ich aber voranstellen, wir haben in der zurückliegenden Wirtschaftsministerkonferenz übereinstimmend beschlossen, dass hier eine weitgehend einheitliche Umsetzungslösung in Deutschland anzustreben ist. Das umfasst sowohl den Aufgabenbereich als auch das zukünftige Erscheinungsbild des einheitlichen Ansprechpartners. Gründe hierfür sind Gesichtspunkte der Effizienz und das Erreichen einer für die Dienstleister nachvollziehbaren Systematik. Es wird bundesweit die Errichtung eines kohärenten Netzes von einheitlichen Ansprechpartnern angestrebt. Bei diesem Aufgabenbereich gibt es zunächst allerdings auch nur erste Schritte. Es liegt der Entwurf eines Arbeitspa-

piers zu den Mindestforderungen an den einheitlichen Ansprechpartner vor. Eine Abstimmung zu diesem endgültigen Papier soll auf der nächsten Wirtschaftsministerkonferenz erfolgen. Auf dieser Basis könnten dann weitere Schritte veranlasst werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es wird Ihnen deutlich, wir befinden uns hier mittendrin im Prozess der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Dabei – das will ich klar und deutlich sagen – sind wir vor Fragen und Aufgaben gestellt, die uns in erheblichem Maße beanspruchen werden. Wir haben hier ein sehr schwieriges Terrain für uns, auf dem wir noch einiges miteinander besprechen werden müssen. Insofern sehe ich der Diskussion mit entsprechendem Interesse entgegen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich kurzfassen. Wir haben lange über die EU-Dienstleistungsrichtlinie gesprochen. Das alles, was dazu gesagt worden ist, muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden, auch die Bedenken, die von vielen innerhalb dieses Parlaments im Zusammenhang damit geäußert worden sind.

Die Fraktion der SPD kann das Anliegen dieses Antrages ohne Weiteres nachvollziehen. Wir halten es für erforderlich, dass entsprechend unterrichtet wird. Welche Maßnahmen sich dann tatsächlich daraus entwickeln, ist eine andere Frage, aber das sieht man halt erst in dem entsprechenden Prozess. Wie schwierig das ist, hat ja Herr Minister Seidel eben schon dargelegt, weil es nicht nur das Problem innerhalb unseres Landes ist. Da gibt es die Probleme der Abstimmung mit den anderen Bundesländern, mit dem Bund. Und ob die EU vielleicht in 10 oder 20 Jahren in der Lage ist, eine einheitliche Auslegung ihrer Richtlinie zu bewerkstelligen, das ist wieder eine ganze andere Frage. Das haben wir in der Vergangenheit bei anderen Verordnungen oder Richtlinien der Europäischen Union immer wieder kennengelernt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Um das ganz deutlich zu machen, die SPD-Fraktion begrüßt die Intention dieses Antrages. Wir sind dafür, dass dieser Antrag tatsächlich in den von Frau Kollegin Borchardt angesprochenen Ausschüssen behandelt wird. Ich habe nur eine kleine Bitte, einen kleinen Hinweis. Es soll bitte keiner glauben, wenn es tatsächlich im Oktober dort besprochen beziehungsweise unterrichtet wird, dass das Ende der Fahnenstange wird. Es wird sicherlich dazu führen, dass in diesen Ausschüssen oder auch in anderen Ausschüssen sich in der Zukunft damit beschäftigt werden muss. – In diesem Zusammenhang herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden uns den entsprechenden Überweisungsanträgen anschließen. Danke schön.

(Beifall Detlef Müller, SPD, und Jörg Vierkant, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP, der Abgeordnete Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei mir wird es womöglich noch kürzer. Das, was Herr Schulte eben gesagt, ja, wir wollen womöglich alle nach Hause, auch dem können wir uns nur anschließen. Das ist ein sinnvolles Anliegen, dass die Dienstleistungsrichtlinie unter die Lupe genommen wird. Ich denke, so, wie es der Änderungsantrag suggeriert, und so, wie wir es eben gehört haben, dass es im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss zu diskutieren ist, ist es ein vernünftiger Weg. Wir werden uns einem Überweisungsantrag anschließen. – Danke schön.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roolf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei mir wird es nicht ganz so kurz.

Rund eineinhalb Jahre ist es nun her, dass sich dieses Hohe Haus – ich war selbst nicht da, aber ich habe mir das berichten lassen – mit dieser Dienstleistungsrichtlinie auseinandergesetzt hat. Nun, im Jahr 2007, sind wir ein ganzes Stück weiter und der vorliegende Berichtsantrag der Linkspartei.PDS fordert, den aktuellen Stand sowie die Auswirkungen entsprechend den Richtlinien für Mecklenburg-Vorpommern darzustellen.

Das Prinzip, dass Dienstleistungen innerhalb der Europäischen Union über nationale Grenzen hinweg erbracht werden können, gehört zu den tragenden Säulen des europäischen Binnenmarktes. Das war auch schon vor 18 Monaten so. Damals ging es im Kern der Diskussion um die Aufgabe, eine vernünftige Balance zwischen der Erleichterung des Dienstleistungsverkehrs und der Schutzinteressen der Mitgliedsstaaten herzustellen. Ich denke, mit dem damals erzielten Kompromiss ist es gelungen, eine ökonomisch wie sozial ausgewogene Lösung zu finden. Wichtig ist immer wieder zu betonen, dass Deutschland als Dienstleistungsland rund 70 Prozent - Frau Borchardt hat das schon gesagt - seiner Wertschöpfung und Beschäftigung aus dem Sektor bezieht und es gerade deutsche Unternehmen sind, die bislang durch zu starre internationale Regelungen behindert werden. Das bedeutet auch, dass Wachstums- und Beschäftigungschancen ohne diese Richtlinie nebst entsprechender Umsetzung in nationales Recht leichtfertig vergeben werden.

Dadurch, dass die Ursprungsrichtlinie, vorhandenes Herkunftsprinzip, nicht mehr Bestandteil der Richtlinie ist, werden auch die bestehenden Sorgen sehr ernst genommen. Durch Anwendung des sogenannten Bestimmungslandprinzips wird verhindert, dass bei Ausführung der Dienstleistungen im Ausland die jeweils rechtlichen und sozialen Standards des Landes gelten, aus dem das Unternehmen stammt. Dies wäre im Fall der Beibehaltung des Herkunftslandprinzips nämlich geschehen. Der Binnenausschuss des EU-Parlaments hat eindeutig beschlossen, dass weder die Richtlinie noch das Herkunftslandprinzip auf Arbeitsbeziehungen angewendet werden. Im Klartext bedeutet das, dass sich für Löhne, Arbeitsschutz und Tarifrecht rein gar nichts ändert und somit die gestreute Verunsicherung nicht gegeben ist. Deutschland kann auch die Einhaltung von Mindestlöhnen weiterhin verlangen. Dieser genannten Kompromisslinie haben sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission und der Rat der Europäischen Union Ende des Jahres 2006 zugestimmt. Jetzt bleibt, es ist gesagt worden, bis 2009 die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Auch wir haben nichts gegen den Antrag der Linkspartei.PDS, sind grundsätzlich damit einverstanden, und zwar mit den beantragten Änderungen und dem Verweis in die entsprechenden Ausschüsse, die Frau Borchardt erwähnt hatte. – Vielen Dank.

(Beifall Matthias Lietz, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD, der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon lustig, wie auf der einen Seite die PDS als Befürworter der Europäischen Union agiert, aber auf der anderen Seite lamentieren Sie über die Folgen der Brüsseler Bürokratie und über die schmerzhaften Richtlinien, welche uns nach und nach mit aller Härte treffen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Das unterscheidet Internationalisten von Nationalisten.)

Die Auswirkungen und Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales, das heißt deutsches Recht stellt in der Tat ein großes Problem dar. Lohndrückerei und Sozialdumping führen zu katastrophalen Folgen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist geradezu absurd, mit welcher Arroganz die EU-Bürokratie dafür sorgt, dass die Beschäftigten in kompletten Branchen ihre Arbeit und somit ihr Brot verlieren. Eine Politik, wonach jeder Fliesenleger aus Polen in unserem Land als Dienstleister und somit als Unternehmer auftreten kann, ist einfach nicht zu akzeptieren.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das sehen wir aber ein bisschen anders.)

Das Gleiche gilt für den Bereich der Fleischer. An vielen Schlachthöfen arbeiten nur noch sogenannte ausländische, hauptsächlich polnische Dienstleister.

Diese Entwicklung ist auch mit dem schönen Antrag der Linken an die Landesregierung, wie er auf der Drucksache 5/600 zum Ausdruck kommt, nicht zu stoppen. Das Monstrum EU muss generell auf den Prüfstand. Die nationalen deutschen Interessen werden nicht nur bei der Dienstleistungsrichtlinie ausgehöhlt, sondern durch einen ganzen Strauß von volksfeindlichen Richtlinien und Direktiven, meine Damen und Herren, wobei klar sein muss, dass die Brüsseler Bürokratie längst aus dem Ruder gelaufen ist. Es gibt keinen wirksamen demokratisch legitimierten Aufbau dieser EU und die von Ihnen allen so viel gelobte EU-Verfassung bleibt nichts anderes als Makulatur. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, ob Ihnen das passt oder nicht, dass das französische und das niederländische Volk den Verfassungsentwurf in Volksabstimmungen in den Papierkorb gewählt haben. In Frankreich wird Demokratie tatsächlich, man höre und staune, immer noch als Volksherrschaft verstanden und nicht wie bei uns als Parteienherrschaft.

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird unweigerlich zu weiterer Lohndrückerei führen. Dem kann

wirksam nur begegnet werden durch Festschreibung eines nationalen Mindestlohns von mindestens 8,80 Euro die Stunde. Den Unsinn, Arbeitnehmer als Unternehmer zu definieren, muss entschieden im Interesse der deutschen Arbeiterschaft entgegengewirkt werden.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Dass Sie von der SPD längst keine Arbeiterpartei mehr sind, wissen Sie selbst zur Genüge. Trotzdem möchte ich Ihnen heute einmal ein Zitat Ihres ersten Parteivorsitzenden August Bebel ins Gedächtnis rufen. Er sagte am 24. April 1869 im noch Deutschen Reichstag: "Ich bin, meine Herren, das wissen Sie Alle, ein entschiedener Gegner dieses Systems, ich bekämpfe es mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln, und kann nicht anders ein Heil für das Volk selbst erblicken, als bis dieses System in Grund und Boden zerschlagen und zertrümmert ist."

Wissen Sie, wenn Leute wie Herr Schlotmann und Genossen mit einer solchen Einstellung, wie Sie sie gerade von Bebel zur Kenntnis gebracht bekamen, mit solch einer Einstellung treten wir von der NPD diesem EU-Monster nicht entgegen. Aber wir wollen alles dafür tun, dass die demokratischen Grundrechte in unserem Land nicht auf dem Altar des faktisch herrschenden liberal-kapitalistischen Systems geopfert werden. Die deutsche Arbeiterschaft braucht heute mehr denn je eine politische Kraft, die für ihre Interessen wirklich eintritt. Man kann nicht der EU huldigen und die bitteren und knallharten Auswirkungen der Eurokratie beweinen.

Ich komme zum Schluss: Da wir in Ihrem Antrag immerhin erkennen können, dass Sie langsam begriffen haben, was die Auswirkungen dieser Richtlinie anrichten, werden wir der Überweisung Ihres Antrages zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Pastörs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Pastörs, auf Ihre Zustimmung können wir gerne verzichten,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

und zwar aus einem einfachen Grund: Ja, wir stehen zur Europäischen Union, ja, wir stehen dazu, dass wir ein friedliches gemeinsamen Leben hier führen. Und aus meiner Sicht können natürlich polnische Arbeitnehmer hier in Deutschland arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD: Aber nicht auf Kosten deutscher Arbeiter, die dann arbeitslos werden.)

aber zu den gleichen Bedingungen wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in Deutschland. Da machen wir keine Unterschiede ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD – Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Borchardt, bitte ...

Barbara Borchardt, Die Linkspartei. PDS: ... und da können Sie auch reden, was Sie wollen, da werden Sie nicht weiterkommen. Und Sie vertreten auch nicht die Interessen der Arbeiter. Die vertreten Sie hier überhaupt nicht! Sie holen aus den anderen Ländern das, was Sie brauchen, und ansonsten ist Ihnen alles andere egal.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie vertreten Bonzeninteressen.)

Und deswegen spreche ich Ihnen das ab, in dieser Beziehung hier mit uns gemeinsam zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Wir haben ganz deutlich, sowohl die SPD als auch die Linkspartei, in den letzten Jahren darauf hingewiesen, welche Probleme wir mit dieser damaligen Bolkestein-Richtlinie haben. Nun haben das Europäische Parlament und die Europäische Kommission entschieden.

(Raimund Borrmann, NPD: Und ihr findet euch damit ab.)

Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir frühzeitig – und davon sind wir hier alle überzeugt – gucken, was wir im Prinzip gemeinsam für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in unserem Land noch machen können.

(Udo Pastörs, NPD: Sie fordern selbst den Mindestlohn, um sich vor diesen Richtlinien zu schützen.)

Ich möchte hier ganz kurz nur eins sagen:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, es ist müßig, heute an dieser Stelle noch mal über Definitionen und über Anpassungen zu reden. Darüber sollten wir ganz genau in den Ausschüssen sprechen. Natürlich gibt es Unterschiede der Bewertung der Dienstleistungsrichtlinie und dessen, was da festgelegt ist. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Linkspartei, das zieht sich auch durch die Kammern durch und das wissen Sie ganz genau. Deshalb sage ich, so genau ist die Definition, die dort dargestellt ist, auch in Bezug auf die Daseinsvorsorge, auch in Bezug auf die Auslegung des veränderten Artikels, in Bezug auf das Herkunftsland eben nicht. Und ich hoffe, dass wir Klarheit kriegen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bin davon überzeugt, dass es ein Arbeitsprozess ist, dass wir nach und nach die entsprechenden Gesetzgebungsprozesse hier für das Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen, und ich hoffe, dass es uns gelingt, dass wir Standards, die in Mecklenburg-Vorpommern, die in der Bundesrepublik Deutschland hart erkämpft worden sind in den letzten Jahren, hier festschreiben können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Udo Pastörs, NPD: Die Hoffnung stirbt zuletzt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Borchardt.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/600 zur federführenden Beratung an den Europaund Rechtsausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/630 ebenfalls an diese Ausschüsse überweisen?

(Reinhard Dankert, SPD: Der ist erledigt.)

Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion NPD – Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten – Freisetzungsversuch gentechnisch veränderter Amflora-Kartoffeln stoppen, Drucksache 5/592.

Antrag der Fraktion NPD:
Gen-Mais MON 810 unverzüglich vernichten –
Freisetzungsversuch gentechnisch veränderter
Amflora-Kartoffeln stoppen
– Drucksache 5/592 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes! Während der öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss des Landtages von Mecklenburg und Vorpommern am 26. April 2007 stellt die Abgeordnete Peters, SPD, an den Experten Harald Nitschke die Frage, ob er trotz Fütterung mit Genmais MON 810 bei Rindern seiner Raminer Agrargenossenschaft schon sichtbare Veränderungen habe bemerken können. Der Sachverständige verneint dies und Frau Peters scheint sich beruhigt zurücklehnen zu können.

(Angelika Peters, SPD: Ja, ist in Ordnung, auf jeden Fall.)

Wie soll sie auch ahnen, dass es Stoffwechselvorgänge gibt, die man sinnlich ebenso wenig wahrnehmen kann wie eine angereicherte Uranprobe, die ein Witzbold unter einem Abgeordnetensitz verstecken könnte?

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Um eine solche nachweisen zu können, wie Frau Peters sicher wissen wird, bedarf es eines Geiger-Müller-Zählers. Für das Erkennen von ein paar Genschnipseln genveränderter Pflanzen in einem Rinderorganismus hingegen sollen Augen, Nase und Ohren eines erfahrenen Landwirtes allein ausreichen.

Doch schon einen Tag später, am 27. April 2007, ergeht eine Verfügung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), die Monsanto bis auf Weiteres das Recht entzieht, Meistersorte MON 810 in Deutschland zu vertreiben, "da berechtigter Grund" - ich zitiere - "zu der Annahme besteht, dass der gentechnisch veränderte Mais eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und Umwelt darstellt". Diesen berechtigten Grund sieht das Bundesamt in Studien, die bis zum Jahr 2000 zurückreichen. Kritiker fragen: Warum wurde so viele Jahre wider besseres Wissen gewartet? Warum kommt die Anordnung erst nach der Aussaat? Warum wird ein Handelsverbot erlassen, aber nicht der Anbau? Warum werden Menschen über ihre Nahrungsmittel als Versuchskaninchen benutzt? Kann man den herrschenden Politikern und Fachbehörden trauen?

Aber es könnte für Monsanto noch weitaus ärger kommen. Nur wenige Tage nach dem BVL-Bescheid ergeht

ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Augsburg. Dort hat jetzt erstmals ein Imker durchgesetzt, dass die in der Nähe seiner Bienenstöcke wachsenden MON-810-Pflanzen nicht blühen dürfen. Nach Ansicht des Gerichtes habe der Imker Anspruch darauf, dass seine Ernte absolut frei von Genmaispollen bleibt.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Begründung: Honig, der mit MON 810 pollenkontaminiert ist, ist nicht als Lebensmittel zugelassen. Das Gericht entscheidet, dass der Genbauer weichen muss, nicht aber der Imker, wenn die Koexistenz nicht möglich ist. Sollte das Urteil Bestand haben und von anderen Gerichten übernommen werden, würde das das Ende des MON-810-Anbaus in Deutschland bedeuten.

Parallel dazu veröffentlicht die Umweltorganisation Greenpeace eine Studie, die die von Monsanto bei der EU-Zulassung eingereichten Daten zur Sicherheitsprüfung grundsätzlich infrage stellt. Greenpeace fordert, dass allein schon aus diesem Grund auch die bereits auf den Feldern ausgebrachten Maissaaten vernichtet werden müssen – eine Forderung, der sich die NPD-Fraktion rückhaltlos anschließt und dies wie nachfolgend begründet:

Erstens. Der genetische Determinismus, die strenge Kausalität von Genen und Eigenschaften von Organismen, kann nicht länger aufrechterhalten werden. Vor nunmehr vier Jahren, im Juli 2003, stürzte das genetische Firmament ein. Was war geschehen? Man hatte in der Analyse des menschlichen Genoms mindestens 120.000 Gene erwartet. Diese Annahme stützte sich auf die Tatsache, dass es in menschlichen Zellen 100.000 Proteine gibt. Addieren musste man 20.000 regulierende Gene. Die tatsächlichen Ergebnisse waren schockierend. Das menschliche Zellgenom besitzt nicht mehr als 25.000 Gene. Manche Forscher sprechen inzwischen nur noch von 21.000 Zellkerngenen. Nobelpreisträger David Baltimore, weltweit anerkannter Vertreter des genetischen Determinismus, musste schon 2001 feststellen, falls im menschlichen Genom nicht noch viele andere Gene vorhanden sind, die unsere Computer nicht erkennen können, müssen wir zugeben, dass wir unsere im Vergleich zu Würmern und Pflanzen zweifellos größere Komplexität nicht durch ein Mehr an Genen gewonnen haben. Heute wissen wir nur eines mit Gewissheit: 21.000 bis 25.000 Gene steuern die Synthese von 100.000 verschiedenen Proteinen.

Zweitens. Wenn in einem Organismus ein Protein nicht auf ein Gen zurückzuführen ist und umgekehrt nicht jedes Gen einem Protein zuzuordnen ist – einfache pflanzliche Organismen wie die Ackerschmalwand weisen ein Mehrfaches an Zellkerngenen auf als die menschlichen Zellkerne –, dann ist eine eindeutige, schon gar keine eineindeutige Beziehung zwischen Zellkerngenen und Stoffwechsel gegeben. Wenn aber nur eine komplexe Beziehung zwischen Zellkerngenen und Stoffwechsel besteht, dann ist die terministische Behauptung der Grundlagengenforscher und der praktischen Gentechniker, mit definierter Einschleusung fremder Gene in einen Organismus eine definierte Reaktion in diesem Organismus auslösen zu können, ganz klar falsch.

Drittens. Dies bedeutet, dass Organismen, die in fremde Gene mit definierten Eigenschaften eingeschleust wurden, in diesen Zielorganismen zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten unterschiedliche Reaktionen zeigen dürften. Anders ausgedrückt: Die in Genpflanzen gewünschten und erwarteten Eigenschaften werden nicht stabil sein.

So weit die Theorie, jetzt die Praxis: Greenpeace hat etwa 600 Maisproben überprüft. Sie wurden in Deutschland und Spanien eingesammelt. Dabei stellte sich heraus, dass bei dem Mais, der mit einem Giftgen ausgestattet war, das die Pflanze vor dem Schädling Maiszünsler schützen sollte, die Konzentration des in den Pflanzen vorhandenen Insektengiftes BT erheblich schwankte. Die Werte unterschieden sich um das bis zu Hundertfache, so die Studie von Greenpeace. Und das Kuriose: In mehreren Proben von MON-810-Maispflanzen wurde überhaupt kein BT-Toxin nachgewiesen.

Viertens. Mit dieser unsicheren Datenlage, so schlussfolgert Greenpeace völlig zu Recht, hätte MON 810 erst gar nicht zugelassen werden dürfen. Dies wirft ein Licht auf die äußerst fragwürdige Zulassungspraxis. Andrew Cambrell vom Zentrum für Lebensmittelsicherheit Washington D.C. ist ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes in den USA. Er beklagt, dass bei der FDA schon Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts eine verhängnisvolle Grundsatzentscheidung gefallen sei. Die politische Führung des Hauses habe gegen den Widerstand der Wissenschaftler dieser Behörde die Zulassung von Gentechnikorganismen angewiesen, und zwar ohne die Prüfung, ob diese toxische und allergische Reaktionen verursachen können. Der vom November 1991 vorgebrachten Kritik der FDA-Spezialisten sei bis heute niemand wirklich nachgegangen.

Fünftens. 1999 wurde in den USA der Dietary Supplement Health and Education Act (DSHEA) verabschiedet. Er regelt, dass gewisse Nahrungsergänzungsstoffe als Nahrung und nicht als Medikamente klassifiziert und damit nicht von der FDA zugelassen werden müssen. Nahrungsergänzungsstoffe müssen zuerst erwiesenermaßen schädlich sein, bevor die FDA eingreifen kann. Das ist eine Umkehrung der Beweislast und diese führt zu einer fatalen Abkehr des Vorsorgeprinzips. Was nützt das Urteil des EuGH von 2005, das der DSHEA unter EU-Recht ungültig sei, wenn trotzdem Produkte nach diplomatischem Druck der Welthandelsorganisation auf den europäischen Markt drängen, weil sie in den USA zugelassen sind oder weil die USA mit Handelskrieg droht? Alle 14 Tage werden im Hamburger Hafen 10.000 Tonnen Gensoja gelöscht, angebaut in Amerika.

Sechstens. Die Herstellerfirma von MON 810 erklärt, Monsanto muss nicht die Sicherheit seiner Produkte gewährleisten, das muss die FDA tun. Gleichzeitig aber liefert Monsanto nicht die Daten, damit die FDA professionell und umfassend prüfen kann. Sie sagen: Hey, FDA, es ist euer Job, für Sicherheit zu garantieren, aber wir geben euch nicht die notwendigen Daten. Ein Gericht hat der FDA saubere und unabhängige Arbeit bescheinigt. Weltweit existieren fast ausnahmslos tendenzielle Studien von Gentechnikkonzernen und von diesen finanzierte Auftragsforschungen. Die Zulassungsverfahren für Gentechnik, Lebens- und Futtermittel sind weder standardisiert noch öffentlich zugänglich. Unerwünschte Testresultate werden solange uminterpretiert, bis sie nicht mehr stören, oder in Datenmengen der Unterlagen versteckt, um den überlasteten Gesundheitsbehörden eine effektive Prüfung zu erschweren. Üblich ist auch eine Berufung auf Vorstudien und Auftragsstudien von anerkannten Wissenschaftlern, die oft in ein industrienahes Netzwerk eingebunden sind.

Siebtens. Trotz all dieser Versuche kommen nun über 16 Jahre nach den Weichenstellungen der FDA in den USA immer mehr Mosaiksteine über die einzelnen Genorganismen zum Vorschein. Der Gentechnikindustrie wird jetzt zum Verhängnis, dass sie selbst keine Langzeitstudie und Langzeitfütterungsversuche mit definierten Standards und Veröffentlichung der Ergebnisse betrieben hat. Die in unserem Volk über viele Jahre angestauten Zweifel werden nicht ausgeräumt und erhalten jetzt immer neue Nahrung.

Achtens. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit begründet seinen Bescheid vom 27. April 2007 wie folgt:

- a) mit Risiken für Nichtzielorganismen
- b) mit Risiken für den Boden
- einer mangelnden Erfassung statistisch auswertbarer Daten für Landwirte zu Umweltwirkungen bei Nichtzielorganismen und im Boden

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Borrmann

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich nehme hier Stellung im Namen der demokratischen Fraktionen dieses Hauses

(Stefan Köster, NPD: Immer wieder das Gleiche.)

und gehe auf Ihren Antrag folgendermaßen ein: Es wundert mich schon sehr, wie Sie es schaffen, die Ihnen vorgegebene Zeit mit so viel Halbwahrheiten überhaupt zu füllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Michael Roolf, FDP – Zuruf von Stefan Köster, NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Der Antrag ist wieder mal einer dieser typischen Anträge, die die NPD nutzen möchte, um lediglich Stimmung zu machen, und sie nutzt dabei wiederum gezielt Halbwahrheiten beziehungsweise greift Dinge aus dem tatsächlichen Zusammenhang.

(Udo Pastörs, NPD: Welche zum Beispiel?)

Es besteht überhaupt keine Notwendigkeit zur Maisvernichtung in diesem Jahr. Für die Verwertung der diesjährigen Ernte als Lebens- und Futtermittel bestehen keinerlei Einschränkungen und es gibt keine entsprechende Anordnung aus dem Fachreferat vom BVL. Tatsache ist, dass lediglich die bereits im Vorfeld nur auf zehn Jahre befristete Zulassungszeit ausläuft und für 2008 neu beantragt werden muss. Das ist schon alles.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Beim Anbau der Amflorakartoffel durch BASF handelt es sich um einen Versuchsanbau. Die produzierte Stärke soll in der Industrie verarbeitet werden und ist nicht als Lebens- oder Futtermittel gedacht. Weiter möchte ich auf Ihren Antrag auch gar nicht eingehen, denn die Details interessieren Sie sowieso nicht.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Denn bewusst lassen Sie diese weg und verfälschen diese, um Unruhe zu stiften.

(Stefan Köster, NPD: Frau Reese, wer hat Ihnen den Artikel geschrieben?)

Außerdem, wenn Sie nächstes Mal wieder einen Antrag abschreiben,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sie kann selber denken. Das ist nicht so wie bei Ihnen!)

auch wenn diesmal aus Ihrer eigenen Partei, formulieren Sie ihn wenigstens passend um.

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

Über Anträge in Sachsen hat nicht der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu entscheiden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Michael Andrejewski, NPD: Das bleibt in der Familie.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes!

(Udo Timm, CDU: Maiskolben des Landes!)

Erstens. "Das BVL hat von einer Anhörung zum Bescheid vom 27. April dieses Jahres abgesehen. Wegen der unmittelbar bevorstehenden Aussaat war eine sofortige Entscheidung im öffentlichen Interesse aus Zeitgründen erforderlich." Zitatende. Bei der Interessenabwägung heißt es im BVL-Bescheid: "Zugunsten des Genehmigungsinhabers wurde berücksichtigt, dass nach Ergehen der Anordnung Monsanto voraussichtlich weniger MON-810-Saatgut verkaufen beziehungsweise lizenzieren kann."

Aus diesem Wortlaut ergibt sich Folgendes:

- a) Das BVL hat den Bescheid mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Zeitpunkt ausgefertigt, als es davon ausgehen konnte, dass die Saat noch nicht in vollem Umfang ausgeliefert worden sei, sonst wäre die Formulierung, "voraussichtlich weniger MON-810-Saatgut verkaufen beziehungsweise lizenzieren kann", sinnwidrig.
- Das BVL hat den Bescheid aber zumindest zu einem Zeitpunkt ausgefertigt, als die Aussaat noch nicht erfolgt war, sonst wäre die Formulierung "unmittelbar bevorstehenden Aussaat" sinnwidrig.
- c) Aufgrund der frühen Terminierung brauchte das BVL nur eine Handelsbeschränkung zu erlassen, aber kein Aussaatverbot, da es davon ausgehen konnte, dass ein nicht handelbares lizenziertes Saatgut, ein Saatgut, das jedes Jahr aufgrund von Lizenzvorschriften vom Landwirt erneut erworben werden muss, auch nicht vorrätig für die Aussaat zur Verfügung steht.

- d) Irgendein äußerer Umstand, vermutlich politische Einflussnahme, hat das BVL daran gehindert, diesen Bescheid zu einem früheren Zeitpunkt, als die Handelsbeschränkung noch sinnvoll war und das Anbauverbot überflüssig, an den Adressaten abzusenden. Erst als das Saatgut vertrieben war, wurde der Bescheid, jetzt unzureichend, erlassen.
- e) Jetzt erscheint der Bescheid sinnwidrig und Monsanto kann verkünden, dass der Handel, nicht aber der Anbau zurzeit untersagt ist.
- f) Zweck des BVL-Bescheides war aber die unverzügliche Schutzwirkung aufgrund der hohen Umweltrisiken.
- g) Dieser Schutzzweck besteht nach wie vor, kann aber in der Form nicht durch diesen Bescheid, in der Sache nicht durch das BVL umgesetzt werden, da es offensichtlich durch höhere Gewalt daran gehindert wird.

Zweitens. Im Gegensatz zu den USA liegt die Durchführung der Lebensmittelüberwachung in der Hoheit der Bundesländer und erfolgt durch die Lebensmittelüberwachungsämter. Es liegt also im Kompetenzbereich des Landes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Regierung, den fragmentierten Umwelt- und Verbraucherschutz des BVL durch eigenes Handeln zu komplettieren und so die realen Gefahren abzuwenden.

Drittens. Deshalb treten wir Nationaldemokraten kompromisslos für das sofortige Ende des Genmaisanbaus und der Freisetzung der Amflorakartoffeln ein.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/592. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/592 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Kein Einsatz von elektronischen Wahlmaschinen in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 5/593.

Antrag der Fraktion der NPD: Kein Einsatz von elektronischen Wahlmaschinen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/593 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der NPD-Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Die Wahl gewinnt der, der die Stimmen auszählt", das ist ein Zitat vom Massenmörder Josef Stalin, den die Linkspartei noch heute als Befreiungsheld am 8. Mai feiert. Und in seinem Sinne hat sie auch 40 Jahre lang unter ihrem damaligen Namen SED die Wahlen in der DDR systematisch gefälscht, was ihr schließlich zum Verhängnis wurde, denn im Mai 1989 fanden Bürgerrechtler den Mut, anlässlich der damaligen Kommunalwahlen in zahlreichen Wahllokalen nach dem Rechten zu sehen und die Stimmenauszählung zu überwachen. Als

sie dann die offiziellen Ergebnisse in den Medien vernahmen, war klar, dass es sich um Wahlbetrug in unvorstellbarem Ausmaß handeln muss, und sie konnten es auch beweisen. Nicht zuletzt ging deshalb das SED-Regime unter. Die etablierten Parteien Westdeutschlands übernahmen die Herrschaft und viele glaubten nun, jetzt sei die Demokratie ausgebrochen, so etwas wie Wählertäuschung würde es nicht mehr geben.

(Reinhard Dankert, SPD: Denken Sie auch an den Anteil an Ihrer deutschen Geschichte.)

Das aber war ein Irrtum. Zum einen machten die ehemaligen DDR-Bürger Bekanntschaft mit Wahlbetrug durch falsche Wahlversprechen. Durch Parolen wie "Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer"

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und "Merkel-Steuer, das wird teuer" erschlich sich die SPD in der Bundestagswahl 2005 Stimmen und dadurch die Regierungsbeteiligung, um nach der Wahl exakt das Gegenteil zu machen. Franz Müntefering fand es sogar unfair, dass er ständig an seinen Wahlversprechen gemessen wurde. Zum anderen fehlt es in der BRD nicht an Skandalen der Stimmenauszählung. Im März 2002 bewies ein CSU-Stadtrat in Dachau ein hohes Maß an krimineller Energie, als er 466 Stimmzettel zugunsten seiner Partei manipulierte. Erst im Februar dieses Jahres verschwanden während einer Mitgliederabstimmung der Hamburger SPD über den Spitzenkandidaten zur nächsten Bürgerschaftswahl 959 Stimmzettel spurlos und wurden bislang auch nicht wieder aufgefunden. So geht es zu bei den Parteien, die sich penetrant als demokratisch bezeichnen. In den 90er Jahren musste in Hamburg sogar einmal eine Bürgerschaftswahl wiederholt werden, weil das Landesverfassungsgericht der CDU bescheinigte, sie habe ihre Kandidaten nicht auf demokratische Weise aufgestellt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Man kann generell sagen, dass Manipulationen bei der Stimmenauszählung in Deutschland recht leicht zu bewerkstelligen sind. Ein Wahlvorstand muss es nur schaffen, ausschließlich gute Bekannte in seine Auszähltruppe zu holen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und wenn sich alle einig sind,

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Alles Unterstellungen!)

werden aus Stimmen für eine Partei, die ihm nicht passt,

(Heike Polzin, SPD: Es gibt eine Menge Vorbilder. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

ganz schnell durch das Hinzufügen eines Kreuzes oder andere Zusätze ungültige Stimmen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern hat es in einigen Wahllokalen, besonders bei den Kommunalwahlen 2004, eine so hohe Anzahl von ungültigen Stimmen gegeben, dass man zumindest nachdenklich werden muss. Es ist deshalb gut, dass sowohl im Landeswahlgesetz als auch in der Landeswahlordnung die Öffentlichkeit der Wahl festgeschrieben ist. Jede Person hat während der Wahlhandlung und der Ermittlung der Feststellung des Wahlergebnisses Zutritt zum Wahlraum. Diese Auszählung darf überwacht werden und das sollte sie auch, denn Demokratie braucht Bürgerkontrolle.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Ja, vor allen Dingen durch die NPD. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Genau diese wird nun nach und nach unmöglich gemacht durch die Einführung von elektronischen Wahlmaschinen in Deutschland. Heimlich, still und leise breiten sie sich aus. Sie wurden bereits eingesetzt bei der Europawahl 1999, den Bundestagswahlen 2002 und 2005, den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, in Sachsen-Anhalt, der Oberbürgermeisterwahl von Cottbus 2006 und der Kommunalwahl 2007 in Sachsen-Anhalt. Der Paragraf 35 des Bundeswahlgesetzes ermöglicht dies zwar, dennoch muss man von einer Gefahr für die demokratische Wahl sprechen.

Die in Deutschland bislang verwendeten Geräte stammen meist von der niederländischen Firma Nedap. Diese Maschinen arbeiten ohne Papierausdruck. Davon hätte Honecker geträumt. Wahlbeobachter haben keine Chance, denn die Stimmenauszählung erledigt unsichtbare Software. Niemand hat Kontrolle darüber, ob die Stimmen auch so gespeichert wurden, wie es die Wähler beabsichtigten. Von einer öffentlichen Wahl kann keine Rede sein. Zudem sind Manipulationen offenbar kein Problem. Im niederländischen Fernsehen führten Computerexperten vor, wie man in fünf Minuten aus einem Wahlcomputer des Typs ES 3B, der sich von den in Deutschland eingesetzten Typen ESD 1 und ESD 2 nur in Kleinigkeiten unterscheidet, einen Scharf-Computer macht. Umso einfacher muss es sein, die Software so zu verändern oder auszutauschen, dass Stimmen von einer auf eine andere Partei übertragen werden können. Man muss nur an die Geräte herankommen, die zwischen den Wahlen jahrelang in Abstellräumen gelagert werden.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Wer hat Ihnen diesen Unsinn aufgeschrieben?)

Auch das Wahlgeheimnis ist gefährdet, weil die elektromagnetischen Abstrahlungen während des Wahlvorganges gemessen werden können, mit der Möglichkeit herauszufinden, wer wie gewählt hat. Kürzlich ist es gelungen, mittels einer hochsensiblen Antenne und einem umgebauten Navigationsgerät aus 25 Meter Entfernung festzustellen, welche Parteitaste jemand in der Wahlkabine gedrückt hat. Nicht viel besser als das Nedap-Gerät ist der sogenannte Hamburger Wahlstift. Hier fallen zwar Stimmzettel an, die zu Beweiszwecken aufbewahrt werden können, doch erfolgt die Auszählung elektronisch. Zwischen dem Ergebnis der Computer- und der Stimmzettelzählung kann es zu Differenzen kommen. Bei einer Wahl in Belgien waren es acht Prozent.

Wie aktuell diese Problematik ist, zeigt ein Bericht der aktuellen Ausgabe des "Spiegels" unter dem Titel "Ergebnis nach Wunsch". Mitglieder des Chaos Computer Club haben dem Bundesverfassungsgericht ein Gutachten übergeben, in dem sie darlegen, dass schon ein durchschnittlich begabter Informatiker Bundestagswahlergebnisse einzelner Stimmbezirke nach Belieben manipulieren kann. Nach diesem Gutachten reichen einem erfahrenen Bastler 60 Sekunden aus, um einem Wahlcomputer einen manipulierten Chip einzusetzen, der vom Original nicht zu unterscheiden ist. Die Rechner spucken dann vorher programmierte Wunschergebnisse aus.

Die Kritik am Einsatz von Wahlcomputern wächst und es häufen sich die Einsprüche und die Wahlbeschwerden. Wir von der NPD wollen nicht warten, bis auch hier in Mecklenburg und Vorpommern die ersten elektronischen Wahlmaschinen auftauchen, (Reinhard Dankert, SPD: Das heißt Mecklenburg-Vorpommern.)

sondern schon jetzt Stellung beziehen. Wahlcomputer sind undemokratisch. Der Bürger kann den Stimmenauszählern nicht mehr auf die Finger schauen. Blindes Vertrauen wird von ihm eingefordert. Er wird zum Objekt undurchschaubarer Machenschaften. Das lehnen wir ab.

(Reinhard Dankert, SPD: Bezeichnen Sie erst mal unser Land korrekt!)

Wir fordern den Landtag auf, dieser Entwicklung eine klare Absage zu erteilen. Schlimm genug, dass zahlreiche Wahlbezirke in anderen Bundesländern zum Paradies für Wahlfälscher geworden sind, die man im Gegensatz zu denen in der DDR nur noch dann entlarven kann, wenn man Informatiker mit Spezialausrüstung ist. In Mecklenburg und Vorpommern brauchen wir so etwas nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Müller, wir haben im Tagesordnungspunkt 22 einen Antrag zur Stärkung des Ehrenamtes verabschiedet. Meines Wissens sind diejenigen, die Wahlen in unserem Land auszählen, immer noch Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, und diese Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen, dass sie Wahlfälscher sind, halte ich für skandalös.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Bevor ich auf Ihren sehr schmalbrüstigen Antrag zu sprechen komme, gestatten Sie mir bitte noch eine Anmerkung zu dem Auftritt von Herrn Köster. Ich finde es geradezu unerträglich, Herr Köster, wie Sie mit Ihrem Status als rechtskräftig verurteilter Gewalttäter hier auch noch kokettieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Stefan Köster, NPD: Sie können ja gehen.)

Ich werde nicht gehen, Herr Köster, ganz im Gegenteil. Es wird unser aller Pflicht sein, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass es an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist, dass so ein Mensch wie Sie ein Volksvertreter sein soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Nach ausführlichen Recherchen konnten keine Indizien entdeckt werden, die den Verdacht der Rechtsextremen unterstützen, das Land Mecklenburg-Vorpommern werde künftig elektronische Wahlmaschinen zur Stimmabgabe einsetzen.

(Michael Andrejewski, NPD: Vorsorge ist die beste Sorge.)

Namens der demokratischen Fraktionen lehne ich daher den offensichtlich ...

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Daher lehne ich den Antrag, der offensichtlich von fortgeschrittener Paranoia diktiert wurde, ab

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

und bedanke mich insbesondere für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erstens zum Generalverdacht: Da könnten Sie genauso gut dem Strafgesetzbuch unterstellen, es würde jeden Bürger unter Generalverdacht stellen, dass er stehlen oder morden könnte, und genauso ist im Wahlgesetz eine Strafbestimmung für Leute, die Wahlen fälschen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist auch kein Generalverdacht, das ist einfach nur ein Gesetz, und wenn im Gesetz steht, dass Wahlfälschung bestraft wird, dann ist sie auch möglich vom Gesetzgeber her gesehen. Und dann ist das kein Generalverdacht.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie stellen die Leute unter Generalverdacht, nicht der Staat. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist nun wirklich Geschwätz, das vollkommen daneben ist.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, ja.

Zum Zweiten: Sie mögen hier behaupten, was Sie wollen, aber Ihre Parteifreunde in anderen Bundesländern, Ihre Genossen, Ihre Brüder in Christo, ich weiß nicht, wie Sie sich in der CDU gegenseitig titulieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Auf jeden Fall nicht Kameraden. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

haben jedenfalls Wahlautomaten eingeführt und daher trauen wir Ihnen das auch ohne Weiteres zu. Das kommt irgendwann heimlich, still und leise, weil das vielleicht sehr praktisch ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie werden es verhindern.)

Wir werden zumindest Alarm schlagen. Und die Leute mögen das gar nicht. Es gibt eine erhebliche Protestbewegung dagegen und nicht nur Idioten, wie Sie immer sagen. Der "Spiegel" hat darüber berichtet. Es gibt den Chaos Computer Club, der zehnmal mehr Ahnung hat von solchen Sachen als Sie

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Und auch mehr als Sie.)

und das besser beurteilen kann. Und dann sind wir eben die parlamentarische Stimme dieser Bewegung. Wenn Sie das so haben wollen, bitte schön.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Anzufügen ist noch, dass Sie einerseits mit Ihren EU-Freunden in alle Welt gehen, sich dort als Wahlbeobachter aufspielen und die Stimmenauszählung überwachen, hier aber gleichzeitig jede Überwachung einer Stimmenauszählung unmöglich machen. Das ist auch wieder so eine Zweiklassensache.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Unterstellungen!)

Die Länder, die sich demokratisch nennen, machen dicht, da lässt sich nichts überprüfen, bei den anderen mit der Ausnahme der prowestlichen Regime. Dem Herrn Karzai hat Schröder ja noch gratuliert, bevor die Stimmen ausgezählt waren.

Und es ist auch kurios, dass Sie sich zwar immer auf das Grundgesetz berufen, aber Ihre Parteifreunde stellen Wahlmaschinen auf. Das Grundgesetz ist für Sie wohl so eine Art Jubelarie auf Ihre Staatsmacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt langt's! Gehen Sie mal nach Hause!)

In Wirklichkeit ist es eine Misstrauenserklärung gegenüber jeder Staatsmacht. Da gibt es Grundrechte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mit Ihnen möchte ich über den Sinn des Grundgesetzes gar nicht reden.)

Das sind Abwehrrechte, Abwehrrechte gegen den Staat. Das Grundgesetz unterstellt der Staatsmacht, dass es die Meinungsfreiheit verletzen könnte. Deswegen gibt es dieses Abwehrrecht. Das Grundgesetz unterstellt der Staatsmacht, und zwar jeder, dass sie die Menschenwürde verletzen könnte. Deswegen gibt es die Menschenwürde in Artikel 1 als Abwehrrecht. Das heißt, es ist ein Geist des gesunden Misstrauens gegen die Staatsmacht. Das muss auch beim Wahlrecht sein. Deswegen brauchen wir die Überprüfung von Bürgern und keine Blackbox, auf die man sich blind verlassen muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Worüber reden wir hier eigentlich?)

Wer Wahlmaschinen aufstellt, ist kein Demokrat. Ihre Parteifreunde haben das gemacht und Sie werden es hier auch tun, da wette ich drauf.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Andrejewski, ich weise Ihre verbalen Attacken gegen das Grundgesetz als unparlamentarisch zurück.

(Raimund Borrmann, NPD: Das war keine Attacke, sondern eine Argumentation.)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/593. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/593 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 11. Juli 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16.14 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Kerstin Fiedler-Wilhelm, Vincent Kokert, Sebastian Ratjen, Dr. Harald Ringstorff, Ute Schildt und Toralf Schnur.